



Verfassungsschutzbericht 2009



Hinweis

Der vorliegende Sächsische Verfassungsschutzbericht 2009 stellt kurz und prägnant die wesentlichen quantitativen wie qualitativen jahresaktuellen Entwicklungstendenzen und Veränderungen in den Beobachtungsfeldern des LfV Sachsen dar.

Darüber hinaus ist auch das „Sächsische Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen“ verfügbar. Es ist im Vergleich zum Verfassungsschutzbericht inhaltlich umfangreicher. Es stellt extremistische und sicherheitsgefährdende Gruppen, Personen etc. in ihren Charakteristika (z.B. Ideologie) und ihren längerfristigen Entwicklungen dar. Dementsprechend enthält es im Vergleich zum Verfassungsschutzbericht zahlreiche weiterführende Angaben bzw. zusätzliche Informationen aus den Beobachtungsfeldern des LfV Sachsen.

Das Handbuch kann ebenso wie der Verfassungsschutzbericht kostenfrei beim LfV Sachsen bestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

I. Extremistische Bestrebungen

■ 1. Rechtsextremismus

■ 1.1 Überblick in Zahlen	3
■ 1.2 Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus	5
■ 1.3 Rechtsextremistische Parteien	
■ 1.3.1 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	11
■ 1.3.2 JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)	18
■ 1.3.3 DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	21
■ 1.4 Rechtsextremistische Kameradschaftsszene, insbesondere die neonationalsozialistischen Kameradschaften und die FREIEN KRÄFTE	22
■ 1.5 Rechtsextremistische Musik- und Vertriebszene	26
■ 1.6 Sonstige rechtsextremistische Gruppierungen	
■ 1.6.1 JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND E.V. (JLO)	29
■ 1.6.2 HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND E.V. (HDJ)	31
■ 1.7 Rechtsextremistische Publikationen (Printmedien, Auswahl)	32
■ 1.8 Verlage und Vertriebsdienste im Rechtsextremismus (Auswahl)	32

■ 2. Linksextremismus

■ 2.1 Überblick in Zahlen	33
■ 2.2 Entwicklungstendenzen im Linksextremismus	34
■ 2.3 Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse	
■ 2.3.1 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)	37
■ 2.3.2 MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	38
■ 2.3.3 Linksextremistische Strömungen innerhalb der Partei „DIE LINKE.“	38
■ 2.4 AUTONOME	39
■ 2.5 Sonstige linksextremistische Gruppierungen	
■ 2.5.1 ROTE HILFE E.V. (RH)	45
■ 2.5.2 Trotzökismus / SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)	46
■ 2.5.3 GEGENSTANDPUNKT	46
■ 2.6. Linksextremistische Publikationen (Printmedien, Auswahl)	47

■ 3. Ausländerextremismus

■ 3.1 Überblick in Zahlen	48
■ 3.2 Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus	48
■ 3.3 Islamismus / Islamistischer Terrorismus	51
■ 3.4 Kurdischer Extremismus	54
■ 3.5 Publikationen ausländerextremistischer Organisationen	55

II. Spionageabwehr im Freistaat Sachsen	56
III. Extremistischer Verdachtsfall: SCIENTOLOGY-ORGANISATION	58
IV. Politisch motivierte Kriminalität; darunter Straftaten mit extremistischem Hintergrund	59
V. Glossar des Verfassungsschutzes	62
VI. Stichwortverzeichnis	73
Abkürzungsverzeichnis	76
Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder	78

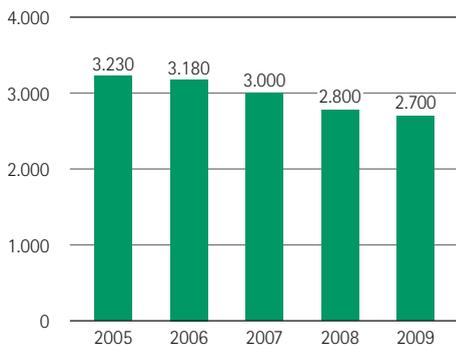
1. Extremistische Bestrebungen

1. Rechtsextremismus

1.1 Überblick in Zahlen¹

Die Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen sank im Berichtsjahr um ca. 4 % auf ca. 2.700 Personen (2008: ca. 2.800). Damit setzte sich der Rückgang der vergangenen Jahre fort. Den größten Mitgliederverlust hatten rechtsextremistische Parteien. Lose Strukturen konnten leicht hinzugewinnen.

Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Mit etwa 840 Personen (2008: ca. 930) gehörten ca. 31 % des Gesamtpotenzials rechtsextremistischen Parteien an. Deren Mitgliederbestand weist damit bereits seit Jahren eine rückläufige Tendenz auf. Im Berichtsjahr war dies einerseits auf Mitgliederverluste bei der DEUTSCHEN VOLKS-UNION (DVU) zurückzuführen, deren Mitgliederpotenzial sich auf ca. 40 halbierte. Aber auch die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) verlor ca. 6% ihrer Mitglieder. Ihre Anzahl beträgt nunmehr ca. 800 (2008: ca. 850).

Das Gesamtpotenzial der nicht in Parteien organisierten Rechtsextremisten blieb mit ca. 1.870 Personen (2008: ca. 1.880) nahezu konstant. In den einzelnen Bereichen gab es nachfolgend beschriebene Veränderungen.

Die Anhängerschaft neonationalsozialistischer Bestrebungen (Bestrebungen, die ein politisches System nach dem Vorbild der NS-Diktatur anstreben), zu denen die FREIEN KRÄFTE und die neonationalsozialistischen Kameradschaften zählen, stieg im Berichtsjahr – nach einer starken Zunahme in den Vorjahren – um ca. 4 % auf ca. 950 Personen an (2008 ca. 910).

Vor allem bei den FREIEN KRÄFTEN kam die bisher feststellbare Dynamik des Zuwachses im Berichtsjahr zum Erliegen. Konnten sie 2008 ihre Anhängerschaft noch um fast 50 % auf ca. 750 Personen erhöhen, kam es im Berichtsjahr praktisch zu einer Stagnation (nunmehr ca. 760 Personen).

Das Personenpotenzial der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene stieg um ca. 19 % auf ca. 190 Personen an (2008: ca. 160).

Im Vergleich zu den alten Bundesländern bildete der Neonationalsozialismus in Sachsen bis etwa 2004 eine eher marginale Größe. In den Jahren von 2004 bis 2008 setzte ein Anpassungsprozess ein, der zu einem Anstieg der Neonationalsozialisten führte. Hintergrund ist eine zunehmende Ideologisierung der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene (Bestrebungen, die kein festgefügtes rechtsextremistisches Weltbild haben, sondern ihre rechtsextremistischen Vorstellungen durch Sym-

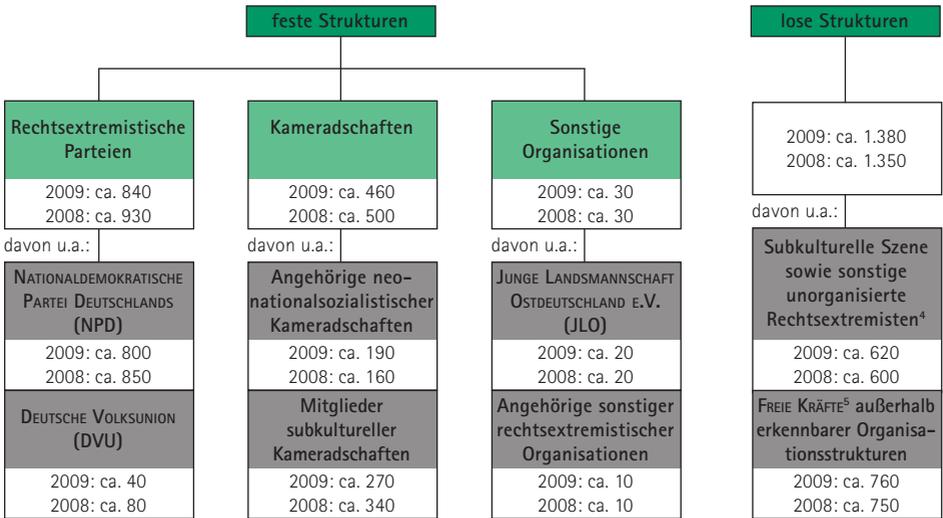
¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Grund hierfür ist der Auftrag der Strukturbeobachtung; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht immer zwingend erforderlich.

bole, Lebensstil und ideologische Bruchstücke ausdrücken). Dieses Personenpotenzial wandte sich vor allem den lose strukturierten FREIEN KRÄFTEN zu⁵, die in diesem Zeitraum ihr Personenpotenzial mehr als vervierfachen konnten (von ca. 170 Personen im Jahr 2004 auf 750 im Jahr 2008). Mehrere Faktoren deuten jedoch darauf hin, dass die Hauptakteure der FREIEN KRÄFTE im Berichtsjahr demgegenüber wieder deutlich festere Strukturen anstrebten, um auch bei der Umsetzung von Aktivitäten mit einem kalkulierbaren Personenpotenzial planen zu können.

Zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene, zu der Skinheads, sonstige unorganisierte Rechtsextremisten und Angehörige subkultureller Kameradschaften² gehören, zählten im Berichtsjahr noch ca. 890 Personen (2008: ca. 940). Dies entspricht einem Rückgang um ca. 5 %.

Bei den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen stagnierte die Mitgliederzahl im Berichtsjahr auf niedrigem Niveau.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen
(insgesamt: ca. 2.700 [2008: ca. 2.800 / bundesweit 2008: ca. 30.000]³)



² Ohne neonationalsozialistische Kameradschaftsszene.
³ Soweit nicht gesondert gekennzeichnet, sind Mehrfachmitgliedschaften nicht berücksichtigt.
⁴ Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind als gewaltbereit nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.
⁵ Es handelt sich um ehemalige Mitglieder aufgelöster Kameradschaften, um Mitglieder von (in-)aktiven oder verbotenen Strukturen und um unorganisierte gewaltbereite Rechtsextremisten, die als so genannte FREIE KRÄFTE, FREIER WIDERSTAND, FREIE NATIONALISTEN oder AUTONOME NATIONALISTEN in Sachsen auftreten und ideologisch der neonationalsozialistischen Szene zuzurechnen sind.

1.2 Entwicklungstendenzen im Rechts- extremismus

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen gesunken, insbesondere Parteien haben Mitglieder verloren

Auch wenn die Szene zahlenmäßig schrumpft,ginge es fehl, hieraus zu schließen, dass sie geschwächt ist. Über die Jahre haben interne Entwicklungen für eine nachhaltige Verbreitung der neonationalsozialistischen Ideologie gesorgt und eine große Anzahl aktions-„freudiger“ Rechtsextremisten geschaffen. Diese finden sich vorzugsweise in den so genannten FREIEN KRÄFTEN, einem losen Netzwerk neonationalsozialistischer Prägung. Auch wenn die NPD von ihrer Infrastruktur her besser aufgestellt ist als die FREIEN KRÄFTE, muss sie ihre dominierende Position als rechtsextremistische Kraft zukünftig behaupten. Sie bemüht sich deshalb – auch über ihre Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) –, die Zusammenarbeit mit den FREIEN KRÄFTEN auszubauen. Die sich ergebende Situation ist für verschiedenste Dynamiken offen.

Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund deutlich gesunken

Ein Tötungsdelikt überschattet eine in den Zahlen positive Entwicklung. Am 1. Juli 2009 wurde in Dresden eine Ägypterin während einer Gerichtsverhandlung aus fremdenfeindlicher Motivation erstochen. Der Täter gehörte allerdings keiner rechtsextremistischen Gruppierung an. Die Jahresbetrachtung weist aus, dass die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Jahr 2009 erstmals nach 2006 gesunken ist. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war zudem deutlich und betrug ca. 19 %. Während in den Jahren von 2005 bis 2008 teils weit

über zweitausend rechtsextremistische Straftaten gezählt worden sind, sank ihre Anzahl im Berichtsjahr unter diese Grenze. Noch prägnanter fiel 2009 der Rückgang der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten aus, er hat etwa ein Drittel betragen.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten sind schwerpunktmäßig in Dresden und im Landkreis Nordsachsen begangen worden.

Demonstration am 14. Februar 2009 in Dresden

Das bedeutendste strömungsübergreifende Ereignis war im Berichtsjahr die Demonstration von Rechtsextremisten anlässlich des Gedenktages der Bombardierung Dresdens. Rechtsextremisten jeglicher Couleur nutzen alljährlich die Anmeldung durch die JUNGE LANDSMANNSCHAFT OST-DEUTSCHLAND E.V. (JLO), um gemeinsam zu agieren. Ca. 6.500 Rechtsextremisten waren aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland und aus dem Ausland zur Demonstration am 14. Februar 2009 angereist. Sie gehört damit zu den größten Demonstrationen von Rechtsextremisten. Bereits am Abend des 13. Februar 2009 hatten sich ca. 1.300 Rechtsextremisten an einem „Trauermarsch“ beteiligt.



Demonstration am 14. Februar 2009 in Dresden.
Foto: Internetseite WIDERSTAND.INFO

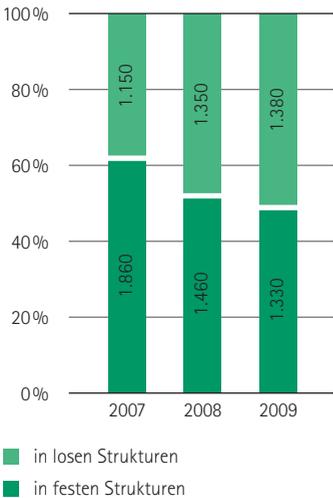
Nur noch geringer Strukturwandel in der Szene

Hatte sich insbesondere Ende der 1990er Jahre eine anhängerstärkte subkulturelle rechtsextre-

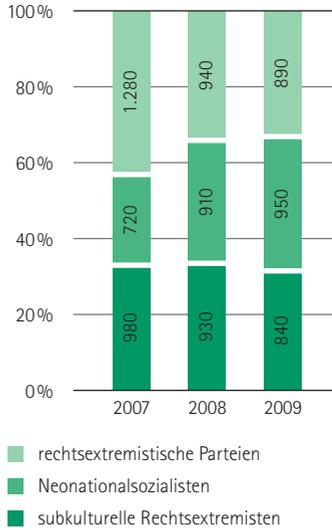
mistische Szene (vor allem rechtsextremistische Skinheads und subkulturelle Kameradschaften) entwickelt, war seit ca. 2003 ein deutlicher Trend zur Annahme neonationalsozialistischer Ideologien und ab etwa 2005 ein Erstarcken der FREIEN KRÄFTE zu beobachten. Rechtsextremistische Skinheads sowie Mitglieder von subkulturellen und neonationalsozialistischen Kameradschaften schlossen sich zunehmend den FREIEN KRÄFTEN an. Die FREIEN KRÄFTE vermeiden förmliche Organisationen, um für staatliche Maßnahmen weniger greifbar zu sein. Die sich ergebenden losen Strukturen sind teils informell über Internetplattformen wie dem FREIEN NETZ untereinander verbunden.

In dieser Entwicklung ist 2009 praktisch eine Stagnation eingetreten. Weder der Trend hin zu neonationalsozialistischen Inhalten noch der zu informellen Strukturen hat sich maßgeblich fortgesetzt.

Anteil der Rechtsextremisten in losen bzw. festen Strukturen im Freistaat Sachsen



Personenpotenziale der Strömungen im Rechts- extremismus im Freistaat Sachsen



Gleichwohl wurden im Berichtsjahr die neonationalsozialistischen Bestrebungen zum mitgliederstärksten Lager im Rechtsextremismus, während das Parteiensegment mittlerweile das geringste Potenzial besitzt.

Die ideologisch gefestigten Bestrebungen (Neonationalsozialisten und Parteien) stellen fast zwei Drittel des Gesamtpersonenpotenzials der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen. Demgegenüber haben subkulturelle, ideologisch ungefestigte Bestrebungen eine deutlich geringere Bedeutung.

Auch bezogen auf den Organisationsgrad hat sich die rechtsextremistische Szene im Freistaat Sachsen verändert. 2007 und 2008 war die Mehrheit der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen in festen Strukturen (insbesondere Parteien und Kameradschaften) organisiert. Seit 2009 überwiegen hingegen die Rechtsextremisten in losen Organisationsformen, wenngleich

sich der Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren stark verlangsamt hat.

Diese Tendenz muss nicht verwundern. Es ist gerade die neonationalsozialistische Szene, in der die ideologische Festigung eine Voraussetzung dafür ist, auf formale organisatorische Klammern verzichten zu können.

Wahljahr 2009

Die NPD blieb zur Sächsischen Landtagswahl hinter ihren Erwartungen, über 10 % der Stimmen zu erhalten, zurück. Das wichtigste Ziel, wieder in den Sächsischen Landtag einzuziehen, konnte sie allerdings erreichen. Damit gelang einem NPD-Landesverband erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik der Wiedereinzug in ein Landesparlament.

Trotz intensivem Wahlkampf konnte die NPD nicht wie angestrebt in den großen Städten höhere Wahlergebnisse als bisher erzielen. Überdurchschnittlich schnitt die Partei vielmehr in ländlichen Regionen ab. Partielle Erfolge erreichte sie auch dort, wo starke und aktive Kreisverbände existieren. Die NPD profitierte damit von ihrem über Jahre hinweg betriebenen Strukturaufbau.

Wesentliche Änderungen haben sich in der Zusammensetzung der Wählerschaft ergeben. Der Jungwähleranteil ist deutlich gesunken. Dagegen besaß die NPD die größten Zugewinne unter den 45- bis 60-Jährigen. Das prozentuale Wachstum dieser Gruppe seit den Landtagswahlen 1999 weist auf die Entstehung eines stabilen Wählerpotenzials hin.

Bei den Wahlen der Stadt- und Gemeinderäte im Juni 2009 konnte die Partei ihre kommunale Verankerung weiter ausbauen. Obwohl sie gegenüber den Kommunalwahlen 2004 ihre Mandate etwa verdreifachen konnte, blieb sie mit 74 Mandaten deutlich unter ihrem Anspruch. Dennoch schuf sie sich eine wichtige Basis, die ihr ein nach ihrem Verständnis „bürgernahes“ Agieren ermöglicht. In den Worten der Partei hat das „nationale Wurzelgeflecht in Sachsen (...) an Stärke und Tiefe“⁶ gewonnen. Dadurch, dass die NPD auch in den drei kreisfreien Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz in die Stadträte einziehen konnte, sind Rechtsextremisten nunmehr im kommunalen Bereich flächendeckend vertreten.

Die NPD und die FREIEN KRÄFTE – zwei Ankerpunkte einer Szene

Die NPD ist – trotz des Strukturwandels in der rechtsextremistischen Szene Sachsens – die größte rechtsextremistische Einzelorganisation im Freistaat Sachsen. Sie besitzt eine ausgebauten Organisationsstruktur, ist in viele kommunale Vertretungen sowie in den Sächsischen Landtag eingezogen und verfügt über die meisten finanziellen Mittel. Hierdurch nimmt sie neben den FREIEN KRÄFTEN eine dominante Stellung im Rechtsextremismus im Freistaat Sachsen ein. Die Partei erhebt den Anspruch, in der rechtsextremistischen Szene die führende Organisation zu sein und versucht, ihren Einfluss innerhalb dieser Szene zu erweitern.

Nach der Sächsischen Landtagswahl reagierte die NPD – insbesondere auch über ihre Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) – deutlich auf die Stimmenverluste bei Jung-

⁶ Meldung auf der Internetseite der NPD vom 8. Juni 2009.

wählern. Die Jugendarbeit soll ausgebaut werden. Dazu zählen neue Bemühungen für eine Zusammenarbeit mit den FREIEN KRÄFTEN. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Bildung von Anlaufpunkten gelegt werden. Im November gab die JN die Gründung von vier neuen Stützpunkten im Landesdirektionsbezirk Leipzig bekannt.

Zudem kündigte die NPD-Führung an, ihr lokales Engagement zu verstärken und sich mehr um ihre Anhänger vor Ort kümmern zu wollen. Im Zuge der angekündigten größeren „Bürger-nähe“ will sie auch das örtliche Vereinsleben dabei ins Visier nehmen. Allerdings fielen die entsprechenden Verlautbarungen und Erfolgsmeldungen bisher stärker aus, als die tatsächliche Umsetzung dieser Pläne in der Praxis. Eine Unterwanderung von Vereinen durch die NPD konnte jedenfalls bisher nicht festgestellt werden. Die NPD übertreibt die Darstellung ihrer Erfolge nicht ohne Absicht. Sie will damit öffentliche Aufmerksamkeit erzielen.

Strategiewechsel – Bildung loser Strukturen stagniert

Die letzten Jahre waren im Freistaat geprägt von einer anwachsenden neonationalsozialistischen Szene. Vor allem die FREIEN KRÄFTE entwickelten sich zu einer selbständigen politischen Kraft, die für sich in Anspruch nahm, gegenüber der NPD ihr eigenes politisches Profil zu zeigen und in eigenen Aktionsformen tätig zu werden.

Der Zuwachs der neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTE schwächte sich jedoch im Berichtsjahr stark ab. Ein Grund dürfte darin liegen, dass lose Organisationsformen wie jene, auf denen

die FREIEN KRÄFTE beruhen, an Grenzen stoßen. Sie hängen vor allem ab von der Integrationskraft lokaler Führungskader, von deren Führungsfähigkeiten sowie von der Reichweite ihres Charisma und haben damit eine „natürliche“ Grenze. Ohne Zunahme der Anzahl lokaler Anführer kann eine solche Szene aber ihr Netzwerk zum Beispiel durch die Nutzung der Informationstechnik, die insbesondere das Internet bietet, ausdehnen.

Mit dem Wachsen loser Strukturen wird es auf Dauer für die Beteiligten immer schwieriger, in ihnen effektiv und gezielt zu handeln. Deshalb nahmen (insbesondere in Nordsachsen) Bemühungen zu, die FREIEN KRÄFTE an die festen Organisationsstrukturen der JN anzubinden. Ziel ist es dabei, als Organisation und Gemeinschaft wahrnehmbar zu sein und damit effektiver handeln zu können, ohne zugleich für Verbote anfälliger zu werden. Die JN sollte dabei ein „Zahn im Getriebe“ in einer einheitlichen Bewegung sein⁷.

Die NPD hatte bereits zu den Kommunalwahlen im Jahre 2008 und zur Landtagswahl 2009 ehemalige Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE in die eigene Organisation eingebunden. Diese Personen treiben nun die Zusammenarbeit von JN und FREIEN KRÄFTEN voran.

Ob sich dieser Prozess des Aufeinanderzugeschens erfolgreich weiterentwickeln wird, bleibt abzuwarten. Denn auf der einen Seite stehen die Bemühungen integrierend wirkender Führungspersonen, FREIEN KRÄFTE und Kameradschaften stärker an den Parteienbereich zu binden. Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit, dass sich die NPD-Jugendorganisation JN zu einer Kameradschaft entwickeln kann.

⁷ Vgl. Internetseite des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen vom 23. November 2009.

Zudem war das Verhältnis zwischen NPD und FREIEN KRÄFTEN immer wieder durch Spannungen geprägt.

Rechtsextremisten nutzen zunehmend neue Medien

Sächsische Rechtsextremisten nutzten im Berichtsjahr zunehmend neue Medien wie Twitter⁸ und Internet-Radios. Im Freistaat Sachsen sind es vor allem die NPD und die Kameradschaftsszene, die den noch verhältnismäßig neuen Dienst Twitter nutzen. Die NPD bediente sich dieses Mediums vor allem im Rahmen des Landtagswahlkampfes, in dem eine Vielzahl von Nachrichten versandt wurde. In der Kameradschaftsszene ist die AKTIONSFRONT MITTELSACHSEN seit September 2009 bei Twitter vertreten. Genutzt wird dieses Medium hauptsächlich für die schnelle Verbreitung kurzer Informationen und Termine. Twitter dürfte zudem eine nicht unwesentliche Rolle für die strategische Option der FREIEN KRÄFTE spielen, kurzfristig „spontane“ Aktionen durchzuführen. Dies unterstreicht, dass moderne Kommunikationsmittel für Rechtsextremisten eine wichtige logistische Funktion besitzen.

Internet-Radios werden in der rechtsextremistischen Musikszene ebenfalls zunehmend genutzt. Im Berichtsjahr waren zehn online-Radios mit rechtsextremistischen Bezügen bekannt. Die Sendungen bestehen überwiegend aus Musikbeiträgen. Zu diesen zählen auch strafbare und jugendgefährdende Musiktitel. Mit den online-Radios wird im Rechtsextremismus ein wichtiges Medium betrieben, über das junge Leute den Einstieg in die Szene finden können. Bisher ist allerdings die Nutzung auch aus technischen Gründen noch eher gering.

Rechtsextremisten im Umfeld des Sports

Bekanntermaßen haben Rechtsextremisten schon seit langem das Umfeld des Sports als Ziel von Rekrutierungsbemühungen beschrieben, denn die Bedingungen erscheinen ihnen dort als günstig. Holger APFEL, zwischenzeitlich sächsischer NPD-Landesvorsitzender, wurde bereits vor einigen Jahren in einer Zeitung⁹ damit zitiert, er sehe unter den Anhängern sächsischer Fußballvereine „viele, die der NPD aufgeschlossen gegenüberstehen. Wir wären ja töricht, wenn wir die dort nicht abholen würden.“ Eine erfolgreiche Umsetzung dieser NPD-Vorstellungen kann nicht festgestellt werden.

Im Umfeld des Sports gibt es vereinzelt festgefügte rechtsextremistische Gruppen, die in der Fußballfanszene politisch motiviert agieren. Dazu gehört z.B. die Gruppierung BLUE CAPS LE aus Leipzig. Sie gibt auf ihrer Internetseite als Sitz des Domaininhabers die Adresse eines wichtigen rechtsextremistischen Szenetreffs in Leipzig an. Auf der Homepage wurde darüber hinaus intensiv für die JN-Demonstration unter dem Motto „Unser Volk stirbt – Volkstod aufhalten!“ am 25. Oktober 2008 in Leipzig geworben.

Die Hooliganszene ist hingegen grundsätzlich unpolitisch und wird vom Verfassungsschutz nicht beobachtet. In der Hooliganszene gibt es jedoch auch Rechtsextremisten. In den zurückliegenden Jahren lagen dem Verfassungsschutz zu fast 15 % der Anhänger der Hooliganszene Erkenntnisse mit rechtsextremistischen Bezügen vor.

⁸ Soziales Netzwerk bzw. Tagebuch im Internet.

⁹ Internetseite der Süddeutschen Zeitung, Rubrik Sport. Ausdruck vom 8. Oktober 2007.

Der Gewaltaspekt bei öffentlichen Aktionen und die Rolle der AUTONOMEN NATIONALISTEN (AN)

Das Demonstrationsgeschehen im Freistaat wurde in den letzten Jahren von den FREIEN KRÄFTEN geprägt. Bei ihnen wie im Rechtsextremismus insgesamt zählte offen konfrontatives, gewaltbereites Auftreten gegenüber staatlichen Institutionen zu den Ausnahmefällen.

Im Jahr 2009 kündigte sich ein Einstellungswandel in Bezug auf militantes Verhalten bei Demonstrationen an.

Hinzuweisen ist zunächst auf die von FREIEN KRÄFTEN in Konkurrenz zur NPD initiierte Demonstration am 1. Mai 2009 in Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) mit etwa 500 Teilnehmern. Im Rahmen dieser kurzfristig angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Zukunft statt Kapitalismus – Freiheit statt BRD“ wurden auch Transparente der AUTONOMEN NATIONALISTEN gezeigt. Als es zu einer versuchten Blockade des Demonstrationszuges durch Gegendemonstranten kam, entwickelten sich Ausschreitungen, bei denen ein Polizeibeamter leicht verletzt wurde. Nach Demonstrationsende versuchten ca. 200 Rechtsextremisten, eine zwischenzeitlich festgenommene Person aus dem Freiburger Polizeirevier zu befreien. Dabei kam es zudem zu Steinwürfen gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten.



Demonstration am 1. Mai 2009 in Freiberg.
Foto: Internetseite NETZWERKMITTE

In die Reihe der Ereignisse eingefügt werden muss auch die (von der JN angemeldete, aber von FREIEN KRÄFTEN organisierte) Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig. Als dort klar wurde, dass es nicht zu einem Demonstrationszug durch die Stadt kommen würde, erklärt der JN-Bundesvorsitzende Michael SCHÄFER: „Der Widerstand lässt sich nicht verbieten, Kameraden, denn wir kämpfen. (...) Von Leipzig ging schon einmal eine Revolution aus. Und auch heute steh'n hier freie Kämpfer – heute steh'n hier Revolutionäre. Wir werden uns das von dem Pack nicht gefallen lassen, weder von dem in Rot noch von dem in Grün.“ Nachdem die Polizei die Demonstration aufgelöst hatte, wurden Flaschen, Steine und Knallkörper in Richtung der Beamten geworfen.



Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig.
Foto: Internetseite ND-B

Antwortete die Szene in Leipzig auf das Scheitern ihres Demonstrationsvorhabens mit reaktiver Gewalt, so muss bei künftigen Aktionen mit einer deutlich herabgesetzten Hemmschwelle der Gewaltbereitschaft gerechnet werden. Auch wenn die konkreten Vorgehensweisen momentan noch offen sind, scheint jedoch Konsens darüber zu herrschen, dass die Anwendung von Gewalt im Rahmen öffentlicher Aktionen nicht ausgeschlossen wird. In einem Kommentar auf dem Internetportal ALTERMEDIA heißt es dazu: „Wir scheissen doch auf ihre Demokratie und Gummigesetze, also sollten wir uns auch so ver-

halten!!! Jetzt ist KÄMPFEN angesagt, auf allen Ebenen mit allen Mitteln."¹⁰

In den Kontext solcher Überlegungen gehört auch das Auftreten der AUTONOMEN NATIONALISTEN. Hierbei handelt es sich im Freistaat Sachsen weniger um die Bezeichnung selbstständiger Gruppen, als um Aktionsformen der FREIEN KRÄFTE mit folgenden Merkmalen:

- Verwendung ideologischer Elemente des Nationalsozialismus sowie
- Übernahme von Versatzstücken linksextremistischer Parolen und Symbolik,
- undogmatischer Umgang mit ideologischen Aspekten,
- Außendarstellung ist angelehnt an die links-extremistischer Autonomer,
- Durchführung von Anti-Antifa-Aktivitäten, die in Form von Gewalt gegen den politischen Gegner gerichtet sein sollen,
- Anwendung von Gewalt – insbesondere bei Demonstrationen – als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele.

Die Demonstration in Leipzig war ein Anlass, über die Strategie und Taktik bei öffentlichen Aktionen zu diskutieren. Kontrovers gestaltete sich dabei in der rechtsextremistischen Szene die Erörterung der Rolle der AN. Einerseits wurden sie als fest umrissene Struktur wahrgenommen, die man aus dem NATIONALEN WIDERSTAND werfen sollte, da sie dessen Ansehen schade. Andere sahen die AN lediglich als Aktionsform.

Unabhängig davon wurde jedoch rasch eine Einigung darüber erzielt, zukünftig dezentrale Aktionen oder „Spontandemonstrationen“ durchzuführen. Während bis zum Oktober Aktionen – im Gegensatz zum Jahr 2008 – eher mit-

tel- bis langfristig vorbereitet worden waren, orientierten sich die Organisatoren danach auf die Durchführung kleiner und zumeist unangemeldeter Aktionen in regionalem Rahmen und griffen damit auf die bewährte Strategie aus dem Jahr 2008 zurück. Solche Aufzüge fanden am 20. Oktober 2009 in Chemnitz mit 40 Teilnehmern, am 22. Oktober 2009 in Leipzig mit 60 Beteiligten und am 31. Oktober 2009 in Borna (Landkreis Leipzig) mit 50 Personen statt¹¹. Die Basis akzeptiert diesen Strategiewechsel.

1.3 Rechtsextremistische Parteien

1.3.1 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 800
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 850
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 7.000
Kennzeichen	



Unter den rechtsextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen nimmt die NPD nach wie vor die dominierende Position ein. Neben ihr gibt es keine rechtsextremistische Partei, die hier von Bedeutung ist. Der sächsische Landesverband der NPD seinerseits hat als einer der mitgliederstärksten Verbände innerhalb der Bundespartei eine herausgehobene Bedeutung.

Der NPD kommt darüber hinaus eine Schlüsselrolle in der gesamten rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen zu. Die Verbindungen zur rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene und zu den FREIEN KRÄFTEN

¹⁰ Schreibweise wie im Original.

¹¹ Die genannten Teilnehmerzahlen sind jeweils Eigenangaben der Veranstalter.

bestehen zum einen unmittelbar über die Mutterpartei und zum anderen in zunehmendem Maße über die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)¹². Die NPD agiert als „parlamentarischer Arm der Bewegung“, während sich die neonationalsozialistische Szene sowie die JN als „außerparlamentarischer Arm“ verstehen.

Trotz dadurch bestehender Spannungen ist die NPD für die außerparlamentarischen rechts-extremistischen Bestrebungen vor allem eine organisatorische, logistische und finanzielle Ressource. Im Gegenzug wird die NPD von diesen z.B. im Wahlkampf unterstützt. Über die subkulturellen und neonationalsozialistischen Gruppierungen hat die Partei zudem Zugang zu jungen Leuten, die für sie nicht zuletzt als potenzielle Wähler interessant sind.

Wie in den Vorjahren hat sich die NPD im „Superwahljahr 2009“ im Rahmen ihres „4-Säulen-Konzeptes“¹³ auf den „Kampf um die Parlamente“ konzentriert. Im Berichtsjahr konnte sie bei der sächsischen Kommunalwahl ihre lokale Verankerung festigen und bei der Landtagswahl den Wiedereinzug in das Parlament erreichen.

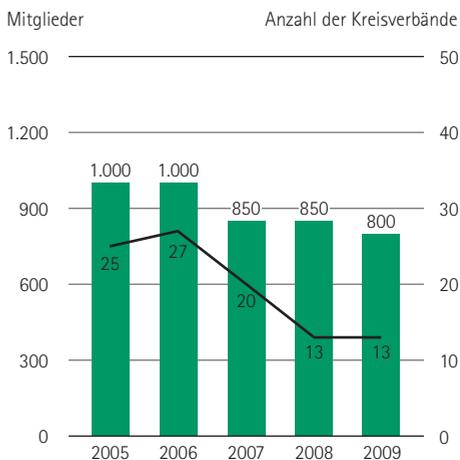
Bei ihrem Mitgliederbestand musste die NPD im Berichtsjahr einen weiteren Rückgang hinnehmen.

Strukturen

Dem sächsischen NPD-Landesverband gehörten im Berichtsjahr rund 800 Mitglieder an. Damit hat die Partei im Freistaat Sachsen gegenüber dem Vorjahr 50 Mitglieder (ca. 6 %) verloren.

Von ihrem Höchststand mit 1.400 Mitgliedern im Jahr 1998 ist sie mittlerweile weit entfernt. Allerdings konnte die Partei durch den Ausbau ihrer Strukturen in der Fläche sowie durch zusätzliche Mandate in den kommunalen Vertretungen ihre örtliche Verankerung ausweiten und damit eine Basis für die weitere Parteiarbeit schaffen. Die NPD ist im Freistaat Sachsen nach wie vor mit 13 Kreisverbänden flächendeckend organisiert. Die regionalen Verbände sind jedoch unterschiedlich groß und aktiv. Die größten Kreisverbände finden sich in Leipzig und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Auch die Kreisverbände in Dresden sowie die in den Landkreisen Meißen und Mittelsachsen zählen zu den größeren und aktiven NPD-Strukturen.

Entwicklung der Anzahl der Kreisverbände¹⁴ und der Mitgliederzahlen der NPD im Freistaat Sachsen



Das politische Zentrum der NPD liegt im Landesdirektionsbezirk Dresden. Neben besonders aktiven Kreisverbänden befinden sich dort

¹² Siehe Beitrag zur JN.

¹³ Neben dem „Kampf um die Parlamente“ sind weitere Säulen des Konzeptes der „Kampf um die Straße“, der „Kampf um die Köpfe“ sowie der „Kampf um den organisierten Willen“.

¹⁴ Zu berücksichtigen ist die Reduzierung der Anzahl der Landkreise im Rahmen der Kreisreform zum 1. August 2008 auf zehn Landkreise und drei kreisfreie Städte.

wichtige Institutionen wie die NPD-Fraktion und der Verlag der DEUTSCHEN STIMME.

Die DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT MBH mit Sitz in Riesa (Landkreis Meißen) ist eines der größten rechtsextremistischen Versandunternehmen bundesweit. Mit der Verlagerung des Unternehmenssitzes nach Sachsen im Jahr 2000 hat sich hier eine für die Partei bedeutende Einrichtung etabliert. Die damals nach Sachsen umgezogenen NPD-Funktionäre bestimmen mittlerweile den politischen Kurs des sächsischen NPD-Landesverbandes.

Die NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) ist auch in Sachsen aktiv und verfügt über einzelne Regionalgruppen.



Demonstration am 1. Mai 2009 in Dresden.

Foto: Internetseite Recherche Ost

Darüber hinaus sind sächsische NPD-Mitglieder in der NPD-Schulungsorganisation für kommunale Mandatsträger KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV) organisiert.

Von dem NPD-nahen Verein BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT E.V. gingen im Berichtsjahr keine Aktivitäten aus. Nach Angaben der Partei hat dieser Verein seinen ursprünglichen Zweck, „Schulung und wissenschaftliche Arbeit“ zu leisten nicht „voll erfüllen können“. Tatsächlich ist er jedoch weit davon entfernt.

Aktivitäten

Die Arbeit des sächsischen Landesverbandes war im Berichtsjahr geprägt von den Aktivitäten

im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen und mit der Landtags- und Bundestagswahl. Darüber hinaus beeinflusste ein innerorganisatorischer Machtkampf auf Bundesebene die Entwicklung.

Spannungen im NPD-Bundesvorstand

Die Aktivitäten des NPD-Bundesvorstandes waren von Spannungen geprägt. Nachdem bekannt geworden war, dass der ehemalige Bundesschatzmeister Erwin KEMNA Gelder der NPD veruntreut hatte, geriet die Partei in eine schwierige finanzielle Situation. Zudem wurden Forderungen nach personellen Konsequenzen an der Führungsspitze der NPD laut. Der Bundesvorsitzende Udo VOIGT lehnte eine Übernahme der Verantwortung für die politische und finanzielle Situation der NPD ab und kündigte an, erneut für das Amt des Bundesvorsitzenden zum Bundesparteitag am 4. und 5. April 2009 kandidieren zu wollen. Im Vorfeld dieser Delegiertenversammlung zeigten sich bei einer inner- und außerparteilichen Diskussion erhebliche Differenzen hinsichtlich der anzustrebenden Zusammensetzung des Bundesvorstandes. Die auf personelle Veränderungen im Bundesvorstand orientierten Parteifunktionäre aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen konnten sich auf dem Parteitag jedoch nicht durchsetzen. Ihre Forderungen nach persönlichen Konsequenzen des Parteivorsitzenden und einem Wechsel an der Parteispitze fanden keine Mehrheit. Der bisherige Bundesvorsitzende VOIGT wurde in seinem Amt bestätigt.

Daraufhin waren NPD-Funktionäre aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr bereit, Ämter im Bundesvorstand zu übernehmen. Stattdessen wählten die Delegierten weitere bekannte Neonationalsozialisten in den Vorstand.

Unterschiedliche strategische Überlegungen als Ausfluss der Spannungen

Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses wirkte sich auch auf die strategischen Überlegungen der NPD aus. Während sich die sächsische NPD unter der Bezeichnung „Sächsischer Weg“ nach außen moderat präsentierte, setzte der Bundesvorstand unter der Bezeichnung „Deutscher Weg“ auf eine deutliche Hervorhebung der verfassungsfeindlichen Positionen.

Der „Sächsische Weg“

Diese Variante favorisiert – ohne extremistische Grundpositionen zu verlassen – vergleichsweise moderate politische Aussagen. Mögliche neue Anhängerschaften aus der „Mitte der Gesellschaft“ sollen angesprochen werden, indem sozialpolitische Fragen stärker betont und die Zukunftsfähigkeit der Partei suggeriert wird. Im Bewusstsein, dass zur Landtagswahl kaum Protestwählerpotenzial mobilisierbar sein würde, beabsichtigte man, die extremistischen Inhalte mit einer „sozialen Verpackung“ zu umgeben, um breitere Wählerschichten oder Interessenten außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums zu erreichen, wie z. B. Nicht- und Jungwähler. So heißt es beispielsweise, der „Sächsische Weg“ stehe für einen „gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik stellt“¹⁵. Dem Bundesvorstand wurde hingegen die „Zukunftsfähigkeit“ abgesprochen, da sich nach Ansicht der sächsischen NPD-Funktionäre über den „Sächsischen Weg“ mehr Wählerstimmen erreichen lassen als mit „unpolitischer Nostal-

giepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehebe“¹⁶.

Der „Deutsche Weg“

Der Bundesverband favorisiert hingegen eine „knallharte Opposition“ und „Systemalternative“. Dieser Kurs ist deutlich von einem radikalen Habitus geprägt. Strategisch wird – so eine grundlegende Aussage – eine „ganz klare und vor allem kompromißlose Ausrichtung auf Überwindung des liberalkapitalistischen Systems und des bestehenden volksfeindlichen Parteienstaates“¹⁷ propagiert. Diese drastischen Formulierungen sind als Zugeständnis an die Neonationalsozialisten innerhalb des Bundesvorstandes zu sehen, zumal man sich als „Avantgarde eines neuen Deutschlandes“¹⁸ versteht. Für eine „nationale Erneuerung“ sei der traditionell bürgerliche Wähler nicht als Ansprechpartner geeignet, da er „gänzlich andere Interessen verfolgt, als derjenige, der dieses System überwinden will.“ Die Vertreter des „Deutschen Weges“ fokussierten auf die Gruppe der Nichtwähler. Nur Letzterer sei an einer Systemüberwindung interessiert. Die Partei müsse sich nicht „national-konservativen Schichten anpassen“, sondern diese prägen. Die NPD solle sich nicht in die Mitte der Gesellschaft bewegen, sondern diese zu sich ziehen.¹⁹

Auch wenn die Form der politischen Argumentationen beim sächsischen NPD-Landesverband moderat erscheint, so sind seine Zielsetzungen nach wie vor extremistisch. Dies zeigen demaskierend Diskrepanzen zwischen dem vergleichsweise moderat gehaltenen Landtagswahlpro-

¹⁵ Auszug aus einem Internet-Blog der NPD vom 6. April 2009.

¹⁶ Auszug aus der Internet-Homepage GESAMTRECHTS.INFO vom 6. April 2009.

¹⁷ Auszug aus der Internet-Homepage des NPD-Parteivorstandes vom 24. Juli 2009. Schreibweise wie im Original.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda.

gramm und Aussagen im Wahlkampf. Deutlicher noch als in vorangegangenen Wahlkämpfen warf die Partei die Systemfrage auf. Auch ihre ausländerfeindlichen Positionen brachte die sächsische NPD stärker zum Ausdruck als in den Wahlkämpfen zuvor. Sowohl die NPD in Sachsen als auch der Bundesparteivorstand verfolgten das Ziel, politischen Einfluss über parlamentarische Präsenz zu gewinnen und letztendlich die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen. Insofern besteht in der Zielsetzung kein Unterschied zwischen dem „Deutschen Weg“ und dem „Sächsischen Weg“. Beide Wege unterscheiden sich nur in der Strategie dorthin. Während die sächsische NPD im Rahmen einer angestrebten „Normalisierung“ in die Mitte der Gesellschaft drängt und ihre Positionen vorgeblich anpasst, setzt der Bundesvorstand auf radikale Aussagen und will die Mitte der Gesellschaft zum Rechtsextremismus ziehen.

Sächsischer Landesverband

Im Wahljahr 2009 konzentrierten sich die Aktivitäten der sächsischen NPD auf die Wahlteilnahme²⁰. Dabei hatte die Landtagswahl die herausragende Bedeutung. Die NPD wollte auf jeden Fall den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag schaffen. Die Kommunalwahlen dienten auch dazu, dieses Wahlziel vorzubereiten. Daneben wollte sie durch die Erlangung von mehr Kommunalmandaten ihre kommunale Verankerung ausbauen.

Bereits Anfang 2009 schwörte der damalige²¹ stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Holger APFEL die Mitglieder und Unterstützer mit einem Spendenaufruf auf das so genannte

„Superwahljahr 2009“ ein. Eine finanzielle Unterstützung durch den Bundesverband konnte die NPD wegen dessen desolater Finanzlage nicht erwarten. Die Wahlkampfkosten in Höhe von ca. 250.000 Euro mussten daher auch durch Kredite finanziert werden. Die Partei soll Verbindlichkeiten in Höhe von 100.000 Euro eingegangen sein.

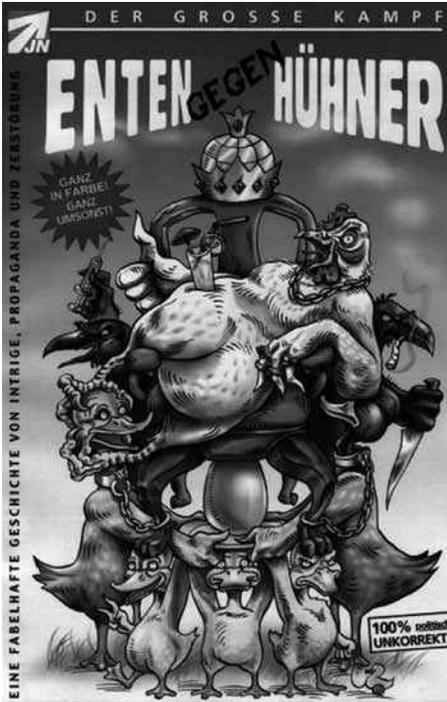
Die NPD ging bei ihrem Wahlkampf besonders offensiv vor. Dies zeigte sich vor allem in der Plakatwerbung. So plakatierte die NPD in mehreren Orten deutlich mehr als zulässig, sodass Ordnungsbehörden einschreiten mussten. Außerdem wurden Infostände aufgebaut, Informationsmaterial verteilt und Kundgebungen durchgeführt. Dabei tourten Parteimitglieder mit Infomobilen durch Sachsen und nutzten auch ein Flugzeug für ihre Wahlwerbung. Zu ihren Aktivitäten veröffentlichte die Partei oft „Jubelmeldungen“, die weit übertriebene Angaben z.B. zur Anzahl der Besucher und Zuhörer enthielten. Sie sollten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erwecken.

Die Parteimitglieder waren im Wahlkampf besonders engagiert. Darüber hinaus wurde die NPD aus der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene bzw. von den FREIEN KRÄFTEN unterstützt. Diese Unterstützung wurde jedoch nicht immer in dem gewünschten Maße gewährt. So blieb sie z.B. bei einer Demonstration der NPD am 1. Mai 2009 in Dresden aus, die deshalb lediglich rund 220 Teilnehmer hatte. Die jungen Anhänger und Unterstützer mobilisierte die Partei durch Saalveranstaltungen mit Auftritten von rechtsextremistischen Liedermachern oder Bands. Eine solche Konzertveranstaltung am 2. Mai 2009 in Rothenburg, Ortsteil Gehege (Landkreis Görlitz) beendete die Polizei nach „Sieg Heil!“-Rufen.

²⁰ Ausführliche Erläuterungen hierzu: siehe „Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen“, Kapitel 2.4 „Beteiligung von Rechtsextremisten an Wahlen im Freistaat Sachsen“, S. 147 ff.

²¹ APFEL ist mittlerweile Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Sachsen.

Im August, unmittelbar zu Beginn des neuen Schuljahres, versuchte die NPD, mit einer Jungwählerkampagne auf sich aufmerksam zu machen. Die Partei wollte mit einem im jugendgemäßen Stil entworfenen Comic-Heft die Aufmerksamkeit von Jung- und Erstwählern auf sich ziehen und flankierte den Wahlkampf – wie bereits 2004 – zusätzlich mit der Verteilung einer neuen „Schulhof-CD“.



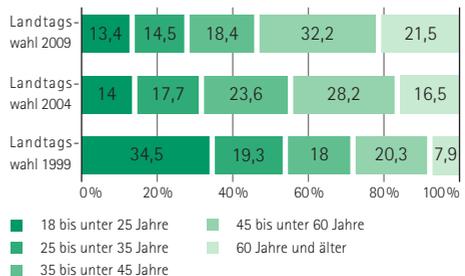
Wahlergebnisse und Konsequenzen

Für die Kommunalwahlen hatte sich die NPD das Ziel gestellt, mindestens 100 Mandate zu erreichen. Sie brachte insgesamt 103 Wahlvorschläge (2004: 16) mit 317 Bewerbern (2004: 71) ein. Dabei griff die NPD auch auf Kandidaten aus der rechtsextremistischen Skinhead-

und Kameradschaftsszene zurück. Als Resultat erzielte sie mit einem Wahlergebnis von 2,3 % insgesamt 74 Mandate. Zwar konnte sie gegenüber 2004 (26) ihre Mandate fast verdreifachen, ihr eigenes Wahlziel verfehlte sie dennoch.

Zur Landtagswahl kündigte die Partei ein Wahlziel von über 10 % an. Trotz des intensiven Wahlkampfes erreichte sie dieses Ziel bei weitem nicht. Sie erhielt lediglich 5,6 % der Zweitstimmen (absolut: 100.834 Stimmen). Damit zog sie zwar – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – wiederholt in einen Landtag ein und bildet eine Fraktion mit acht Mitgliedern. Im Vergleich zur Landtagswahl 2004 verlor die NPD jedoch fast die Hälfte der Wähler. Auch die Jungwählerkampagnen der NPD brachten nicht den gewünschten Erfolg. Der Stimmenanteil der NPD bei den gesamten Jungwählern sank von 16 % (absolut: ca. 26.800 Stimmen) zur Landtagswahl 2004 auf 10,4 % (absolut: ca. 13.500 Stimmen) bei der Landtagswahl 2009. Auch innerhalb der Wählerschaft der NPD ging der Anteil dieser Altersgruppe weiter zurück. Die NPD reagierte hierauf mit dem Ausbau ihrer Jugendarbeit. Zugewinne innerhalb der eigenen Wählerschaft konnte die Partei hingegen unter den 45- bis 60-Jährigen erzielen. Mittlerweile sind ca. 54 % der NPD-Wähler 45 Jahre oder älter.

Entwicklung der Wählerschaft der NPD im Freistaat Sachsen



²² Vgl. Beitrag zur JN.

Ihre höchsten Ergebnisse erzielte die NPD in den ländlichen Regionen. In den großen Städten hingegen konnte sie – trotz des erklärten Ziels und eines intensiv geführten Wahlkampfes – keine Wähler hinzugewinnen.

Nachdem die NPD in Sachsen den Wiedereinzug in den Landtag geschafft hatte, fiel das Engagement für den Bundestagswahlkampf eher verhalten aus. Die Partei trat mit einer sechs Personen umfassenden Landesliste und 16 Direktkandidaten an. Im Wahlkampf nutzten die sächsischen Rechtsextremisten im Wesentlichen die noch hängenden Plakate aus dem Landtagswahlkampf. Zusätzlich wurde nur partiell plakatiert. Darüber hinaus verteilte die Partei eine vom Bundesverband herausgegebene Wahlkampfzeitung mit dem Titel „JETZT REICHT’S!“. Mit bundesweit 1,5 % der Zweitstimmen verschlechterte sich das Ergebnis der Partei gegenüber der Bundestagswahl 2005 (1,6%) um 0,1 Prozentpunkte. In nahezu allen Bundesländern musste die Partei Stimmenverluste hinnehmen. Auch in Sachsen verringerte sich das Wahlergebnis von 4,8 % auf 4,0 %. Dennoch erzielte sie damit (89.616 Zweitstimmen) hier ihr höchstes Wahlergebnis in der Bundesrepublik Deutschland.

Das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl führte bei den Funktionären des Bundesvorstandes offenbar zu einem Nachdenken über die Erfolgsaussichten des eingeschlagenen „Deutschen Weges“. So resümierte der NPD-Bundesvorsitzende VOIGT in einer Videobotschaft, dass die NPD bei Wahlen in Zeiten der Wirtschaftskrise sicher hätte erfolgreicher sein müssen. Er fragte sich, „ob die Verpackung unserer politischen Visionen noch stimmt“. Die NPD brauche neue strategische und taktische Überlegungen, wie man die eigenen Aussagen an den Wähler bringt. Deshalb wolle man für Januar

2010 eine Strategiekommision einberufen.

Die sächsische NPD zeigte sich nach den Wahlen weiterhin bemüht, ihre Präsenz und Wahrnehmbarkeit zu erhöhen. Ihre Funktionäre kündigten an, die Zusammenarbeit mit „allen konstruktiven freien Kräften“ ausbauen zu wollen und einen noch stärkeren Schulterchluss mit der JN zu suchen. Darüber hinaus soll ein besonderes Augenmerk auf die Bildung neuer regionaler Anlaufpunkte und auf die Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden. Die Struktur soll durch verstärkte Interessentennarbeit erweitert werden. Die Mitglieder wurden aufgefordert, sich stärker am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Nachdem die Funktionäre der sächsischen NPD erkennen mussten, dass die ambitionierten Wahlziele nicht vollständig erreicht wurden und der im Wahlkampf oft suggerierte starke Rückhalt in der Bevölkerung nicht vorhanden ist, will man nun offenbar die Arbeit an der Basis verstärken. Örtliche Strukturen sollen erweitert werden. Über die JN will man sich Jugendgruppen erschließen. Lokales Engagement z.B. in Vereinen aber auch bei kommunalpolitischer Arbeit der NPD-Mandatsträger in Gemeinden und Kreisen soll offenbar bewirken, dass die NPD als „normale“ Partei und als Alternative zu den etablierten Parteien wahrgenommen wird. Neu ist dies nicht. Schon seit Jahren verkünden die Funktionäre gebetsmühlenartig, die NPD wäre in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen. Ihre Mitglieder werden immer wieder animiert, in Vereinen aktiv zu werden. Von einer erkennbaren Realisierung dieser Absichten ist die NPD in Sachsen jedoch weit entfernt.

Auf dem Landesparteitag am 25. Oktober 2009 in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) wählten die Delegierten einen neuen Landesvorstand. Als einziger Kandidat für das Amt des Landesvorsitzenden trat der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion Holger APFEL an, der bis dahin als Stellvertreter fungierte. Die Delegierten wählten ihn mit 48 von 64 Stimmen. Die Wahl von APFEL zum neuen Landesvorsitzenden überraschte nicht. Während er in Sachsen bereits seit mehreren Jahren als richtungweisender Funktionär aufgetreten war und seine Position durch den erneuten Einzug in den Sächsischen Landtag festigte, prägte sein Amtsvorgänger Winfried PETZOLD das Erscheinungsbild des sächsischen Landesverbandes nur gering. PETZOLD trat nicht mehr an und wurde zum „Ehrenvorsitzenden“ gewählt.

1.3.2 JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 50
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 70
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 400
Kennzeichen	

Potenzial und Struktur

Der NPD-Jugendverband verfügte im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen über etwa 50 Mitglieder (2008: ca. 70). Auf Grund ihrer Schnittstellenfunktion zwischen NPD und der rechtsextremistischen Skinhead- und Kamerad-

schaftsszene sowie den FREIEN KRÄFTEN kann sie jedoch gerade aus diesem Personenkreis weit mehr Personen mobilisieren.

Von den acht öffentlich ausgewiesenen Stützpunkten im Freistaat Sachsen (2008: neun) entfalteten im Berichtsjahr vor allem die erst im Vorjahr neu gegründeten Stützpunkte Leipzig, Chemnitz und Kamenz (Landkreis Bautzen) sowie der Stützpunkt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Aktivitäten. Im Berichtsjahr gab die JN die Gründung weiterer Stützpunkte bekannt und verdeutlicht damit nicht nur die Bemühungen der JN und damit der NPD, ihren Einfluss bei den neonationalsozialistischen Bestrebungen auszubauen, sondern relativiert auch den gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Mitgliederverlust.

Die JN werden im Freistaat Sachsen maßgeblich durch Aktivisten der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene, insbesondere der FREIEN KRÄFTE, geprägt. In mehreren Regionen sind JN und die neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTE eng miteinander verflochten. Die FREIEN KRÄFTE nutzen gezielt den organisatorischen Rahmen der NPD-Jugendorganisation zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele, da die JN als Parteiorganisation nach eigener Darstellung „weitaus schwieriger zu verbieten ist, als ein Verein bzw. eine Kameradschaft.“²³ Gleichzeitig versucht die NPD über die JN, ihren Einfluss innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu erweitern. Nachdem die NPD bei der Sächsischen Landtagswahl 2009 deutliche Stimmenverluste – gerade auch bei den Jungwählern – hinnehmen musste²⁴, will sie nun offenbar ihre Jugendarbeit ausbauen. Erklärtes Ziel der Partei ist es, die Zusammenarbeit mit JN und FREIEN KRÄFTEN zu forcieren. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Bildung neuer regio-

²³ DER AKTIVIST Ausgabe 1/2009, S. 10.

²⁴ Vgl. Beitrag zur NPD.

naler Anlaufpunkte gelegt werden.²⁵ Nach einer Aussage des NPD-Landesorganisationsleiters Maik SCHEFFLER will man dazu auf den bestehenden „festen Verbindungslinien unter den einzelnen nationalen Gruppen“ aufbauen, lose Kameradschaften einheitlicher ausrichten und durch Bündelung von Kräften und Aktionen die Wahrnehmbarkeit der Szene unter dem Dach der NPD erhöhen. Gleichzeitig sollen die einzelnen JN-Stützpunkte enger und überregional mit anderen Stützpunkten zusammenarbeiten, „um somit nicht nur Fragment des breit gefächerten Sammelbeckens ‚Nationaler Widerstand‘ zu sein, sondern Zahn im Getriebe einer fortschrittlichen und einheitlichen Bewegung.“²⁶

Im November sollen nach parteieigenen Angaben dementsprechend vier neue Stützpunkte der JN für Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz (jeweils Landkreis Nordsachsen) und Wurzen (JN-Muldental, Landkreis Leipzig) gegründet worden sein. Auch für diese Stützpunkte schöpft die JN die personelle Basis aus Szeneangehörigen, die bisher in Kameradschaften oder als Einzelpersonen „eher nebeneinander als miteinander politisch gearbeitet haben“²⁷. In einer Internetdarstellung spricht die JN von angeblich „mehr als 80 Mitgliedsinteressenten“. Eine weitere Stützpunktgründung sei in Borna (Landkreis Leipzig) geplant. Die Vorarbeit dafür soll der sächsische NPD-Landesorganisationsleiter SCHEFFLER geleistet haben, ein ehemaliger Aktivist der FREIEN NATIONALISTEN DELITZSCH. SCHEFFLER nimmt im Sinne der NPD gezielt Einfluss auf Anhänger der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene. Diese sollen für Zwecke der NPD instrumentalisiert und organisiert werden, „um im Hinblick auf die nächsten Wahljahre die

nötigen Voraussetzungen zu schaffen“²⁸.

Neben „politischen Aktionen“ will beispielsweise der JN-Stützpunkt Muldental Jugendliche mit Angeboten in den Bereichen Sport, Kultur, Brauchtum, Geschichte und Kunst ködern, um als „ein Gegenpol zu den Verdummungsmedien und den so genannten ‚demokratischen Netzwerken‘“²⁹ wirken zu können. Diese Strategie belegt das Bemühen, jugendliche Anhänger zu gewinnen.

Politische Agitation und Aktivitäten

In ihrer Agitation bringt die JN ihre offensiv verfassungsfeindliche Zielsetzung zum Ausdruck. Im Verhältnis zur Mutterpartei verortet sich die JN im vopolitischen Raum und strebt an, eine „bundesweite Formation politischer Soldaten“ zu werden. Die NPD hingegen wird als „parlamentarischer Arm der Bewegung“ verstanden, welcher allenfalls taktisch bedingt demokratisch organisiert sein müsse. Die NPD habe den Auftrag, in die „Mitte des Volkes“ zu gelangen, also möglichst breite Anhängerkreise zu gewinnen.

Am 17. Juni 2009 wurde auf der Homepage des NPD-Bundesvorstandes ein Beitrag des JN-Bundesvorstandes mit dem Titel: „Zeit einen neuen Volksaufstand zu wagen!“ veröffentlicht. Darin wird die offensive Grundhaltung der JN deutlich. In diesem Beitrag zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR wird das politische System der DDR mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gleichgesetzt. Die Bundesrepublik sei eine „Meinungsdiktatur“ und ein „Besatzungskonstrukt, kein souveräner

²⁵ Internet-Homepage des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 26. Oktober 2009.

²⁶ Internet-Homepage des so genannten AKTIONSBÜROS NORDSACHSEN vom 25. November 2009. Schreibweise wie im Original.

²⁷ Internet-Homepage des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen vom 24. November 2009.

²⁸ Internet-Homepage des so genannten AKTIONSBÜROS NORDSACHSEN vom 25. November 2009.

²⁹ Ebenda.

Staat" und müsste genau wie die DDR Angst davor haben, dass sich das Volk eines Tages gegen den „Alles über Alles raffenden und volksverratenden Staat und deren Handlanger" erhebe. „Fettgefressene Bonzen" – so die Verfasser weiter – hätten Angst, das Volk könne bei einem erneuten Volksaufstand das „Recht auf Selbstbestimmung erneut erobern wollen". „In diesem Falle nämlich, wäre die bürgerliche Revolution erfolgreich, so könnte es gut möglich erscheinen, diesmal wären Tode nicht bei den Demonstranten, sondern vielmehr bei der etablierten Meinungsdictatoren zu verzeichnen – Dem Volk wär's recht, – Hauptsache nur, das Volk erfährt den Willen des Volkes"³⁰. Im Anschluss daran wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die nächste Revolution erfolgreicher verläuft und aufgerufen: „Volk steh auf, kämpf dich frei!"³¹ An anderer Stelle ruft die JN zur Teilnahme an einer Demonstration in Berlin unter dem Motto „Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff" auf.

Veranstaltungen wie am 17. Oktober 2009 in Leipzig aber auch Szenereaktionen im Nachgang zeigen zudem, dass die Gewaltbereitschaft im Umfeld der JN ansteigt: Am 17. Oktober 2009 hatte die Polizei in Leipzig eine Demonstration von ca. 1.350 Rechtsextremisten aufgelöst. Die Demonstration war durch den sächsischen JN-Landesvorsitzenden unter dem Motto: „Recht auf Zukunft" angemeldet worden. Nach Redebeiträgen von drei Rechtsextremisten hatte vor allem der JN-Bundesvorsitzende Michael SCHÄFER mit einer aggressiven Wortwahl die schon angespannte Stimmungslage der Demonstrationsteilnehmer noch weiter angeheizt: „Kameraden, in Leipzig ist schon einmal ein Staat zu Grunde gegangen. Warum soll es nicht wieder

so sein? Warum soll heute nicht der Anfang vom Ende des Projektes BRD sein? (...) Der Widerstand lässt sich nicht verbieten, Kameraden, denn wir kämpfen. (...) Von Leipzig ging schon einmal eine Revolution aus. Und auch heute stehen hier freie Kämpfer – heute stehen hier Revolutionäre. Wir werden uns das von dem Pack nicht gefallen lassen, weder von dem in Rot noch von dem in Grün."³² Später wurden aus der Veranstaltung heraus Flaschen, Steine und Knallkörper in Richtung der eingesetzten Polizeibeamten geworfen.



Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig.
Foto: picture alliance

Nach den Ereignissen am 17. Oktober 2009 in Leipzig kündigten die JN für die Zukunft mehr dezentrale Aktionen bzw. unangemeldete Demonstrationen an, um für die Sicherheitsbehörden schwerer berechenbar zu sein. Dabei wird Gewalt nicht ausgeschlossen. So heißt es beispielsweise im Internet: „Die Demokraten haben uns gezeigt, dass sie uns fürchten, sie wollen uns bekämpfen, egal mit welchen Mitteln, da wir die einzige relevante Opposition zu diesem kranken System darstellen. (...) Wie man sich nun gegen Repressalien seitens des Staats zur Wehr setzen sollte, friedlich oder militant, ist Situationsabhängig. Wenn jedoch wie letzten Sonnabend abzusehen ist, dass die Schergen des Systems in keinem Falle bereit sind zu

³⁰ Internet-Homepage des NPD-Bundesvorstandes vom 22. Juni 2009. Schreibweise wie im Original.

³¹ Ebenda.

³² Redeabschrift.

kooperieren, da sie bereits im Vorfeld fest entschlossen sind eine Demonstration unsererseits zu verhindern, drängt sich die Frage auf, ob es angebracht ist sich doppelt Ohrfeigen zu lassen, oder doppelt so hart zurück zuschlagen! Denn nur so viel sei gesagt, auch unsere Geduld hat irgendwann einmal ein Ende.“³³ Und abschließend: „Warum ist man nicht geschlossen aufgetreten, warum nicht einheitlich friedlich oder einheitlich militant?“

1.3.3 DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 40
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 80
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 6.000
Kennzeichen	

Die DVU ist eine bundesweit organisierte rechtsextremistische Partei, die ihre verfassungsfeindlichen Ziele in ihrer fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Propaganda zum Ausdruck bringt.

Anfang der 1990er Jahre hatte die DVU bundesweit ca. 26.000 und im Freistaat Sachsen ca. 1.500 Mitglieder. Damit nahm sie eine zentrale Position im rechtsextremistischen Parteienspektrum ein. In den letzten Jahren haben allerdings sowohl die Mitgliederzahl als auch die Bedeutung der Partei drastisch abgenommen. Im Freistaat Sachsen verfügt sie mittlerweile über nur noch ca. 40 Mitglieder. Damit hat sich die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr halbiert. Der Organisationsgrad der Partei und ihre

Öffentlichkeitswirksamkeit sind hier gering. Die Aktivitäten beschränken sich im Wesentlichen auf parteiinterne Veranstaltungen. Strukturen des sächsischen Landesverbandes existieren u.a. in Chemnitz.

Die Bedeutungslosigkeit zeigte sich auch in den Wahlergebnissen der DVU im Berichtsjahr. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni erhielt die Partei bundesweit lediglich 0,4 % und im Freistaat Sachsen 1,1 % der Stimmen. Bei der Bundtagswahl im September erreichte die Partei bundesweit lediglich 0,1 % der Zweitstimmen – ein für die Partei desaströses Ergebnis, bedeutet dies doch einen erheblichen Rückgang der staatlichen Parteien- und Wahlkampfunterstützung. Im Freistaat Sachsen kandidierte sie nicht – sie hatte hier keine Landesliste aufgestellt. Zur Landtagswahl in Sachsen trat die Partei ebenfalls nicht an.

Im Berichtsjahr hat der langjährige Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY (77) sein Amt an den Hamburger Matthias FAUST abgegeben. Dessen Ankündigungen und Bemühungen, die Partei zu reorganisieren und zu neuen Erfolgen zu führen, waren allerdings nicht erfolgreich. Auch die Gründung der DVU-Jugendorganisation JUNGE RECHTE führte nicht zum gewünschten Erfolg. Zudem zerbrach der im Jahr 2004 mit der NPD geschlossene so genannte „Deutschland-Pakt“, mit dem beide Parteien ihre Wahlteilnahmen abgestimmt hatten. Er wurde vorzeitig durch die NPD beendet, indem sie absprachewidrig an der Landtagswahl in Brandenburg teilnahm. Trotz dieses Bruchs zwischen beiden Parteien diskutieren gemäßigte Teile der NPD mit der DVU über eine engere Zusammenarbeit. Diese Diskussion blieb jedoch ohne konkrete Ergebnisse.

³³ Meldung auf der Internetseite der JN Chemnitz vom 19. Oktober 2009. Schreibweise wie im Original.

1.4 Rechtsextremistische Kameradschaftsszene, insbesondere die neonationalsozialistischen Kameradschaften und die FREIEN KRÄFTE

Die rechtsextremistische Kameradschaftsszene in Sachsen setzt sich zusammen aus den subkulturellen Kameradschaften, den Kameradschaften der Neonationalsozialisten und den FREIEN KRÄFTEN.

Subkulturelle Kameradschaften besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Dementsprechend fokussieren sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den regionalen Bereich und darüber hinaus auf die Teilnahme an Skinheadkonzerten. Jedoch gehören sie in der Regel nicht zu den Organisatoren solcher Veranstaltungen. Partiiell erfolgt eine Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen.

Neonationalsozialistische Kameradschaften weisen demgegenüber klar erkennbare Führungsstrukturen auf und sind stark politisch ausgerichtet. In ihren weltanschaulichen Grundpositionen erlangen antikapitalistische Elemente immer größere Bedeutung. Gefordert wird ein auf dem Fundament der „Volksgemeinschaft“ errichteter „Nationaler Sozialismus“. Etwa zwischen 2006 und 2009 favorisierten neonationalsozialistische Kameradschaften die Auflösung ihrer formalen Strukturen und agieren seitdem vorzugsweise unter der Bezeichnung FREIE KRÄFTE. Ideologisch bilden beide Strukturformen der Neonationalsozialisten (Kameradschaften/FREIE KRÄFTE) eine Einheit, die hier auch im Zusammenhang als Träger bedeutender Propagandaaktionen dargestellt werden soll. Insbesondere die Neonationalsozialisten prägten das Demonstrationsgeschehen in Sachsen.

Exemplarisch für die Kameradschaften sind zu nennen:

Kameradschaft	Herkunft
BOOT BOYS GÖRLITZ	Görlitz / Landkreis Görlitz
KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ	Seiffhennersdorf (Landkreis Görlitz)
NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC)	Chemnitz
DIVISION DÖBELN	Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)
NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU E.V. (NJB ZITTAU)	Zittau (Landkreis Görlitz)
RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH (RAF)	Reichenbach (Vogtlandkreis)

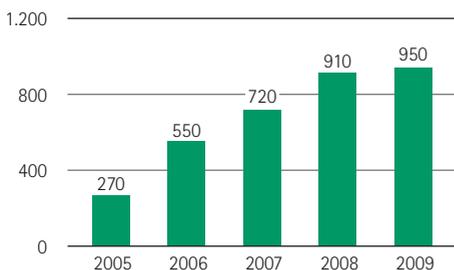
Zuwachs bei den Neonationalsozialisten fällt deutlich geringer aus

Die zunehmende und in den vergangenen Jahren sehr dynamisch verlaufende Ideologisierung der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene kam 2009 praktisch zum Stillstand. Der Zuwachs bei den Neonationalsozialisten betrug nur noch 4 % gegenüber Steigerungen von über 25 % in den Vorjahren. Der geringer ausfallende Zuwachs muss dabei nicht verwundern, ist doch das politisierbare Personenpotenzial der subkulturellen Kameradschaften im Laufe der Jahre deutlich geringer geworden.

Den neonationalsozialistischen Kameradschaften sowie den FREIEN KRÄFTEN gehörten im Berichtsjahr mittlerweile 78 % des Personenpotenzials der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene an. Sie bilden in ihr die politisch und weltanschaulich gefestigte Fraktion. Sie dominieren die Kameradschaftsszene inzwischen derart, dass sie neben der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) die zweite

tragende politische Kraft innerhalb des Rechts-
extremismus im Freistaat Sachsen darstellen.

Personenpotenzial der Neonationalsozialisten im Freistaat Sachsen



FREIES NETZ als wichtiger Bestandteil der Logistik

Die weitgehende Auflösung klassischer Organisationen und die Schaffung informeller Geflechte brachte der neonationalsozialistischen Szene ein hohes Maß an Mobilität und einen beachtlichen Aktionsradius. Andererseits konnten die Neonationalsozialisten die Auflösung der Kameradschaftsstrukturen in den vergangenen Jahren nur betreiben, wenn sie an die Stelle des abgeschafften organisatorischen Gerüsts etwas anderes setzten, das den Zusammenhalt der Anhänger gewährleistete.

Zunächst kam ihnen dabei zu Hilfe, dass auch nach der Auflösung der Kameradschaften ein starkes Band gemeinsamer ideologischer Überzeugungen und eine klare Fixierung auf lokale Führungspersonen fortwirkte. Um darüber hinaus lokal vernetzt und überregional handlungsfähig agieren zu können, nutzen die FREIEN KRÄFTE unterschiedliche Ansätze der Zusammenarbeit. Eine davon ist das FREIE NETZ. Dabei handelt

es sich um ein Internet-Informationsportal der rechtsextremistischen Szene, über das der Austausch von Informationen, aber auch die Mobilisierung zu Veranstaltungen läuft und das so den Aktionsradius der Szene vergrößert hat, ohne die angeschlossenen FREIEN KRÄFTEN in eine gemeinsame hierarchische Struktur zu zwingen.

Bis Sommer 2009 gehörten neun eigenständige Webpräsenzen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen³⁴ zum Portal. Eingestellt werden z.B. Veranstaltungsberichte, Kommentare, politische Aufsätze und Aufrufe zu Veranstaltungen. Zudem nutzte die rechtsextremistische Szene die Möglichkeit, Aktionen des politischen Gegners hervorzuheben, zu kommentieren und eigene Aktivitäten als politischen Gegenpol darzustellen.

Im Juli 2009 wurde das Internetportal vom Netz genommen. Bis November 2009 waren die Seiten nicht mehr erreichbar. Seit Ende des Berichtsjahres ist ein Teil der Webpräsenzen wieder verfügbar.

Neben dem FREIEN NETZ gibt es in Sachsen noch andere Internetseiten, die FREIEN KRÄFTEN zuzurechnen sind. Diese sind größtenteils mit den Seiten des FREIEN NETZ verlinkt.

Bildung loser Strukturen steht nicht mehr im Vordergrund – Anbindung an NPD-Jugend- organisation wird gesucht

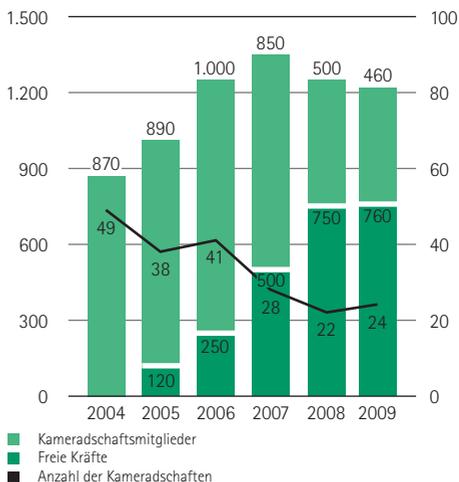
In der Kameradschaftsszene zeigte sich 2009 eine neue Entwicklungstendenz. Die in den letzten drei Jahren rasant verlaufende Bildung loser Strukturen setzte sich nur noch marginal fort. Die Szene stößt erkennbar an die Gren-

³⁴ Folgende Webpräsenzen stammen aus dem Freistaat Sachsen: FREIES NETZ LEIPZIG, FREIES NETZ BORNA/GEITHAIN (Landkreis Leipzig), FREIES NETZ NORDSACHSEN, FREIES NETZ CHEMNITZ, FREIES NETZ ZWICKAU, FREIES NETZ ERZGEBIRGE. Daneben existieren folgende drei weitere: FREIES NETZ BURG (Sachsen-Anhalt), FREIES NETZ ALTENBURG (Thüringen), FREIES NETZ JENA (Thüringen).

zen des über informelle Netzwerke Machbaren. Einzelne Führungspersonen streben nunmehr wieder feste Strukturen an, um gezielter handeln und das Potenzial der FREIEN KRÄFTE effektiver dirigieren zu können. Die Umsetzung dieser strategischen Option muss gleichwohl nicht zwingend mit der Bildung neuer Kameradschaften einhergehen – das belegt auch der lediglich geringe Zuwachs bei der Anzahl der Kameradschaften von 22 im Jahr 2008 auf 24 im Berichtsjahr. Vielmehr zeigte sich das Bemühen einzelner Aktivisten aus Nordsachsen, die losen Strukturen der FREIEN KRÄFTE dieser Region an die festen Strukturen der Jugendorganisation der NPD, die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) zu binden. In einer Internetmeldung wurde verkündet, dass am 22. November 2009 JN-Stützpunkte in Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz (alle Landkreis Nordsachsen) und Wurzen (Landkreis Leipzig) gegründet wurden.³⁵ Ziel ist es, alle nationalen Kräfte zu bündeln, „die bisher als Kameradschaften oder Einzelpersonen eher nebeneinander als miteinander politisch gearbeitet haben.“³⁶ Auf der Internetseite des AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN, einer wesentlichen Kommunikationsplattform der FREIEN KRÄFTE in dieser Region, wurden Ziel und Anliegen einer Anbindung an die JN deutlich formuliert: Einer „verworrenen Hierarchie verbunden mit oft ins Leere laufendem Aktionismus“ müsse man „eine einheitliche Basis gegenüberstellen“, welche der Weltanschauung der Rechtsextremisten „greifbare Formen gibt um für das Volk als Organisation und Gemeinschaft auch wahrnehmbar zu sein.“ Die JN soll dabei „nicht nur Fragment des breit gefächerten Sammelbeckens Nationaler Widerstand (...) sein, sondern Zahn im Getriebe einer fortschrittlichen und einheitlichen Bewe-

gung.“³⁷ Damit deutet sich eine Zusammenführung der FREIEN KRÄFTE mit der JN an. Das zeigt sich in Bemühungen integrierend wirkender Führungspersonen, Kameradschaftspotenzial stärker an den Parteienbereich zu binden. Darüber hinaus besteht aber auch die Möglichkeit, die Jugendorganisation der NPD zu einer Kameradschaftsstruktur zu entwickeln. Einerseits scheint die Auflösung fester Strukturen für die Hauptakteure nicht mehr praktikabel zu sein. Andererseits besteht das Ziel dieser Konzeption nach wie vor darin, Organisationsverbote zu umgehen. In dieser Hinsicht bietet die JN als „integraler Bestandteil“ der NPD, die notwendige Sicherheit für das weitere politische Agieren. Diese Strategie favorisierten ehemalige Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE, die nunmehr fest in die NPD integriert sind und deshalb eher deren Interessen vertreten.

Personenpotenzial der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene³⁸ und Anzahl der Kameradschaften



³⁵ Internetseite des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen vom 23. November 2009.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Internetseite des AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN vom 23. November 2009.

³⁸ Die für Kameradschaftsmitglieder ausgewiesene Zahl umfasst das Potenzial neonationalsozialistischer und anderer rechtsextremistischer Kameradschaften.

Das Verhältnis von Neonationalsozialisten zur NPD

Wenn auch ehemalige Aktivisten eine enge Anbindung an die NPD anstrebten, wird eine dauerhafte Umsetzung des zuvor beschriebenen Konzeptes davon abhängen, inwieweit die Basis der FREIEN KRÄFTE auch unter dem „Dach“ der JN ihre eigenen Interessen und Anschauungen formulieren und ausleben kann – und die JN somit eine Kameradschaft wird – oder ob sie sich der Parteidisziplin unterwirft und an den Parteienbereich gebunden wird.

Denn nach wie vor stellt die NPD für viele Neonationalsozialisten lediglich eine „Systempartei“ dar. Daraus resultiert, dass das Verhältnis zwischen Neonationalsozialisten und Partei widersprüchlich ist. Auch wenn die FREIEN KRÄFTE die NPD als „nationale Partei“ im Wahlkampf unterstützen, rivalisieren sie gleichzeitig mit ihr. Das verdeutlichte u.a. eine von der Kameradschaftsszene am 1. Mai 2009 in Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) durchgeführte Demonstration mit ca. 500 Teilnehmern. Sie wurde in Konkurrenz zu der von der NPD am selben Tag in Dresden organisierten Veranstaltung durchgeführt, an der lediglich ca. 200 Personen teilnahmen. Schon das Motto „Zukunft statt Kapitalismus“ und Parolen wie „Nationaler Sozialismus – jetzt!“ oder „BRD abwickeln – Deutschland befreien“ umreißen die weltanschauliche Profilierung dieses Klientels. Die hohe Beteiligung an der Freiburger Demonstration weist auch darauf hin, dass nicht nur einzelne Führungspersonen der Szene gegenüber der NPD konkurrieren, sondern dies vielmehr eine breitere Front umfasst.

In Abgrenzung zur NPD waren die FREIEN KRÄFTE zwar in der Lage, bei selbständigen Aktionen ihre weltanschaulichen Positionen auszudrücken.

Bei der Zusammenarbeit mit der Partei vermochten sie jedoch kein eigenes Profil zu entwickeln. Demgegenüber hatten sie 2008 den Anspruch erhoben, in diesem Rahmen eigene politische Positionen einbringen zu wollen. Ein inzwischen fest in die Partei integrierter Aktivist äußerte dazu: „Der parlamentarische Kampf muss auf Augenhöhe geführt werden und dies geht nur, wenn wir uns regional deutlicher Positionieren! Ob die NPD-Führung das will oder nicht, uns als Kandidaten auf den Listen gibt es nur untrennbar verbunden mit unseren politischen Forderungen! Die NPD ist und bleibt Instrument im politischen Kampf, nicht mehr und nicht weniger!“³⁹. Die Partei griff zwar ihrerseits bei der Aufstellung der Kandidaten für die Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 beispielsweise in Chemnitz, Zwickau, Delitzsch (Landkreis Nordsachsen), Borna (Landkreis Leipzig) sowie in mehreren Gemeinden des Erzgebirges auf Personen dieser Klientel zurück. Allerdings ließ – entgegen den ursprünglichen Absichten – weder die Wahlpropaganda eine eigene Note der FREIEN KRÄFTE erkennen, noch konnten die Kandidaten aus deren Reihen ihre Ansprüche umsetzen oder eigene Akzente setzen.

Gerade dieses widersprüchliche Verhältnis zeigt, dass sich zwei eigenständige politische Fraktionen entwickelt haben, die zwar anlassbezogen eine Partnerschaft eingehen, aber gegenüber dem Partner einen Führungsanspruch erheben. Wenn auch nicht im gesamten Bereich des sächsischen Rechtsextremismus, so sind Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE zumindest die Meinungsführer außerhalb des Parteienbereiches. Exemplarisch dafür steht die Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig unter dem Motto „Recht auf Zukunft.“ Wenngleich diese Demonstration von einem JN-Mitglied angemeldet worden war, so handelte es sich bei den

³⁹ Auszug aus der Internetseite FREIES NETZ NORDSACHSEN (ehemals FREIES NETZ DELITZSCH). Beitrag vom 8. Oktober 2008. Schreibweise wie im Original.

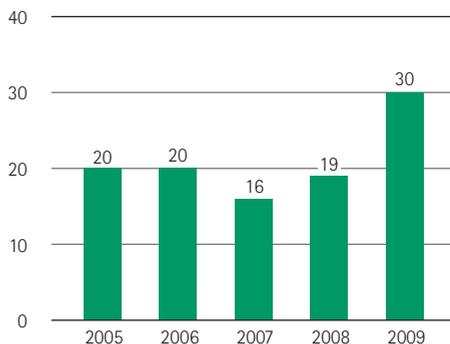
Organisatoren um Aktivisten der FREIEN KRÄFTE, was auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den FREIEN KRÄFTEN und den JN in dieser Region hinweist. Mit ca. 1.350 Beteiligten organisierten die sächsischen Aktivisten seit langem wieder eine Aktion mit Massencharakter. Das zeigt nicht nur eine hohe Akzeptanz innerhalb der regionalen Szene, sondern weist auch auf überregionale Anerkennung der Organisatoren hin. So waren Rechtsextremisten aus fast allen Bundesländern sowie Vertreter der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) aus Österreich angereist. Die große Beteiligung macht aber auch die Mobilisierungsfähigkeit der FREIEN KRÄFTE in Sachsen deutlich. Weiterhin wurde bei dieser Aktion ersichtlich, dass auch ein relativ allgemein gehaltenes Motto durchaus als ein gemeinsamer Nenner gesehen wird, der eine beachtliche Integrationskraft auf die neonationalsozialistische Szene ausübt.

1.5 Rechtsextremistische Musik- und Vertriebszene

Rechtsextremistische Musikgruppen

Im Berichtsjahr waren mindestens 27 sächsische rechtsextremistische Musikgruppen aktiv. Damit ist die Anzahl der rechtsextremistischen Bands im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Zusätzlich sind drei so genannte Bandprojekte in Erscheinung getreten, zu denen Mitglieder verschiedener sächsischer rechtsextremistischer Musikgruppen gehören. Diese Bandprojekte haben eigenständige Tonträger veröffentlicht.

Anzahl der rechtsextremistischen Bands/Bandprojekte im Freistaat Sachsen



Für das Jahr 2009 sind u.a. die folgenden rechtsextremistischen Bands aus dem Freistaat Sachsen durch öffentlichkeitswirksame Auftritte bei Szene-Konzerten und/oder Tonträgerveröffentlichungen hervorzuheben:

Bandname	Herkunft
ARYAN HOPE	Wurzen / Landkreis Leipzig
ASATRU	Bautzen
BLITZKRIEG	Chemnitz
IF WE DIE TOMORROW	Ostsachsen
LAST PRIDE	Erzgebirgskreis
PRIORITÄT 18	Dresden
RACIAL PURITY	Dresden
SACHSONIA	Dresden
SELBSTSTELLER	Riesa / Landkreis Meißen
WHITE RESISTANCE	Erzgebirgskreis / Landkreis Zwickau

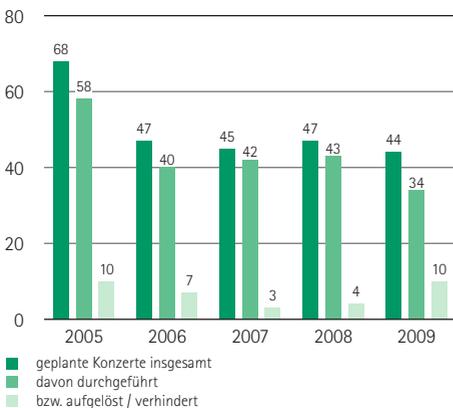
Rechtsextremistische Konzerte

Im Berichtsjahr wurden 44 geplante rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen bekannt. Die Zahl stagniert damit auf dem hohen Niveau der drei Vorjahre. Bei den durchgeführten Konzerten ist hingegen ein Rückgang auf 34

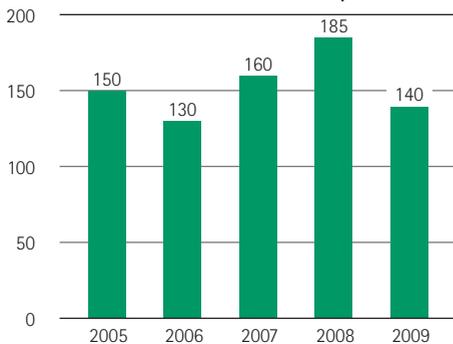
Veranstaltungen zu verzeichnen. Vier Konzerte wurden von der Polizei aufgelöst und sechs verhindert.

Die durchschnittliche Besucherzahl lag bei 140 Personen und damit niedriger als in den beiden Vorjahren. Hier dürften sich die Maßnahmen der Behörden entsprechend ausgewirkt haben.

Rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen



Durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Konzert



Im Berichtsjahr waren die Szeneobjekte – i. d. R. Privatobjekte – weiterhin von zentraler Bedeutung für die Durchführung von rechtsextremistischen Konzerten. Über 60 % der Konzerte wurden für solche Szeneobjekte geplant. Beispielhaft kann hier ein Lokal in Rothenburg, Ortsteil Geheege (Landkreis Görlitz) genannt

werden. Dort wurden sieben rechtsextremistische Konzerte durchgeführt. Ein weiteres Konzert löste die Polizei auf, nachdem es im Verlauf der Veranstaltung zu Straftaten gekommen war. Zwei für das Lokal geplante Veranstaltungen wurden von der Polizei bereits im Vorfeld verhindert.

Internetradios

Seit etwa 2007 nutzen und betreiben sächsische Rechtsextremisten Internetradios, also Internetangebote, die dem Besucher ein von den Betreibern gestaltetes Radioprogramm anbieten. Im Berichtsjahr nahm ihre Verbreitung weiter zu. So waren zehn Internetradios bekannt, an denen sich sächsische Rechtsextremisten maßgeblich beteiligten. Teilweise handelt es sich hierbei um länderübergreifende Radioprojekte, in die neben anderen auch sächsische Administratoren und Moderatoren involviert sind.

Die rechtsextremistischen Internetradios spielen bislang überwiegend Musikbeiträge. Die Angebotspalette reicht von festen Sendeplänen über Musik vom Band bis hin zu moderierten Sendungen, in denen auch Chat-Möglichkeiten eingeräumt oder Formulare für Wunschmusik bereit gestellt werden. Häufig werden straf- bzw. jugendschutzrechtlich relevante Musiktitel und Moderationen publiziert. Die entsprechenden Delikte umfassen z.B. Volksverhetzung, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Gewaltverherrlichung. Das LfV Sachsen übermittelt diesbezüglich anfallende Informationen regelmäßig den Strafverfolgungsbehörden.

Der Zuhörerkreis der einzelnen Internetradios ist aus technischen Gründen bisher auf wenige hundert Nutzer beschränkt. Die tatsächliche Zuhörerzahl der Radios bewegt sich derzeit meist im unteren bis mittleren zweistelligen Bereich.

Rechtsextremistische Vertriebszene

Unter subkulturell geprägten und anderen Rechtsextremisten, die ihren Lebensstil ausleben wollen, besteht eine starke Nachfrage nach einschlägiger Musik, Bekleidung, Druckerzeugnissen und Schmuck. Diese wird von der rechtsextremistischen Vertriebszene seit einigen Jahren mit einem stetig wachsenden Sortiment bedient.

Im Jahr 2009 waren 21 rechtsextremistische Vertriebe im Freistaat Sachsen aktiv. Die rechtsextremistische Vertriebszene Sachsens ist im bundesweiten Vergleich weiterhin überdurchschnittlich stark ausgeprägt und entwickelte sich inzwischen zu einem der wichtigsten Knotenpunkte von Geldströmen innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Mit einem Teil der erwirtschafteten Gelder finanzierte sie einschlägige Aktivitäten. So unterstützten sächsische Vertriebsunternehmen beispielsweise rechtsextremistische Großveranstaltungen, etwa das in Thüringen stattfindende „Fest der Völker“ und die von den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) angemeldete Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig. Ein sächsischer Vertrieb wirbt damit, einen konkreten Teil seines Umsatzes der rechtsextremistischen HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE E.V. (HNG) zu spenden.

Im Sortiment der rechtsextremistischen Vertriebe befindet sich immer wieder Material mit straf- bzw. jugendschutzrechtlicher Relevanz. Der sächsische Verfassungsschutz regte daher auch im Berichtsjahr wieder mehrfach die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen einzelne Unternehmen an.

Die einschlägige Vertriebszene ist von starker Fluktuation geprägt. So wurde 2009 die Grün-

derung von vier neuen Vertriebsunternehmen bekannt, zwei stellten ihre Aktivitäten ein. Ein weiterer rechtsextremistischer Vertrieb verlegte im Frühsommer 2009 seinen Sitz nach Sachsen, ein anderer sächsischer Vertrieb zog nach Niedersachsen um.

Die Betreiber mehrerer Vertriebsunternehmen bauten neben extremistisch geprägten Gewerbebetrieben auch solche ohne Extremismusbezug auf. So kann bereits vorhandenes Equipment für Textildruck auch für eine unpolitische T-Shirt-Druckerei genutzt werden. Dies dient der wirtschaftlichen Absicherung rechtsextremistischer Vertriebe ebenso wie der Erschließung neuer Kundenkreise. Szeneangehörigen wird somit der „ideologisch korrekte Einkauf“ bei Gleichgesinnten ermöglicht, überdies können auch Beschäftigungsverhältnisse speziell für Rechtsextremisten entstehen.

Im Jahr 2009 waren weiterhin konspirativ agierende Händler aktiv, die überwiegend mit Tonträgern in kleinerer Stückzahl handelten. Sie waren meist bei Szeneveranstaltungen wie rechtsextremistischen Konzerten präsent und haben häufig auch strafrechtlich relevante Ware angeboten.

Sächsische Rechtsextremisten können außerdem die Angebote ausländischer Vertriebsstrukturen nutzen. Deren teilweise gezielt auf den deutschen Markt ausgerichteten Sortimente können im Internet abgerufen werden, wobei in diesen häufig Angebote mit strafrechtlichen Inhalten zu finden sind. Bedingt durch die Grenznahe zur Tschechischen Republik und Polen und durch den Wegfall von Grenzkontrollen können Rechtsextremisten auch dort problemlos Tonträger und Gegenstände mit rechtsextremistischem Bezug bzw. von strafrechtlicher Relevanz erwerben.

Rechtsextremistische Fanzines



Printmedien waren in der Vergangenheit ein wichtiges Kommunikationsmittel vor allem in der Skinheadszene. In den letzten Jahren verloren sie jedoch ihre Bedeutung zugunsten des Internets. Der Niedergang der Fan-Magazine (so genannte „Fanzines“) zeichnete sich dabei seit längerer Zeit ab. Etablierte Fanzines wurden eingestellt, neuere erschienen nur über einen begrenzten Zeitraum mit wenigen Ausgaben. Nachdem 2008 keine einzige derartige Publikation bekannt geworden war, erschienen 2009 mit FÜR IMMER UND EWIG und FREIES CHEMNITZ wieder zwei rechtsextremistische Fanzines im Freistaat Sachsen. Diese Publikationen wollen die Tradition der ehemaligen Skinhead-Fanzines aufrecht erhalten. So heißt es im Vorwort

der ersten Ausgabe des Fanzines FÜR IMMER UND EWIG: „Da auch mit dem FOIER FREI! das letzte Heft aus der Chemnitzer Region seine Segel strich, es aber immer noch Personen gibt die den Drang spüren die Tradition des Skinzines nicht sterben zu lassen (...) dachten wir Hübschen uns wir (...) bringen ein neues Magazin für eine alte Bewegung heraus.“⁴⁰

1.6 Sonstige rechtsextremistische Gruppierungen

1.6.1 JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e.V. (JLO)⁴¹ Landesverband Sachsen / Niedersachsen

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 20
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 20
Kennzeichen	

Der sächsische Landesverband der JLO entwickelte sich seit 1999 zu einem festen Bestandteil der regionalen rechtsextremistischen Szene. Die Mitglieder arbeiten eng und mit deutlicher Übereinstimmung mit anderen Rechtsextremisten zusammen.

Das Aktionsfeld der sächsischen JLO war auch 2009 stark begrenzt und beschränkte sich auf Aktivitäten anlässlich der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg. Der dabei von der JLO durchgeführte und seit Jahren von der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) unterstützte Trauermarsch hat sich seit 1999 zu einer

⁴⁰ FÜR IMMER UND EWIG Nr. 1, Seite 2, Schreibweise wie im Original. Bei FOIER FREI! handelte es sich um ein vormals sehr bekanntes Fanzine der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene, das (mit Unterbrechungen) im Zeitraum 1994 bis 2005 erschien.

⁴¹ Früher JUNGE LANDSMANNSCHAFT ÖSTPREUBEN e.V. (JLO).

der größten bundesweiten Veranstaltungen von Rechtsextremisten entwickelt.



Demonstration am 14. Februar 2009 in Dresden.
Foto: Internetseite INFOTHEK DESSAU

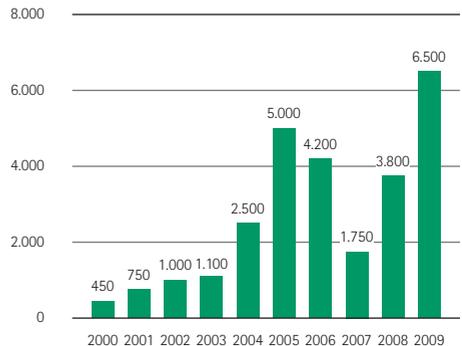
Längst ist der eigentliche Trauermarsch als Kernstück in ein thematisches Gesamtkonzept eingebettet. Wie bereits in den Jahren 2007 und 2008 fand auch im Berichtszeitraum eine so genannte „Aktionswoche 13. Februar“ statt. Aufgerufen dazu hatte ein „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgdV), welchem Rechtsextremisten verschiedener Parteien und Organisationen angehören. Die in diesem Rahmen durchgeführten Aktionen reichen von Flugblattverteilungen über Vortragsveranstaltungen bis zu „Spontandemonstrationen“. Der Umstand, dass bundesweit Rechtsextremisten die „Aktionswoche 13. Februar“ aufgriffen und Aktionen vergleichbar denen in Dresden durchführten, belegt, dass diese Veranstaltung längst den lokalen Rahmen gesprengt hat und verdeutlicht deren Stellenwert für die rechtsextremistische Szene.

Da der Trauermarsch im Verlauf der Jahre ein „fester und wichtiger Termin“ für die rechtsextremistische Szene geworden ist, muss deshalb eine vergleichsweise zurückhaltende Mobilisierung nicht verwundern. Es genügte die Bekanntgabe des Termins und einiger logistischer Angaben.

Die Teilnahme aller maßgeblichen rechtsextremistischen Organisationen aus dem Bundesgebiet sowie zahlreicher Rechtsextremisten aus dem europäischen Ausland (Tschechische Republik, Slowakei, Spanien, Schweden, Österreich, Schweiz, Frankreich und Dänemark) am Trauermarsch 2009 zeigt die Breite seiner identitätsstiftenden Wirkung. Das tausendfache Leid der Dresdener Bevölkerung nutzt man, um sich selbst moralisch zu überhöhen. Indem man sich in eine Reihe mit den Trauernden stellt, aber gleichzeitig Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes relativiert, verwischt man bewusst die Grenze zwischen Tätern und Opfern. Dass es den Veranstaltungsteilnehmern gar nicht so sehr um ein Gedenken an die Opfer geht, wird deutlich, wenn an prominenter Stelle im Zug die Spruchbänder „Großvater, wir danken Dir“ und „Ehre, wem Ehre gebührt“ getragen werden.

Inhaltlich wurden die alten Feindbilder in neuem Gewand gepflegt. So verurteilte Holger APFEL Israel für den Einmarsch in den Gaza-Streifen sowie die USA für deren Einsätze in Somalia, Ruanda und Afghanistan. Nicht um Trauer, sondern um Feindschaft ging es: „Kein vergeben – kein vergessen“.

Teilnehmer an den Demonstrationen der JLO anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg



1.6.2 HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND E.V. (HDJ)

Der Bundesminister des Innern verbot am 31. März 2009 die HDJ, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtete. In diesem Zusammenhang fanden Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen in Berlin, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen statt. Die HDJ klagte gegen das Verbot. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Mitglieder 2009 in Sachsen	einzelne
Mitglieder 2008 in Sachsen	einzelne
Mitglieder 2008 bundesweit	mehrere hundert
Kennzeichen	
Verbot	31. März 2009

Die HDJ – die im April 2007 eine EINHEIT SACHSEN gegründet hatte⁴² – verstand sich bis zu ihrem Verbot als „die aktive volks- und heimatreue Jugendbewegung für alle deutschen Mädchen und Jungen im Alter von 7 bis 29 Jahren“. Der Verein versuchte bewusst, den Eindruck einer harmlosen Pfadfindergruppe zu erwecken. Die HDJ verfolgte jedoch eindeutig rechtsextremistische Ziele. Ihre besondere Gefährlichkeit bestand in der Absicht, bereits Kinder und Jugendliche für rechtsextremistische Ziele zu gewinnen und ideologisch zu vereinnahmen. Dazu gehörten Veranstaltungen, deren extremistische Zielsetzungen nicht auf den ersten Blick erkennbar waren, wie z.B. Zeltlager, Fahrten und Ertüchtigungsspiele. Die Mitglieder der HDJ trugen bei ihren Veranstaltungen zumeist einheitliche Kleidung. Bis zu ihrem Verbot führte sie im Jahr 2009 in Sachsen keine Veranstaltungen durch.

⁴² FUNKENFLUG 02 / Sommer 2007, S. 17.

1.7 Rechtsextremistische Publikationen (Printmedien, Auswahl)⁴³

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt:

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
BLICKPUNKT LAUSITZ	NATIONALES ET SOZIALES AUTORENKOLLEKTIV	unregelmäßig	20.000 (Eigenangabe)	ja
DAS FREIE FORUM	GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E.V. (GFP)	vierteljährlich	ca. 1.500	ja
DEUTSCHE STIMME	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	monatlich	ca. 25.000 (Eigenangabe)	ja
FREIES CHEMNITZ	Neonationalsozialisten	unregelmäßig	unbekannt	nein
FÜR IMMER UND EWIG	Rechtsextremistische Skinheads	unregelmäßig	ca. 500	nein
HIER & JETZT	Landesverband Sachsen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN)	unregelmäßig	unbekannt	ja
NACHRICHTEN DER HNG	HILFSORGANISATIONEN FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE E.V. (HNG)	monatlich	ca. 600	nein
NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSCHEFTE	NATION EUROPA VERLAGS GMBH	monatlich	ca. 18.000	ja
NATIONALZEITUNG / DEUTSCHE WOCHENZEITUNG (NZ)	DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GMBH (DSZ-Verlag)	wöchentlich	weniger als 33.000	ja
SACHSEN STIMME	Landesverband Sachsen der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) ⁴⁴	unregelmäßig	Wahlkampfzeitung: ca. 2 Millionen	einzelne Ausgaben

1.8 Verlage und Vertriebsdienste im Rechtsextremismus (Auswahl)⁴⁵

Verlage und Vertriebsdienste in Sachsen sind **fett** gedruckt:

Verlag / Vertriebsdienst	Sitz	abrufbar im Internet
ARNDT-VERLAG / LESEN ET SCHENKEN VERLAGSAUSLIEFERUNG UND VERSANDGESELLSCHAFT MBH ⁴⁶	Martensrade (Schleswig-Holstein)	ja
DEUTSCHE STIMME – VERLAGSGESELLSCHAFT MBH	Riesa (Landkreis Meißen)	ja
DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GMBH (DSZ-VERLAG)	München (Bayern)	ja
GRABERT-VERLAG	Tübingen (Baden-Württemberg)	ja
VERLAGSGESELLSCHAFT BERG	Inning am Ammersee (Bayern)	ja

⁴³ Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

⁴⁴ Neben dieser Publikation des NPD-Landesverbandes Sachsen existieren mit KLARTEXT und DURCHBLICK zwei Veröffentlichungen der sächsischen NPD-Landtagsfraktion.

⁴⁵ Die Auswahl enthält Verlage und Vertriebsdienste, die aus Sicht des LfV Sachsen von überregionaler oder für Sachsen von Bedeutung sind.

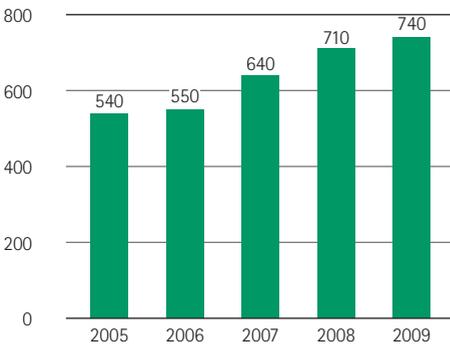
⁴⁶ In dieser Gesellschaft ist gegen Jahresende 2009 die NATION EUROPA-VERLAG GMBH mit Sitz in Coburg (Bayern) aufgegangen.

2. Linksextremismus

2.1 Überblick in Zahlen⁴⁷

Die Anzahl der Personen, die im Freistaat Sachsen linksextremistischen Bestrebungen zugeordnet werden, ist von ca. 710 im Jahr 2008 auf ca. 740 Personen im Berichtsjahr gestiegen. Dies bedeutet eine Zunahme von ca. 4 %. Der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre setzte sich damit auch im Berichtsjahr fort. Er verlangsamte sich jedoch deutlich gegenüber dem Vorjahr, als der Zuwachs 11 % betrug.

Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Die AUTONOMEN stellen unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen dar. Bei der autonomen Szene ist seit 2004 ein stetiger Anstieg des Potenzials zu verzeichnen. Im Berichtsjahr stieg die Anhängerschaft der autonomen Szene um weitere 6 % auf ca. 360 Personen an (2008: ca. 340, damaliger Anstieg gegenüber 2007: 13 %). Der Zuwachs resultiert aus einer leichten Zunahme des Personenpotenzials in Ost- und Mittelsachsen. Die Zahlen für die beiden Zentren der sächsischen auto-

nomen Szene – Dresden und Leipzig – blieb im Berichtsjahr dagegen weitgehend konstant.

Die den „Sonstigen linksextremistischen Gruppierungen“ zuzurechnende Anhängerschaft stieg um ca. 20 % auf ca. 120 Personen⁴⁸ (2008: ca. 100). Die Zunahme resultiert insbesondere aus einem Anstieg des Personenpotenzials im anarchistischen Spektrum.

Bei den linksextremistischen Parteien und innerparteilichen Zusammenschlüssen sank dagegen im Berichtsjahr die Gesamtzahl der Mitglieder um ca. 4 % auf ca. 260 Personen (2008: ca. 270). Ursache ist ein Mitgliederrückgang bei der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost). Diese verliert in Sachsen weiter an Bedeutung. Die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in diesem Bereich, die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF), konnte ihr Mitgliederpotenzial stabil halten. Die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) sowie die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) konnten ihre Strukturen in Sachsen auf niedrigem Niveau festigen.

⁴⁷ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelkenntnisse vor. Grund hierfür ist der Auftrag der Strukturbeobachtung; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht immer zwingend erforderlich.

⁴⁸ Die Gesamtsumme berücksichtigt die vor allem beim ROTEN HILFE E.V. anzutreffenden Mehrfachmitgliedschaften.

Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen

(insgesamt: ca. 740⁴⁹ [2008: ca. 710 / bundesweit 2008: ca. 31.200])

Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse	Gewaltbereite Linksextremisten / AUTONOME	Sonstige linksextremistische Gruppierungen
2009: ca. 260 2008: ca. 270	2009: ca. 360 2008: ca. 340	2009: ca. 120 ⁵⁰ 2008: ca. 100
davon u.a.:		davon u.a.:
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost)		ROTE HILFE E.V.
2009: ca. 30 2008: ca. 50		2009: ca. 140 ⁵¹ 2008: ca. 130
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)		Andere trotzkistische, marxistische und anarchistische Gruppierungen
2009: ca. 40 2008: ca. 40		2009: ca. 50 2008: ca. 30
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)		
2009: ca. 160 2008: ca. 160		
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLDP)		
2009: ca. 30 2008: ca. 20		

2.2 Entwicklungstendenzen im Linksextremismus

Der Linksextremismus im Freistaat Sachsen wurde im Berichtsjahr erneut von den Aktivitäten Autonomer dominiert.

sächsischen autonomen Szene kontinuierlich an. Dieser Trend hat sich auch 2009 fortgesetzt. Neben den traditionell großen autonomen Szenen in den Großstädten Leipzig und Dresden haben sich zunehmend autonome Szenen außerhalb dieser Zentren gebildet.

Personenpotenzial der autonomen Szene nahm weiter zu

Seit dem Jahr 2004, in dem die NPD ihre Wahlerfolge bei den Kommunal- und Landtagswahlen erzielte, steigt das Personenpotenzial der

Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund angestiegen

Bundesweit nimmt die Zahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund wegen eines deutlich gestiegenen Aggressions- und Kon-

⁴⁹ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.
⁵⁰ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.
⁵¹ Dabei handelt es sich zum großen Teil um Mehrfachmitgliedschaften in verschiedenen linksextremistischen Bereichen.

frontationsniveaus zu. Von dieser Entwicklung war auch der Freistaat betroffen, der sich zu einem wichtigen Aktionsraum der Autonomen entwickelt hat. Schon 2008 wurden hier – nach Hamburg – die meisten linksextremistischen Gewalttaten pro 100.000 Einwohner registriert. Im Berichtsjahr stieg die Anzahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund in Sachsen erneut an. Angestiegen ist auch die Anzahl der darin enthaltenen Gewalttaten. Rund zwei Drittel aller linksextremistischen Gewalttaten wurden 2009 in Sachsen im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen. Dabei richteten sich die Gewalttaten sowohl gegen die Teilnehmer rechtsextremistischer Demonstrationen als auch die eingesetzten Polizeikräfte.

Bei der Mobilisierung zu Großereignissen wie den Protesten z.B. anlässlich des rechtsextremistischen Aufzuges am 14. Februar 2009 in Dresden werden sächsische AUTONOME wesentlich durch gewaltbereite Gruppierungen aus anderen Bundesländern, u.a. aus Berlin und Norddeutschland unterstützt. Dementsprechend ist auch ein je nach Ereignis unterschiedlich hoher Anteil auswärtiger Personen bei den festgestellten Straftätern zu verzeichnen. So stammte von den wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs festgenommenen 60 Gegnern einer Demonstration der rechtsextremistischen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) und der FREIEN KRÄFTE am 17. Oktober 2009 in Leipzig rund die Hälfte aus anderen Bundesländern.

Zunahme von Brandstiftungen auch im Freistaat Sachsen

Bundesweit wie im Freistaat erregten besonders Brandanschläge öffentliche Aufmerksamkeit, bei denen nach den Tatumständen von einem

linksextremistischen Hintergrund auszugehen war. Bereits seit dem Jahr 2005 steigt die Anzahl der Brandanschläge bundesweit stetig an. Häufig standen sie mit Ereignissen im Zusammenhang wie im Jahr 2007 mit dem G-8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) oder mit dem NATO-Gipfel in Straßburg (Frankreich), Baden-Baden und Kehl (beide Baden-Württemberg) im Jahr 2009. Hauptsächlich in der Region um Berlin kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Brandanschlägen zum Themenkomplex „Antimilitarismus“. Dabei zielten die Angriffe nicht nur auf Einrichtungen der Bundeswehr, sondern auch auf Objekte, Fahrzeuge etc. von Firmen. So stehen seit Ende Oktober 2008 die Deutsche Post AG und deren Tochterunternehmen DHL im Rahmen einer bundesweiten Kampagne im Fokus militanter „Antimilitaristen“. Diese werfen der DHL vor, Logistikdienstleister für die Bundeswehr zu sein. Dabei kam es bundesweit zu mehreren Brandanschlägen auf Fahrzeuge von der DHL und der Deutschen Post AG sowie zu Sachbeschädigungen an Briefkästen und Packstationen. Durch die wiederholte finanzielle Schädigung sollen die betroffenen Firmen zum Rückzug aus entsprechenden Projekten gezwungen werden. Auch Räumungen von besetzten Szeneobjekten ziehen in zunehmendem Maße Brandanschläge als bundesweite „Solidaritätsbekundungen“ nach sich. „Wut auf die Verhältnisse“ wird als Grund und Selbstlegitimation für solche Taten angegeben. Bereits im Jahr 2008 hieß es in einem Aufruf zum Kampf um ein von Räumung bedrohtes Szeneobjekt in Berlin: „Der Ernst der Lage bestimmt die Mittel.“⁵²

Auch im Freistaat Sachsen sind im Berichtsjahr Brandanschläge verübt worden, bei denen Tatumstände und -ziel auf einen linksextremistischen Hintergrund hindeuten. Die schwerwie-

⁵² INTERIM Nr. 678 vom 26. September 2008, S. 6.

gendste Tat wurde in der Nacht zum 13. April 2009 in Dresden verübt. Dort wurden Fahrzeuge der Bundeswehr auf dem Gelände der Albertstadt-Kaserne in Brand gesetzt. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von mehreren Millionen Euro. Darüber hinaus wurden Brandanschläge auf Fahrzeuge der Bundes- und der Landespolizei, einer kommunalen Einrichtung und auf Fahrzeuge von Rechtsextremisten verübt.

Sonstige wesentliche Entwicklungstendenzen in der autonomen Szene im Freistaat Sachsen

Die aktivsten autonomen Szenen befanden sich wie in den Vorjahren in Leipzig und Dresden. Die Strukturen der Szene haben sich weiter ausdifferenziert. Die Gründe dafür liegen im Bedeutungsrückgang ehemals meinungsgebender Gruppen und der Auflösung anderer. Es besteht eine Vielzahl von unabhängig voneinander agierenden Kleingruppen. Die integrierende Wirkung von übergreifenden Strukturen nimmt ab. Gleichzeitig entstehen autonome Zirkel außerhalb der städtischen Zentren in ländlichen Gebieten. Diese Strukturen mobilisieren überwiegend zu Veranstaltungen in den beiden Zentren Dresden und Leipzig. Eigene öffentlichkeitswirksame Aktivitäten können sie nur eingeschränkt organisieren. Für die Stärkung der autonomen Szene im Freistaat Sachsen sind sie dennoch wichtig.

Die Aktionsfelder der Autonomen waren im Berichtsjahr:

- der „Antifaschismuskampf“ sowie
- „der Kampf um selbstverwaltete Freiräume“ und „der Kampf gegen staatliche Repression“.

Der „Antifaschismuskampf“ ist zwar nach wie vor das Hauptaktionsfeld der sächsischen Autonomen. Der „Kampf um selbstverwaltete Freiräume“ und gegen „staatliche Repression“ hat indes in der sächsischen autonomen Szene an Bedeutung gewonnen. Dies wird u.a. durch Straftaten nach staatlichen Maßnahmen deutlich. Dabei reagierten sächsische Autonome mit z. T. gewalttätigen Aktionen auch auf Ereignisse in anderen Bundesländern.⁵³

Eine wesentliche Entwicklung ist die stärkere Kooperation sächsischer Autonomen mit Autonomen aus anderen Bundesländern sowie mit nicht extremistischen Organisationen und Personen.

Insbesondere in Dresden haben die Aktivitäten im Umfeld des alljährlichen rechtsextremistischen Aufmarsches zum 13. Februar⁵⁴ deutliche Veränderungen im Bündnisverhalten der Autonomen und hinsichtlich der Relevanz einzelner Strömungen innerhalb der Autonomen herbeigeführt. Der Einfluss der „antideutschen“ Strömung ist deutlich geringer geworden. Diese Strömung sieht bis zu einer weltweiten Überwindung des Antisemitismus Israel als einzigen legitimen Staat an und unterstützt ihn und seine Politik vorbehaltlos. Deutschland wird demgegenüber jegliche Existenzberechtigung abgesprochen. Raum gewinnen demgegenüber wieder „klassische“ autonome Positionen. Sie sehen im „Antifaschismus“ und in anderen Themenfeldern die Gelegenheit, eine interventionistische und „radikale linke“ Perspektive zu verteidigen und zu stärken. Ihr taktisches Ziel ist es, über eine gemeinsame Frontstellung gegenüber Faschisten, Kapital und System zunächst die eigene, ansonsten heterogene Szene zu mobilisieren, aber auch „gesellschaftliche Relevanz, Interventionsfähigkeit und

⁵³ Nähere Angaben hierzu im Beitrag AUTONOME.

⁵⁴ Gedenktag an die Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg

politischen Erfolg" zu erreichen.⁵⁵ Bei autonomen Aktivitäten zum 13. Februar 2009 werden deshalb vermehrt jene Autonomen tonangebend, die ein organisiertes Zusammenwirken mit gesellschaftlichen Kräften jenseits des Extremismus suchen. Dieser Trend setzte sich bei der im Jahr 2009 begonnenen Mobilisierung zum 13. Februar 2010 fort.

Die Leipziger autonome Szene führt – im Gegensatz zur Dresdner Szene – weiterhin keine Demonstrationen mit nicht extremistischen Bündnispartnern durch. Sie nutzt im Rahmen des „dezentralen Konzeptes“, eines Konzeptes zur Umsetzung auch gewalttätiger Maßnahmen in kleineren Gruppen, Demonstrationen von Nicht-Extremisten lediglich als Anlauf- bzw. Sammelstellen.

Linksextremistische Parteien weiterhin von untergeordneter Bedeutung

Die insgesamt ca. 260 Mitglieder in linksextremistischen Parteien oder innerparteilichen Zusammenschlüssen verteilen sich auf die linksextremistischen Parteien MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) und DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) sowie die linksextremistischen Zusammenschlüsse KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) und MARXISTISCHES FORUM (MF) innerhalb der in ihrer Gesamtheit im Freistaat Sachsen nicht extremistischen Partei DIE LINKE. Die KPF verfügt dabei bei weitem über die meisten Mitglieder.

Alle genannten Bestrebungen konnten im Berichtsjahr keine große öffentlichkeitswirksame Bedeutung erlangen. Sofern sie an Wahlen teilnahmen – wie die MLPD und die DKP – erreichten sie nicht einmal 0,5 % der Stimmen.

Sonstige linksextremistische Gruppierungen – weiterer Mitgliederzuwachs beim ROTE HILFE E.V.

Zu den im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen aktiven sonstigen linksextremistischen Gruppierungen gehörten z.B. die ROTE HILFE E.V. (RH), die trotzkistische SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE E.V. (SAV) und die Gruppe GEGENSTANDSPUNKT.

Die RH ist dabei die mitgliederstärkste Gruppierung. Die Anzahl ihrer Mitglieder stieg hier seit 2004 von etwa 50 auf ca. 140 Mitglieder im Berichtsjahr an. Diese Zunahme ist auf den Ausbau der Strukturen – Anlaufstellen gibt es zwischenzeitlich in Chemnitz, Dresden und Leipzig – als auch auf die wachsende Bedeutung des Themas „Antirepression“ für die linksextremistische Szene zurückzuführen. Die RH unterstützt auch Autonome. Unter anderem bietet sie vor Großveranstaltungen so genannte „Rechtshilfe“-Schulungen zum Verhalten bei Demonstrationen und Festnahmen an.

2.3 Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse

2.3.1 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 40
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 40
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 4.200
Kennzeichen	



Die DKP ist eine orthodox marxistisch-leninistische Partei. Im Freistaat Sachsen ist sie lediglich mit 40 Mitgliedern vertreten. Die Bedeutung im Bundesverband ist entsprechend gering.

⁵⁵ Internetseite der ANTI-FASCHISTISCHEN LINKEN BERLIN (ALB) „Beitrag von AVANTI – Projekt undogmatische Linke zum verhinderten Nazi-Aufmarsch in Dresden“ vom 25. Februar 2010.

Die mitgliederstärkste und damit zugleich aktivste Einheit der DKP im Freistaat Sachsen ist die DKP-Gruppe in Leipzig. Darüber hinaus entfaltet die DKP in Dresden, Zwickau, Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) und in der Region Erzgebirge/Vogtland Aktivitäten.

Am 17. Oktober 2009 veranstaltete die DKP in Leipzig die Tagung „Und der Zukunft zugewandt – 60 Jahre BRD – 60 Jahre DDR“, an der ca. 50 Personen teilnahmen. In den Referaten bekräftigte die DKP ihr Ziel der Errichtung des Sozialismus / Kommunismus: „Wir müssen aus der Geschichte lernen, aber aktuell mit diesem Wissen und der Überzeugung, dass Sozialismus möglich und nötig ist, die gesellschaftliche Situation und den Bewusstseinsstand vor allem in der Arbeiterklasse analysieren und in die Kämpfe gehen – vor allem aktiv die Kämpfe der Belegschaften und Gewerkschaften unterstützen.“⁵⁶

An den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni beteiligte sich die DKP mit einer bundesweiten Liste. Sie erhielt bundesweit lediglich 0,1 % und im Freistaat Sachsen 0,2 % der Stimmen.

2.3.2 MARXISTISCH–LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 30
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 20
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 2.300
Kennzeichen	



Die MLPD ist eine linksextremistische Partei, die innerhalb des orthodoxen linksextremistischen Spektrums eine isolierte Stellung einnimmt.

Entsprechend gering ist ihr politischer Einfluss. Im Freistaat Sachsen hat die Partei ca. 30 Mitglieder. Im Berichtsjahr konnte sie die bestehenden Strukturen in Dresden und Leipzig festigen und ihre Mitgliederzahl erhöhen.

Zur Bundestagswahl trat die MLPD in Sachsen mit einer acht Kandidaten umfassenden Landesliste und einem Direktkandidaten im Wahlkreis 161 (Dresden II – Bautzen II) an. Sie erhielt aber nur 0,2 % der Zweitstimmen. Der Direktkandidat, der Vorsitzende des Landesverbandes Elbe-Saale der MLPD, bekam nur wenige Erststimmen.

Die MLPD versucht weiterhin, Betriebsgruppen in Großunternehmen aufzubauen.

2.3.3 Linksextremistische Strömungen innerhalb der Partei „DIE LINKE.“

Im Freistaat Sachsen gibt es innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ zwei linksextremistische Zusammenschlüsse⁵⁷: die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) und das MARXISTISCHE FORUM (MF). Diesen Zusammenschlüssen gehören nur wenige Mitglieder der Gesamtpartei an, die im Übrigen in Sachsen nicht extremistisch ist und deshalb nicht vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet wird.

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 160
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 160
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 960
Kennzeichen	



⁵⁶ UNSERE ZEIT (UZ) vom 23. Oktober 2009, Seite 9.

⁵⁷ Nach der Satzung der Partei „DIE LINKE.“ können sich Zusammenschlüsse unterschiedlicher politisch-ideologischer als auch themenorientierter Ausrichtung bilden. Diese haben das Recht, sich auf allen Ebenen der Parteigliederungen in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einzubringen.

Die KPF ist gemäß ihrer Satzung ein Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei „DIE LINKE.“. Sie strebt offen die Errichtung einer mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren Staats- und Gesellschaftsordnung an. Ihre Mitglieder bekennen sich in ihren programmatischen Äußerungen der Sache nach zu einer sozialistischen Revolution und der mit dem Wesenskern des Grundgesetzes nicht in Einklang zu bringenden Diktatur des Proletariats. Die KPF hat im Freistaat Sachsen ca. 160 Mitglieder. Sie ist hier damit die größte unter den dogmatischen linksextremistischen Bestrebungen. Die sächsische KPF hat ein starkes Gewicht innerhalb der Bundes-KPF, da sie neben Berlin die mitgliederstärkste Landesorganisation ist. Personell und strukturell hielt sich die KPF im Freistaat Sachsen auf dem Niveau des Vorjahres. Sie verfügt über Regionalgruppen in Chemnitz, Dresden und Leipzig.

Die KPF bekräftigt ihre bisherige Zusammenarbeit mit marxistisch orientierten Kräften. Sie verbindet eine solidarische Zusammenarbeit mit dem MARXISTISCHEN FORUM (MF) und der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP).

Ihrem historischen Verständnis nach griff die KPF „im Jahr der Geschichtsjubiläen – auch den gegen den Zeitgeist gerichteten Umgang mit bisherigen Erfahrungen des Sozialismus“ auf. Zur Berliner KPF-Bundeskonferenz im November 2009 erinnerte der KPF-Landesprecher an die Versuche, diesen Zeitgeist auch in der Partei zu bedienen, indem er auf die Diskussion zu den „20 Thesen“ verwies.⁵⁸ Dieses von einer Arbeitsgruppe „Herbst 1989“ im Auftrag der Landesverbandes DIE LINKE.Sachsen im

März 2009 vorgelegte Papier hatte der KPF-Landeskoordinierungsrat in einer Erklärung entschieden zurückgewiesen: „Weder die historische Legitimität der DDR noch ihr antifaschistischer Charakter, ihre Friedenspolitik noch die sozialen Errungenschaften der DDR werden angemessen erwähnt.“⁵⁹

MARXISTISCHES FORUM (MF)

Das MF ist eine sehr kleine linksextremistische Strömung in der Partei „DIE LINKE.“. Im Freistaat Sachsen tritt es kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

Zur extremistischen Zielsetzung des MF stellte das Oberverwaltungsgericht Münster (Nordrhein-Westfalen) fest: „Das MARXISTISCHE FORUM bekennt sich (...) offen zu mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren Zielen“⁶⁰. Die vom MF „angestrebte Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung soll auch durch eine sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats im klassisch marxistischen-leninistischen Sinne erreicht werden“⁶¹.

2.4 AUTONOME

Das Personenpotenzial der autonomen Szene ist in Sachsen weiter gestiegen. Ihr gehörten im Berichtsjahr etwa 360 Personen an. Während in den beiden Zentren Dresden und Leipzig die Anzahl der Autonomen weitgehend konstant blieb, ist das Potenzial der in den ländlichen Regionen aktiven Gruppierungen der autonomen Szene erneut angewachsen.

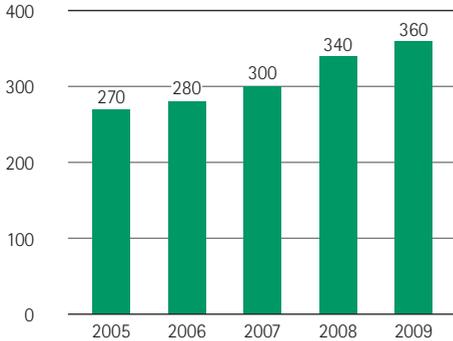
⁵⁸ MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE, Heft 12/2009, Nummer 238, Seite 21ff.

⁵⁹ MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE, Heft 4/2009, Nummer 230, Seite 2.

⁶⁰ Entscheidung des OVG Münster vom 13. Februar 2009, Seite 56, Az. 16 A 845/08 (noch nicht rechtskräftig).

⁶¹ Ebenda.

Anzahl der Personen in der sächsischen autonomen Szene



Die sächsische autonome Szene kann je nach Thema und Anlass mehrere hundert bis mehrere tausend Personen für öffentlichkeitswirksame Aktionen mobilisieren.

Der „Antifaschismus“ ist unverändert das bedeutendste Aktionsfeld der autonomen Szene. Dabei sind vor allem äußere Einflussfaktoren entscheidend für das regionale Engagement Autonomer. Entsprechende Faktoren können sein: Treffpunkte der rechtsextremistischen Szene, von Rechtsextremisten frequentierte Szeneläden sowie die Beteiligung von Rechtsextremisten an Wahlen. Anlass für eigene Aktivitäten bieten der autonomen Szene darüber hinaus Demonstrationen und sonstige Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene oder sonstige Personen, die die Autonomen zu ihrem politischen Gegner erklären.

Neben dem Hauptaktionsfeld „Antifaschismus“ gewinnen weitere Aktionsfelder an Bedeutung. Insbesondere das Thema „Freiräume“ ist im Berichtsjahr von Autonomen aufgegriffen worden. Räumungen so genannter „linker Hausprojekte“ – wie am 16. April 2009 in Erfurt (Thüringen) oder am 24. November 2009 in Berlin – führten bundesweit zu Solidaritätsaktionen der autonomen Szene. Als Reaktion auf derartige Räumungen kam es zudem wiederholt zu militanten Aktionen. So lassen zwei Anschläge auf

Polizeireviere in Dresden auf die Täterschaft Autonomer schließen. Auch ein Aufruf zu Solidaritätsaktionen in Dresden über eine Internetplattform im November 2009 steht in diesem Kontext. Dort heißt es: „Wartet nicht auf Ankündigungen/Demos o.ä. von anderen. Organisiert euch jetzt und hier!!!, (...) Jede Räumung hat ihren Preis – und den bestimmen wir.“

Inhaltlich eng verbunden mit dem Thema „Freiräume“ ist das Aktionsfeld „Antirepression“. Der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erfolgte Einsatz neuer technischer Fahndungsmittel, aber auch die Sicherheitsmaßnahmen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 oder für den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm werden von Linksextremisten als neue Qualität „staatlicher Repression“ bewertet. In Leipzig demonstrierten am 30. Dezember 2009 450 Personen, darunter Autonome, gegen die aus ihrer Sicht zunehmenden Repressionen. Oft wird die Mobilisierung zu Protestaktionen in diesem Themenfeld propagandistisch mit Schicksalen einzelner „politischer Gefangener“ verbunden. Beispielsweise kam es, nachdem das Berliner Kammergericht am 16. Oktober 2009 drei Angehörige der MILITANTEN GRUPPE (mg) zu dreieinhalb Jahren bzw. zu drei Jahren Haftstrafe wegen versuchter Brandstiftung sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt hatte, in mehreren Städten, darunter auch Leipzig, zu unangemeldeten Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen.

Großereignisse außerhalb Sachsens, wie die Feierlichkeiten zum 60. NATO-Jubiläum am 3. und 4. April 2009 in Straßburg (Frankreich), Baden-Baden und Kehl (jeweils Baden-Württemberg) oder die UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen (Dänemark), fanden dagegen nur wenig Beachtung in der sächsischen autonomen Szene.

Autonome Bestrebungen in Dresden

Die seit dem Jahr 2007 anhaltende Abwendung Dresdner AUTONOMER von „antideutschen“⁶² Positionen setzte sich fort. Damit hat die ehemals tonangebende ANTIFA DRESDEN weiter an Bedeutung verloren.

Am deutlichsten spiegelten dies die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden vom 13. Februar 1945 wider. Konnte die ANTIFA DRESDEN hierzu das Geschehen in der Vergangenheit dominieren, so folgten am 14. Februar 2009, dem Tag des rechtsextremistischen Aufzuges, nur etwa 50 Personen einem von der ANTIFA DRESDEN unterstützten Aufruf. Eine Kundgebung am Vortag, die sich gegen das Gedenken an sich richtete, hatte etwa 500 Teilnehmer. Der „antideutsche“ Vorbereitungskreis mobilisierte hierbei unter der Überschrift „Keine Versöhnung mit Deutschland. Deutsche Täter_innen sind keine Opfer. Naziaufmärsche verhindern!“. Inhaltlich wollten die Organisatoren nicht nur „Naziaufmärschen“ entgegentreten, sondern auch dem „bürgerlichen Gedenken“ an die „vermeintlichen Opfer“ der Luftangriffe. Nach der Internetseite, über die dieser Vorbereitungskreis im Wesentlichen mobilisierte, wurde das tragende Projekt auch „venceremos“-Bündnis⁶³ genannt.

Der „antideutsche“ Ansatz wurde bundesweit von maßgeblichen autonomen Gruppen abgelehnt.⁶⁴ Die in den Verlautbarungen der „Antideutschen“ zum Ausdruck kommende vorbehaltlose Unterstützung des Staates Israel sei für

„AntimilitaristInnen“ unerträglich und die „undifferenzierte Gleichsetzung von BürgerInnen und Neonazis“ mache es „bewegungsorientierten Antifas“ unmöglich, sich an den Bündnisbestrebungen von „venceremos“ zu beteiligen.

Szeneveröffentlichungen zufolge war die Ablehnung des antideutschen Konzeptes Anfang 2008 Ausgangspunkt für eine neue Strategie im Antifaschismuskonzept gegen den Aufzug der Rechtsextremisten anlässlich des 13. Februar 2009 in Dresden. Man sah in Dresden die Chance, über die unmittelbare Auseinandersetzung mit dem rechtsextremistischen Aufzug hinaus eine „interventionistische“ und „radikale linke“ Perspektive zu stärken. Taktisches Ziel war es, durch eine gemeinsame Frontstellung gegenüber Faschisten, Kapital und System einerseits die eigene, ansonsten heterogene Szene zu mobilisieren, aber auch „gesellschaftliche Relevanz, Interventionsfähigkeit und politischen Erfolg“⁶⁵ zu erreichen. Es gehe darum, „eine radikalisierende Dynamik zu entwickeln“. „In dieser Tradition, die aus dem zivilen Ungehorsam ebenso schöpft, wie aus der antifaschistischen Selbsthilfe, sehen wir uns und unsere Pläne für Dresden.“⁶⁶

Maßgebliche Impulse gingen dabei von der INTERVENTIONISTISCHEN LINKEN (IL)⁶⁷ und den ihr angehörenden linksextremistischen Gruppierungen ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN (ALB), FÜR EINE LINKE STRÖMUNG (F.e.I.S. Berlin) und AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE aus, die die sächsischen Autonomen unterstützen.

⁶² Zu den „Antideutschen“ vgl. Beitrag „Nie wieder Deutschland!“ – Hintergründe zur Entstehung und Ideologie 'antideutscher' Strukturen“ im „Sächsischen Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen“, S. 163 ff. Herausgegeben vom LfV Sachsen; abrufbar unter: www.verfassungsschutz.sachsen.de.

⁶³ Faltblatt der ALB „Dresden 2010 calling“.

⁶⁴ Faltblatt der ALB „Dresden 2010 calling“.

⁶⁵ Internetseite der ALB „Beitrag von AVANTI – Projekt undogmatische Linke zum verhinderten Nazi-Aufmarsch in Dresden“ vom 25. Februar 2010.

⁶⁶ Internetseite der INTERVENTIONISTISCHEN LINKEN (IL) „Nazis no way!“, Aufruf der IL zur Demonstration am 14. Februar 2009 in Dresden.

⁶⁷ Die IL ist ein Zusammenschluss von Gruppierungen des militanten autonomen / antiimperialistischen Spektrums, revolutionär-marxistischer Organisationen sowie zum Teil langjährig aktiver, nicht ausschließlich linksextremistischer Einzelpersonen.

An einer Demonstration gegen den Aufzug der rechtsextremistischen JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OST-DEUTSCHLAND (JLO) beteiligten sich am 14. Februar 2009 in Dresden etwa 3.500 Personen, darunter etwa 500 gewalttätige, die massiv gegen die Polizei und deren Fahrzeuge vorgingen. In der Dresdner Altstadt versuchten Demonstrationsteilnehmer, die Polizeiabsperungen zu durchbrechen, was etwa 60 Personen gelang. Anschließend griffen etwa 500 Personen Polizeibeamte und deren Fahrzeuge an, von denen mehrere beschädigt wurden. Im Anschluss an das eigentliche Veranstaltungsgeschehen kam es zu weiteren Angriffen AUTONOMER auf Polizeibeamte und deren Fahrzeuge. Auf der Neustädter Elbseite kippten Gewalttäter Einsatzfahrzeuge um und versuchten, sie anzuzünden. Weitere Fahrzeuge wurden durch Steinwürfe beschädigt. Die Polizei musste sich durch zusätzliche Kräfte aus anderen Einsatzabschnitten verstärken, um weitere schwere Straftaten zu verhindern. Von autonomer Seite wurde diese Gewalt bejaht. Dies betraf ausdrücklich die Gewalt gegen Polizisten. Die ALB nahm zu den beschriebenen Ereignissen vom 14. Februar 2009 in Dresden wie folgt Stellung: „Im Anschluss an die Antifa-Demo kam es zu verschiedenen militanten Aktionen gegen die Polizei und deren Fahrzeuge. Diese Aktionen sind absolut nachvollziehbar (...). Autonomer Antifaschismus heißt auch Unversöhnlichkeit mit den bestehenden Verhältnissen und nicht das schweigende Hinnehmen von staatlicher Gewalt.“⁶⁸

Das primäre Ziel, den Aufzug der Rechtsextremisten zu verhindern, wurde jedoch nicht erreicht. Die Ursache war schon bald ausgemacht: „Blockade und Verhinderung des Neonazi-Aufmarschs müssen von Antifa und Zivilge-

sellschaft klar und offen als gemeinsames Ziel formuliert werden“.⁶⁹

Auf dieses Ziel arbeiteten die AUTONOMEN in der Folgezeit mit Blick auf das Jahr 2010 hin. Dabei sahen sich die Autonomen selbst als dominierende Kraft eines in der Folge gegründeten Bündnisses. „Dresden nazifrei“⁷⁰ sei „vornehmlich von linken autonomen Gruppen gegründet“ worden. Autonome Gruppen hätten „alles auch geplant und organisiert“.⁷¹

Setzte man in der Mobilisierung zum 14. Februar 2009 noch auf eine informelle Vernetzung der Autonomen mit der „Zivilgesellschaft“, so sah man sich in Vorbereitung zum 13. Februar 2010 in einer konkreten Zusammenarbeit. Der Aktionskonsens lautete: „Von uns wird keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.“⁷²

Als beispielgebend für erfolgreiche Aktionen im Bündnis mit Nichtextremisten dienten der Szene die Proteste gegen den G-8-Gipfel im Jahr 2007 in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) oder jene gegen den „Antislimisierungskongress“ im Jahr 2008 in Köln (Nordrhein-Westfalen). In beiden Fällen gab es gemeinsame Proteste von Nichtextremisten und Linksextremisten mit Blockadeversuchen sowie zusätzlich zum Teil massive gewalttätige Ausschreitungen durch Linksextremisten.

Während die maßgeblichen linksextremistischen Aktivitäten anlässlich des 13. Februar stark von auswärtigen Gruppen geprägt waren, gingen von der Dresdner Szene selbst, wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren, kaum weitere demonstrative Aktionen aus. Lediglich am 1. Mai

⁶⁸ Beitrag der ALB „Auswertung zu Dresden 2009“, vom 1. April 2009.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Der offizielle Titel lautet „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“.

⁷¹ Internetseite der ALB, „Interview mit ALB zum verhinderten Nazi-Aufmarsch in Dresden“ vom 15. Februar 2010.

⁷² Internetseite der ALB, „Beitrag von AVANTI – Projekt undogmatische Linke zum verhinderten Nazi-Aufmarsch in Dresden“ vom 25. Februar 2010.

2009 versammelten sich etwa 100 Personen im Rahmen einer Kundgebung nicht extremistischer Veranstalter im Innenstadtbereich, unter denen sich nach Feststellungen der Polizei etwa 50 Gewaltbereite befanden. Zuvor hatte das ANTIFARECHERTEAM DRESDEN (ART DRESDEN) gefordert, am 1. Mai 2009 in Dresden „gegen Nazis aktiv zu werden“, und die ANTIFA DRESDEN erklärte vieldeutig: „Neben dem Mittel der Demonstration gibt es noch viele andere Möglichkeiten dem Protest gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus Ausdruck zu verleihen.“ Offenbar unter dieser Zielstellung hatten Unbekannte in den beiden vorangegangenen Nächten zum wiederholten Male Sachbeschädigungen an zwei Ladengeschäften begangen, in denen Kleidung einer bei Rechtsextremisten beliebten Marke angeboten wurde. Zudem zerstörten Unbekannte mit einem Brandsatz das Fahrzeug eines Rechtsextremisten.

AUTONOME traten in Dresden auch wieder im Zusammenhang mit Aktivitäten zur Schaffung „selbstbestimmter Freiräume“ in Erscheinung. Hierzu gab es eine Hausbesetzung am 21. März 2009 und mehrere Folgeaktionen. Dabei handelte es sich um Solidaritätsdemonstrationen und so genannte „Scheinbesetzungen“. Bei „Scheinbesetzungen“ betreten Personen ausgewählte Objekte nur kurzzeitig, um beispielsweise Transparente anzubringen oder andere Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sie ihrem Anspruch öffentlichkeitswirksam Nachdruck verleihen wollen. Auch zwei Anschläge auf Polizeireviere in Dresden in den Nächten zum 19. April 2009 und zum 25. November 2009 stehen wahrscheinlich im thematischen Zusammenhang. Die Anschläge sind zeitnah nach den jeweils kurz zuvor durchgesetzten Räumungen besetzter Häuser in Erfurt (Thüringen) und Berlin verübt worden. In beiden Fällen wurden die Reviere mit Pflaster-

steinen beworfen und Streifenwagen beschädigt. Der Motorraum eines Fahrzeugs brannte dabei aus.

In der Nacht zum 13. April 2009 verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf den Fuhrpark der Bundeswehr in der Dresdner Albertstadtkaserne. Bei diesem sind 42 Fahrzeuge zerstört und ein Fahrzeughangar beschädigt worden, wobei ein Sachschaden von mehreren Millionen Euro entstanden ist. Die Tatumstände deuten auf eine mögliche linksextremistisch motivierte Tat hin. Zudem ist in verschiedenen Szenereaktionen positiv Bezug auf das Ereignis genommen worden.

Das „AZ Conni“ in Dresden diente Anhängern der autonomen Szene weiter als Anlaufstelle und Veranstaltungsort.

Autonome Bestrebungen in Leipzig

Die Leipziger autonome Szene befasste sich im Berichtsjahr mit den für sie gängigen Aktionsfeldern. Dazu gehörten Proteste gegen die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR sowie die Themenbereiche „Antifaschismus“ und „Repression“.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen die Demonstration „Still not lovin' Germany“ am 10. Oktober 2009 sowie Gegenaktivitäten anlässlich einer Demonstration der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) unter dem Motto „Recht auf Zukunft“ am 17. Oktober 2009.

Neben nicht extremistischen Strukturen gehörten dem zur Demonstration „Still not lovin' Germany“ aufrufenden „Arbeitskreis 2009“ (AK 2009) auch die Leipziger autonomen Gruppierungen LEIPZIGER ANTIFA (LeA), ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG (AFBL) und ANTINATIONALE GRUPPE LEIPZIG (AGL)⁷³ an.

⁷³ Die AGL löste sich Eigenangaben zufolge zwischenzeitlich auf.

Die Demonstration richtete sich gegen die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution. Der in typisch antideutscher Diktion gehaltene Aufruf zur Demonstration thematisierte dabei die friedliche Revolution als einen „Mythos“ und sprach von einer „Umdeutung der Geschichte“. In einem Redebeitrag zum Anliegen der Demonstranten formulierte die LeA: „Als radikale Linke verweigern wir das Bekenntnis zur Nation und die Loyalität zu Deutschland. Wir können nicht über eine befreite Gesellschaft reden, solange wir noch über Deutschland reden müssen.“⁷⁴ Dass es den überwiegend zur sächsischen autonomen Szene gehörenden Initiatoren gelang, mit dieser Thematik bundesweit erfolgreich zu mobilisieren, zeigt die hohe Teilnehmerzahl von 1.800 Personen.

Gegen eine von Rechtsextremisten veranstaltete Demonstration am 17. Oktober 2009 setzte die autonome Szene die Taktik des „dezentralen Konzeptes“ um. Dabei agieren militante Kleingruppen insbesondere im Umfeld des eigentlichen Demonstrationsgeschehens. Sie griffen Polizisten mit Steinen an, setzten Container in Brand und stießen PKW um.

Weitere Anlässe für gewalttätig verlaufende Demonstrationen waren die Räumung eines besetzten Hauses im April in Erfurt (Thüringen) und die Urteilsverkündung⁷⁵ gegen drei Mitglieder der MILITANTEN GRUPPE (mg) im Oktober in Berlin. Teilnehmer der Demonstrationen warfen bei beiden Anlässen Steine auf die Einsatzkräfte der Polizei und begingen – im April im Nachgang zur Demonstration – Sachbeschädigungen.

Die in nur kurzer Zeit mobilisierte Anzahl von jeweils 200 Teilnehmern lässt auf eine hohe Vernetzung innerhalb der Szene schließen und auf

eine beachtliche Mobilisierungsbereitschaft in Bezug auf überregionale Ereignisse.

Als vorrangige Anlaufstelle der Leipziger autonomen Szene fungiert weiterhin das „Conne Island“. Die Objekte „B12“ und „Lichtwirtschaft“ sowie der im Vorjahr eröffnete Infoladen „Roter Faden“ dienten im Berichtsjahr als Veranstaltungsort bzw. Kontaktadresse. Ankündigungen von Veranstaltungen der autonomen Szene auf der Internetseite LEFT-ACTION zeugen weiterhin von der Bedeutung der Seite als wichtigstes öffentliches Kommunikationsmittel der autonomen Szene Leipzig.

Autonome Bestrebungen außerhalb der Zentren Leipzig und Dresden

Auch außerhalb der beiden Zentren Dresden und Leipzig waren im Berichtsjahr autonome Gruppierungen aktiv. Beispiele dafür sind die AUTONOME ANTIFA WESTERZGEBIRGE (AAWE), die ANTIFA LAUSITZ, die ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (Antifa RGB) und die ANTIFA ROBWEIN-DÖBELN-LEISNIG (Antifa RDL).

Diese unterhalten eigene umfangreiche Internetpräsenzen.

Die genannten Gruppen unterstützten und verbreiteten im Berichtsjahr insbesondere Aufrufe anderer linksextremistischer Gruppierungen oder beteiligten sich an deren Demonstrationen. Die Antifa RDL unterstützte beispielsweise die vom antideutsch ausgerichteten Vorbereitungskreis „Keine Versöhnung mit Deutschland“ initiierten Aktionen am 13./14. Februar 2009 in Dresden. Sie mobilisierte dafür zu einer Infor-

⁷⁴ Veröffentlicht auf der Homepage des AK 2009, abgerufen am 29. Oktober 2009.

⁷⁵ Am 16. Oktober verurteilte das Berliner Kammergericht drei Angehörige der MILITANTEN GRUPPE (mg) zu dreieinhalb Jahren bzw. zu drei Jahren Haftstrafe wegen versuchter Brandstiftung sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Die mg hatte sich seit 2001 zu einer Vielzahl von Brandanschlägen, überwiegend in Berlin und Brandenburg, bekannt.

mationsveranstaltung am 13. Januar 2009 in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen).

Im Zusammenhang mit der Landtagswahl im August kam es in ganz Sachsen zu einer Vielzahl linksextremistisch motivierter Straftaten. So griffen mehrere Personen am 8. August 2009 in Rochlitz (Landkreis Mittelsachsen) Wahlhelfer der NPD beim Aufhängen von Wahlplakaten an. Anschließend wurden an deren Fahrzeug Front- und Seitenscheibe sowie die Rückleuchte zerschlagen. In Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) beschädigten zwischen dem 14. und 15. August 2009 unbekannte Täter das Frontfenster vom Wahlkreisbüro eines fraktionslosen Bundestagsabgeordneten, welcher bei der Landtagswahl als Direktkandidat angetreten war. Der Abgeordnete, welcher von AUTONOMEN als Politiker des „rechten Randes“ bezeichnet wird, und dessen Wählerinitiative waren bereits wiederholt Ziel von Aktivitäten der autonomen Szene.

2.5 Sonstige linksextremistische Gruppierungen

2.5.1 ROTE HILFE E.V. (RH)

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 140
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 130
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 5.000
Kennzeichen	

Die RH ist ein linksextremistischer Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, u.a. Linksextremisten bei Strafverfolgungsmaßnahmen oder „staatlicher Repression“ politisch und finanziell zu unterstützen. Der Verein über-

nimmt dementsprechend Anwalts- und Prozesskosten aus Geldern, die er überwiegend aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen erhält. Er engagiert sich aber auch an der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von linksextremistischen Protestaktionen.

Im Freistaat Sachsen sind ca. 140 Mitglieder aktiv. Der Mitgliederbestand blieb über die Jahre stabil und stieg im Berichtsjahr leicht an. Der Verein ist in Chemnitz, Dresden und Leipzig vertreten. Dort unterhält er enge Kontakte in die gesamte linksextremistische Szene.

Die „Antirepressionsarbeit“, d.h. die Auseinandersetzung mit vermeintlich politisch motivierter „staatlicher Repression“ und ihren Folgewirkungen, gehörte auch im Berichtsjahr zu den Kernthemen der RH in Sachsen. So unterstützte die RH Dresden verurteilte „Anti-Kriegs-Aktivistin“, die im Zuge der zum Teil gewalttätigen Proteste gegen den NATO-Gipfel im April 2009 festgenommen worden waren und eröffnete ein Spendenkonto. Zudem war ein wichtiger Bestandteil der „Antirepressionsarbeit“ der RH in Sachsen die „Solidarität mit Gleichgesinnten“ im Ausland. Besondere Aufmerksamkeit galt hierbei dem US-Amerikaner Mumia Abu-Jamal, der 1982 wegen Mordes an einem Polizisten zum Tode verurteilt wurde. So waren Veranstaltungen in Dresden und Leipzig im September Teil einer bundesweiten „Info-Tour 2009“ zum Thema „Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal“.

U.a. wird die RH dort aktiv, wo auch AUTONOME den „Antifaschismuskampf“ unterstützen. So werden vor „Großevents“, wie z.B. zum 13./14. Februar 2009 in Dresden, bei denen Konflikte mit der Polizei zu erwarten sind, häufig so genannte Ermittlungsausschüsse als zentrale Sammel- und Koordinationsstellen für Informationen über „repressive“ Maßnahmen eingesetzt. Anlassbezogen führte die RH, wie schon im Vorjahr, „Rechtshilfeveranstaltungen“ zum Verhalten bei

Festnahmen im Verlauf von Demonstrationen durch.

2.5.2 Trotzkismus / Sozialistische Alternative e.V. (SAV)⁷⁶

Mitglieder 2009 in Sachsen	ca. 20
Mitglieder 2008 in Sachsen	ca. 20
Mitglieder 2008 bundesweit	ca. 400

Kennzeichen



Die Anzahl der in Sachsen zur trotzkistischen Bewegung zurechenbaren Personen blieb auch im Berichtsjahr auf niedrigem Niveau.

Die SAV ist die einzige im Freistaat Sachsen aktive trotzkistische Gruppierung. Sie verfolgt als „revolutionäre, sozialistische Organisation“⁷⁷ linksextremistische Ziele. Dem Verein gehören im Freistaat Sachsen ca. 20 Mitglieder an; Ortsgruppen bestehen in Dresden und Leipzig. Auch nach dem im vergangenen Jahr erfolgten bundesweiten Aufruf zum Eintritt von SAV-Mitgliedern in die Partei „DIE LINKE.“ konnte die SAV ihre öffentliche Wahrnehmbarkeit nicht verstärken. Einigen Mitgliedern der SAV-Bundesleitung wurde der Eintritt verwehrt.

Die SAV mobilisierte im Berichtsjahr lediglich zu Teilnahmen an Demonstrationen sowie zur Debatte im Rahmen einer SAV-Veranstaltungsreihe: „20 Jahre Mauerfall: Revolution für Kapitalismus?“. Veranstaltungshinweise der Ortsgruppen Dresden und Leipzig werden sporadisch auf der Internetseite der SAV sowie in

deren Monatszeitschrift SOLIDARITÄT-SOZIALISTISCHE ZEITUNG bekannt gegeben.

Die SAV finanziert sich weiterhin durch Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Unterstützer. So heißt es in ihrer Zeitung: „Dies ist die Grundlage, auf der wir unseren Kampf gegen den Kapitalismus führen – unabhängig von Staat und großen Spenden“⁷⁸. Zugleich wird aber um eine Erhöhung des jeweiligen Beitrages bzw. Spende um mindestens 10 % gebeten.

2.5.3 GEGENSTANDPUNKT

Die linksextremistische Gruppe GEGENSTANDPUNKT trat bis zum Jahr 1991 als MARXISTISCHE GRUPPE (MG) in der Öffentlichkeit auf. Unter der Bezeichnung GEGENSTANDPUNKT, die auf die seit 1992 von führenden MG-Funktionären herausgegebene gleichnamige Zeitschrift zurückgeht, finden regelmäßig öffentliche Diskussionsveranstaltungen statt. Laut der Internetpräsenz der Zeitschrift tritt eine „AG Politische Diskussion“ in Leipzig als Veranstalter von politischen Vorträgen der GEGENSTANDPUNKT-Redaktion auf.

⁷⁶ Die ehem. Bezeichnung lautete SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN (SAV). Obwohl der Zusatz VORAN mittlerweile nicht mehr verwendet wird, lautet die Abkürzung nach wie vor SAV. Der eingetragene Verein hat seinen Sitz in Berlin.

⁷⁷ Statut der SAV III (1).

⁷⁸ SOLIDARITÄT-SOZIALISTISCHE ZEITUNG, Nummer 75, Ausgabe Januar 2009, Seite 10.

2.6 Linksextremistische Publikationen (Printmedien, Auswahl)⁷⁹

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt:

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
DIE ROTE FAHNE	Zentralkomitee der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)	monatlich	ca. 1.000	ja
DIE ROTE HILFE	Bundesvorstand ROTE HILFE E.V.	vierteljährlich	ca. 5.000	teilweise
DIREKTE AKTION	FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU/IAA)	alle zwei Monate	3.000 (Eigenangabe)	teilweise
GEGENSTANDSPUNKT	GEGENSTANDSPUNKT VERLAGS GMBH München	vierteljährlich	ca. 7.000	teilweise
LICHTBLICK – MITTEILUNGSBLATT DER DKP LEIPZIG	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI, DKP–GRUPPE LEIPZIG	vierteljährlich	unbekannt	teilweise
MARXISTISCHES FORUM	MARXISTISCHES FORUM (MF)	unregelmäßig	ca. 1.000	teilweise
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE	Bundeskoordinierungsrat der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)	monatlich	1.500 (Eigenangabe)	ja
REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL	Jugendverband der MARXISTISCH–LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	alle zwei Monate	unbekannt	teilweise
ROTE FAHNE	MARXISTISCH–LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	wöchentlich	ca. 8.000	teilweise
SOLIDARITÄT – SOZIALISTISCHE ZEITUNG	SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE E.V. (SAV) ⁸⁰	monatlich	ca. 3.000	ja
STIMME VON UND FÜR ELBE–SAALE	Landesverband Elbe–Saale der MARXISTISCH–LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (MLDP)	unregelmäßig	10.000 (Eigenangabe)	nein
UNSERE ZEIT	Partei Vorstand der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)	wöchentlich	ca. 7.500	ja

⁷⁹ Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

⁸⁰ Die ehem. Bezeichnung lautete SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN (SAV). Obwohl der Zusatz VORAN mittlerweile nicht mehr verwendet wird, lautet die Abkürzung nach wie vor SAV.

3. Ausländerextremismus

3.1 Überblick in Zahlen⁸¹

Die Anzahl der Ausländerextremisten ist 2009 mit ca. 360 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Damit gehören etwa 0,5 % der im Freistaat Sachsen ansässigen Ausländer extremistischen Gruppierungen an. Der Anteil der Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen am bundesweiten Gesamtpersonenpotenzial beträgt auf Grund des hiesigen prozentual deutlich geringeren Ausländeranteils weniger als 1 %.

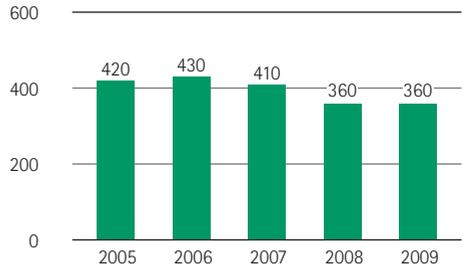
Bei den islamistischen Bestrebungen war eine Zunahme auf ca. 120 Personen zu verzeichnen (2008: 90). Damit sind ein Drittel (2008: 25 %) des Gesamtpersonenpotenzials Anhänger islamistischer Gruppierungen.

Mit ca. 230 Personen (2008: ca. 260) gehörten die meisten Ausländerextremisten nach wie vor dem linksextremistischen Spektrum an. Allerdings sank ihr Anteil auf etwa 64 % gegenüber ca. 72 % im Jahr 2008. Die Angehörigen dieses Spektrums sind vorwiegend in den Nachfol-

ge- und Nebenorganisationen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) aber auch in iranischen Organisationen zu finden. Das Potenzial der Nachfolge- und Nebenorganisationen der PKK ist im Berichtsjahr weiter gesunken auf nunmehr 170 Personen (2008: 200). Einzelne Personen – rund 3 % – sind national-extremistischen Organisationen zuzurechnen.

Das Mobilisierungspotenzial einiger ausländer-extremistischer Organisationen, wie z.B. der PKK, kann die Anzahl der Mitglieder teils um das Mehrfache überschreiten. Hier sind auch Anhänger und Sympathisanten aus den angrenzenden Bundesländern einzubeziehen.

Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen



Anzahl der Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen

(insgesamt: ca. 360 [2008: ca. 360 / bundesweit 2008: ca. 67.400])

Linksextremistische bzw. linksextremistisch geprägte Gruppen	Nationalistische bzw. nationalistisch geprägte Bestrebungen	Islamistische Bestrebungen
2009: ca. 230 2008: ca. 260	2009: ca. 10 2008: ca. 10	ca. 120 (2007: ca. 90)
davon u.a.:		
ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) bzw. Nachfolgeorganisationen		
2009: ca. 170 2008: ca. 200		
Sonstige Gruppen		
2009: ca. 60 2008: ca. 60		

⁸¹ Die Zahlenangaben sind z.T. geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelkenntnisse vor. Grund hierfür ist der Auftrag der Strukturbeobachtung; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht immer zwingend erforderlich.

3.2 Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus

Im Beobachtungsbereich des Ausländerextremismus steht die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus im Vordergrund.

Bedrohungslage für Deutschland

Seit Beginn des Jahres 2009 haben islamistische Terroristen in einem bisher unbekanntem Ausmaß jihadistische Propaganda im Internet verbreitet und erstmalig auch mit Anschlagsvorhaben unmittelbar gegen deutsche Interessen gedroht. Auf einschlägigen Webseiten und Diskussionsforen wurde teilweise sogar in deutschsprachigen Videobotschaften und sonstigen Erklärungen der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr kritisiert und als Legitimation für Anschläge gegen Deutsche im In- und Ausland angeführt. Dieses Drohszenario erreichte kurz vor der Bundestagswahl seinen Höhepunkt durch das deutschsprachige Terrorvideo des Deutsch-Marokkaners und Mitglieds von AL-QAIDA, Bekkay HARRACH. Er kündigte Anschläge für den Fall an, dass die neu gewählte Regierung nicht den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan veranlassen würde.

Auch nach der Bundestagswahl wurden weiterhin deutschsprachige Drohbotschaften verbreitet. Allerdings enthielten diese keine derart konkreten Anschlagsdrohungen wie die Botschaften vor der Wahl. In der Zeit zwischen September 2009 und Januar 2010 wurden allein von einer bis dahin unbekanntem Gruppe, die von sich behauptet, ausschließlich aus deutschen Kämpfern zu bestehen und dem „Islamischen Emirat Afghanistan“ anzugehören, vier Drohbotschaften u.a. in deutscher Sprache über das Internet verbreitet. In einer Botschaft vom Januar 2010 heißt es: „Damit die Religion Allahs, subhana wa tealaa⁸², auf dieser Erde, das einzige ist, wonach gerichtet wird, öffnen wir unsere Herzen und Türen für alle unsere Mujahidin-Geschwister aus Europa und besonders aus Deutschland und hoffen, dass wir, Schulter an Schulter, gegen die Besatzungsmächte, auf der ganzen Welt, die sich auf islamischen Boden befinden, kämpfen werden.“ Auf diese Weise wird den Soldaten gedroht, die in Afghanistan eingesetzt sind. Und es wird dazu aufgerufen, sich dem Kampf gegen die so genannten Besatzungsmächte anzuschließen.

Das Internet hat sich inzwischen zu einem herausragenden Propaganda- und Kommunikationsmedium für islamistische Terroristen entwickelt. Darüber wird versucht, die eigene Stärke – durchaus mit Übertreibungen – zu betonen, für die eigenen Ziele zu werben und zu drohen. Ein zentrales Ziel ist dabei auch, Nachwuchs für den Jihad zu rekrutieren. So wurde in einer Videobotschaft der ISLAMISCHEN BEWEGUNG USBEKISTANS (IBU) in deutscher Sprache um Freiwillige für den Jihad („Heiliger Krieg“) geworben. In einer Veröffentlichung der ISLAMISCHEN JIHAD UNION (IJU) wurden im Februar Anweisungen zur Ausführung von Anschlägen gegeben.



Drohvideo von AL-QAIDA

Quelle: Internet

⁸² Übersetzung: Gott sei gepriesen.

Zu 65 Personen mit Bezügen zu Deutschland liegen konkrete Hinweise vor, dass sie in so genannten Ausbildungslagern waren oder sind. Bei weiteren Personen gibt es Anhaltspunkte dafür. Von den 65 Personen halten sich 20 in Deutschland auf.⁸³ Von diesen befinden sich zehn in Haft.

Auch für die Entwicklung des so genannten „Homegrown-Terrorism“, das heißt die Bildung eigenständiger terroristischer Gruppen in europäischen und anderen nicht-islamischen Staaten durch Muslime der zweiten und dritten Einwanderergeneration, besitzt das Internet als Schulungs- und Rekrutierungsmedium eine erhebliche Bedeutung.

Lage im Freistaat

Im Freistaat Sachsen sind bislang keine Strukturen des islamistischen Terrorismus bekannt geworden. Lediglich einzelne Personen gehören zum weiteren Umfeld. Dennoch liegt der Freistaat Sachsen nicht außerhalb des Gefahrenraumes. Mit Anschlägen konspirativ agierender Terrorzellen, die teilweise zentral gesteuert oder auch vollständig autonom agieren, muss überall gerechnet werden. Auch Anschläge durch fanatisierte Einzeltäter liegen im Gefahrenspektrum. Das Entdeckungsrisiko ist allerdings angesichts der vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen sehr hoch.

Sonstiger Ausländerextremismus

Von den islamistischen Terroristen sind die gewaltfreien islamistischen Organisationen zu unterscheiden. Diese unterliegen der Beobachtung, wenn sie sich auch in Deutschland die Errichtung eines islamischen Gottesstaates zum Ziel gesetzt haben und damit wesentliche Grundsätze unserer freiheitlichen demokratischen Verfassung beseitigen wollen. Solche islamistischen Organisationen können auch den Nährboden für terroristische Radikalisierung bilden. Aus dem islamistischen Spektrum sind im Freistaat Sachsen vor allem salafistische⁸⁴ Bestrebungen im Ballungsraum Leipzig aktiv. Diese Bestrebungen mit bundesweiter Ausstrahlung haben 2009 weiter Zulauf bekommen und an Bedeutung gewonnen.

Unter den nicht islamistischen ausländerextremistischen Organisationen verfügt lediglich die PKK in Sachsen über Strukturen. Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des KONGRA GEL, der Nachfolgeorganisation der PKK, gingen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurück und kamen 2009 fast zum Erliegen. Dies ist nicht zuletzt auf die exekutiven Maßnahmen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen, die auch zu einer Verlagerung der Aktivitäten aus dem Freistaat Sachsen heraus führte.

Auf Grund des geringen Anhängerpotenzials und fehlender Strukturen bei anderen nicht

⁸³ Stand: Januar 2010.

⁸⁴ Der Salafismus entstand als ideologische Strömung im 19. Jahrhundert in Ägypten. Er strebt eine Rückkehr zu einem fiktiven „Ur-Islam“ und somit zum Vorbild der „lauteren Vorfahren“ (as-salaf as-salih) an. Diese Vorfahren sollen unmittelbar nach dem Propheten Muhammad im 7. Jahrhundert gelebt haben. Merkmale dieser Religionsinterpretation, die alle Lebensbereiche umfasst, sind insbesondere die strikte Konzentration auf:

- Koran und Prophetentradition (Sunna) als handlungsweisende Texte,
- die Ablehnung aller Neuerungen, die als unvereinbar mit dem „wahren islamischen Geist“ gelten,
- das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes (Tauhid),
- die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia),
- eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften sowie
- Geschlechtertrennung und die Abgrenzung von einer nicht-islamischen Umwelt.

Insbesondere die Haltung zur Gleichberechtigung von Mann und Frau oder zur Meinungs- und Religionsfreiheit kollidieren dabei mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

islamistischen ausländerextremistischen Organisationen ist eine signifikante Beeinträchtigung der Sicherheit des Freistaates Sachsen in absehbarer Zeit durch derartige Bestrebungen nicht zu erwarten. Da diese Organisationen jedoch häufig auf Ereignisse in ihren Herkunftsländern reagieren, ist situationsbedingt stets mit extremistisch motivierten Aktivitäten und damit einhergehend mit der Mobilisierung größerer Personenpotenziale zu rechnen.

Anstieg ausländerextremistisch motivierter Straftaten

Im Jahr 2009 kam es zu einem Anstieg bei den ausländerextremistisch motivierten Straf- bzw. Gewalttaten. Die Anzahl dieser Delikte – insgesamt zehn – ist jedoch wie in den Vorjahren weiterhin gering.

3.3 Islamismus / Islamistischer Terrorismus

Als Islamismus wird eine extremistische politische Ideologie bezeichnet, die auf der Grundlage islamisch-religiöser Überzeugungen beruht und diese als einzige weltliche Ordnung anerkennt. Islamisten beabsichtigen, bestehende (weltliche) Gesellschaftssysteme durch eine auf dem Koran und der Scharia basierende islamische Ordnung zu ersetzen. Durch die politische Ausrichtung grenzt sich der Islamismus zur Religion des Islam ab. Der gewaltsam geführte Kampf für islamistische Ziele z.B. mittels Anschlägen wird als islamistischer Terrorismus bezeichnet. Dieser stellt die bislang größte Gefahr für die

internationale Staatengemeinschaft dar. Ihren Kampf gegen die Ungläubigen bezeichnen die islamistischen Terroristen als Jihad. Durch diesen „Heiligen Krieg“ wird auch die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anhaltend bedroht. Deutschland hat sich u.a. durch den Bundeswehreininsatz in Afghanistan zum Ziel islamistisch-terroristischer Aktivitäten entwickelt. Darüber hinaus zeigt der versuchte Sprengstoffanschlag auf ein Flugzeug am 25. Dezember 2009 in Detroit (USA), dass fanatisierte Einzeltäter weltweit ein hohes Bedrohungspotenzial darstellen.

Zu den islamistisch-terroristischen Bestrebungen werden neben AL-QAIDA beispielsweise auch die ISLAMISCHE JIHAD UNION (IJU) und die ISLAMISCHE BEWEGUNG USBEKISTAN (IBU) gezählt. IJU und IBU haben gemeinsame Wurzeln.

Es ist davon auszugehen, dass die 2002 gegründete IJU über direkte Verbindungen zur AL-QAIDA und ähnlich dieser, über eine international jihadistische Ausrichtung verfügt. In Deutschland erlangte sie insbesondere als Auftraggeber der so genannten Sauerlandattentäter⁸⁵, welche im März 2010 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, Bekanntheit. Darüber hinaus trat sie in Afghanistan wiederholt als Organisator terroristischer Anschläge in Erscheinung. Ziel der IJU ist es, bestehende Gesellschaftsordnungen gewaltsam abzuschaffen und durch die islamische Rechtsordnung „Scharia“⁸⁶ zu ersetzen. Im Gegensatz zur IJU verfolgt die IBU eher eine regionale Strategie. Sie kämpft für den Sturz der usbekischen Regierung, ist aber auch in Tadschikistan, Afghanistan sowie Pakistan aktiv und verfügt ebenso wie die IJU über Verbindungen zu den TALIBAN. Ihr Ziel ist die Schaffung

⁸⁵ Im Jahr 2007 im Hochsauerlandkreis festgenommene mutmaßliche Terroristen, die Bombenanschläge auf US-Einrichtungen in Deutschland geplant hatten.

⁸⁶ Von Muslimen angesehene, als eine von Gott vorgegebene, verbindliche Rechts- und Gesellschaftsordnung für alle Lebensbereiche. Sie behandelt die religiösen/rituellen Pflichten sowie die privaten und öffentlichen Beziehungen von Muslimen. Für Islamisten ist die Scharia unantastbares Wort Gottes.

eines islamischen Gottesstaats in Zentralasien. Auch diese Organisation verfügt über deutsche Mitglieder und wirbt im Internet unter deutschsprachigen Sympathisanten für eine aktive Teilnahme am Jihad.

Im Jahr 2009 machten die islamistischen Terroristen der Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit bewusst, dass auch auf deutschem Boden jederzeit Anschläge möglich sind. So wurden im Januar 2009 im Internet zwei deutschsprachige Videos mit terroristischem Hintergrund festgestellt. In einem, welches den Titel „Das Rettungspaket für Deutschland“ trägt, wird im Namen der AL-QAIDA mit Anschlägen gedroht. In dem anderen Video wirbt die IJU für die Teilnahme am Kampf gegen die Ungläubigen. Um den Besuch der Terrorausbildungslager in Afghanistan und Pakistan auch für Familien mit Kindern attraktiv zu machen, wird mit einer vermeintlich guten Infrastruktur geworben. Ein später veröffentlichtes Video der IJU zeigt, wie bereits Vorschulkinder an vollautomatischen Waffen für den Kampf ausgebildet werden. Auch die IBU beteiligt sich an dieser gezielt auf Deutschland zugeschnittenen Medienkampagne.

Neben den bereits erwähnten Drohvideos versuchten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl auch andere Gruppen, mit Anschlagsdrohungen das Abstimmungsverhalten der deutschen Wähler zu beeinflussen. Obwohl die angekündigten Anschläge bislang ausblieben, sind die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Interessen im Ausland weiterhin abstrakt gefährdet.

Nicht alle islamistischen Organisationen setzen auf das Mittel des Terrors zur Erreichung ihrer Ziele. Überwiegend bedienen sie sich legalisti-

scher Strategien, die darauf gerichtet sind, ihren Anhängern einen schariakonformen Lebenswandel zu ermöglichen. Hier lebende Muslime werden durch Vertreter islamistischer Organisationen angehalten, die im Land bestehende Gesellschaftsordnung zu ignorieren und ihr Leben an das der Scharia anzupassen. Dabei wird der nicht muslimischen Mehrheitsgesellschaft die gezielte Diffamierung des Islams durch Politiker, Presse und Sicherheitsbehörden vorgeworfen. Auch der Mord an einer Ägypterin am 1. Juli 2009 in Dresden, wurde für diesen Zweck instrumentalisiert. Solche Vorhaben können mit einer Radikalisierung dieser Klientel einhergehen.

Zu den radikalisierenden Einflüssen zählen u.a. virtuelle Medien und die islamistische Bildungs- und Propagandaarbeit. Diese gewinnen auch für in Sachsen lebende Muslime und Konvertiten immer mehr an Bedeutung. Islamistische Bildungsarbeit findet dabei über das Internet oder in Vortragsveranstaltungen wie z.B. Islamseminaren statt, in denen mitunter charismatische Prediger insbesondere salafistische⁸⁷ Inhalte verbreiten. Dazu gehört ein überregionales Grundlagenseminar mit dem Titel „Lernen-den-Islam“.

Auch kontinuierlich stattfindende Infostände in deutschen Großstädten zählen zur islamistischen Bildungs- bzw. Missionierungsarbeit. Dort werden Bücher und Broschüren verteilt, die über den Islam informieren sollen. Zum angebotenen Informationsmaterial gehörte auch das Buch „Frauen im Schutz des Islam“. Es befindet sich seit April 2009 auf der Indizierungsliste der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien.

Die intensive Beobachtung und Aufklärung der islamistischen Szene hat für die Verfassungs-

⁸⁷ Vgl. Fußnote 34.

schutzbehörden weiterhin oberste Priorität. Auf Grund der Funktion des Internets als Leitmedium des islamistischen Terrorismus kommt der Internetauswertung eine herausragende Bedeutung zu. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2007 in Berlin das Gemeinsame Internetzentrum (GIZ) eingerichtet und fortwährend ausgebaut, in dem sprachliche, technische und fachliche Kompetenz der Sicherheitsbehörden gebündelt wird.

Lage im Freistaat Sachsen

Schon auf Grund der niedrigen Zahl der in Sachsen lebenden Ausländer ist das hiesige islamistische Personenpotenzial gering. Islamistische Organisationsstrukturen sowie konkrete Planungen von Anschlägen oder deren Vorbereitung sind bisher nicht bekannt geworden. Lediglich einzelne Personen lassen sich Organisationen wie der ISLAMISCHEN GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND E.V. (IGD), der HIZB ALLAH oder der TABLIGHI JAMA'AT (TJ) zurechnen. Erkenntnisse zu Einzelpersonen vor allem in den sächsischen Ballungszentren Leipzig, Dresden und Chemnitz geben jedoch Anlass zu der Annahme, dass auch in Sachsen Kontakte zum Umfeld islamistisch-terroristischer Organisationen bestehen.

Der AL-RAHMAN-MOSCHEE E.V. in Leipzig stellt einen Knotenpunkt bei der Verbreitung der extremistischen salafistischen Ideologie in Sachsen dar. Der Verein ist Bestandteil eines bundesweit aktiven salafistischen Netzwerks.

Die vom Imam der Moschee vertretene salafistische Religionsauffassung lässt sich nach hiesiger Überzeugung als „anti-westlich“ klassifizieren. Im Rahmen eines „missionarischen Islams“ propagiert der Imam seine salafistische

Islaminterpretation, sei es durch seine Tätigkeit als Imam, durch umfangreiche Reise- und Seminaraktivitäten, Infostände oder durch entsprechende Internetseiten. An den regelmäßigen Infoständen sowie zum Tag der offenen Moschee im Rahmen der Interkulturellen Wochen 2009 wurden u.a. Broschüren verteilt, die die salafistische Religionsauffassung enthalten. Viele der darin beschriebenen religiösen Ansichten stehen in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bzw. der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Umsetzung des salafistischen Gedankengutes setzt die Beseitigung dieser Werte voraus. So wird beispielsweise in der Broschüre „Missverständnisse über Menschenrechte im Islam“ das Töten von Konvertiten als religiöse Pflicht beschrieben: „Einer Person, die den Islamischen Glauben ablehnt, sollte eine Gelegenheit von drei aufeinanderfolgenden Tagen gegeben werden, um zur Gemeinschaft des Islam zurückzukehren. Reife Islamische Gelehrte müssen mit ihm sitzen und ihm die große Sünde erklären, die er gegen seine Seele, seine Familie und die Gemeinschaft begeht. Wenn diese Person zur Gemeinschaft des Islam zurückkehrt, wird sie freigelassen, wenn nicht, wird die Strafe vollzogen. Die Tötung eines Abtrünnigen ist in Wirklichkeit eine Erlösung für die restlichen Mitglieder der Gesellschaft.“⁸⁸

Es besteht Grund zu der Annahme, dass das in der AL-RAHMAN-MOSCHEE vertretene geschlossene Weltbild – das keinen Raum für die freiheitliche demokratische Grundordnung bietet – den Nährboden für eine islamische Radikalisierung und ggf. Rekrutierung bilden kann.

Die Staatsanwaltschaft München I hatte gegen mehrere Personen aus der salafistischen Szene Deutschlands, darunter auch eine Person aus

⁸⁸ Abdul Rahman Al-Sheha: „Missverständnisse über Menschenrechte im Islam“, Islamic Propagation Office, Rabwah, S. 138.

Leipzig, Anklage u.a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129a StGB) erhoben. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, seit September 2005 ausgehend von Neu-Ulm (Bayern) und dem dortigen ehemaligen MULTI-KULTUR-HAUS⁸⁹ Muslime und Nichtmuslime, insbesondere auch zum Islam konvertierte Deutsche, dauerhaft und organisiert radikalisiert und islamisiert zu haben. Mit Beschluss vom 26. März 2010 hat das Landgericht München I das Vorliegen einer kriminellen Vereinigung verneint und seine örtliche Unzuständigkeit erklärt. Es hat das Verfahren zur Verfolgung als Einzelstraftat an die Staatsanwaltschaft München I zurückgegeben.

3.4 Kurdischer Extremismus

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) bzw. deren Nachfolgeorganisationen

Mitglieder/Anhänger 2009 in Sachsen	ca. 170
Mitglieder/Anhänger 2008 in Sachsen	ca. 200
Mitglieder/Anhänger 2008 bundesweit	ca. 11.500
Kennzeichen	

Die extremistische PKK ist mit ihren Teil- und Nebenorganisationen wegen ihrer gewalttätigen Aktivitäten seit 1993 in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegt. Dieses gilt auch für die durch Umbenennungen entstandenen verschiedenen Nachfolgeorganisationen⁹⁰. Gleichwohl gelingt es der Organisation durch äußerst konspiratives Verhalten ihrer Kader, illegale Strukturen in der Bundesrepublik zu unterhalten. Die strafrecht-

liche Verfolgung dieser Aktivitäten durch die Ermittlungsbehörden führt immer wieder zur Verhaftung von Kadern und Schließung von Tarnvereinen.

Die PKK ist unter den ausländerextremistischen, nicht islamistischen Organisationen bundesweit die personell stärkste Gruppierung. Ihr Mitglieder- bzw. Anhängerpotenzial blieb in den letzten Jahren in Deutschland konstant bei 11.500. Das Mobilisierungspotenzial beträgt ein Mehrfaches, wie die traditionell jedes Jahr durchgeführten überregionalen Großveranstaltungen belegen. Zu diesen Ereignissen gehörten im Berichtsjahr:

- die Demonstration zum Jahrestag der Festnahme Abdullah ÖCALANS am 14. Februar 2009 in Straßburg (Frankreich),
- das Treffen anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz am 21. März 2009 in Hannover (Niedersachsen),
- das „12. Mazlum-Dogan-Sport- und Kulturfestival“ am 11. Juli 2009 in Köln (Nordrhein-Westfalen) sowie
- das „Internationale Kurdische Kulturfestival“. Es fand am 12. September 2009 in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) statt.

Diese Zusammenkünfte beinhalten neben kulturellen und teils sportlichen Programmteilen stets aktuelle politische Redebeiträge von Funktionären der PKK oder deren Frontorganisation, der KOORDINATION DER KURDISCH-DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK)⁹¹. Außerdem führen Teilnehmer verbotene Flaggen mit.

Die CDK ist die einzige Organisation, die auch in Ostdeutschland Strukturen ausbilden konnte.

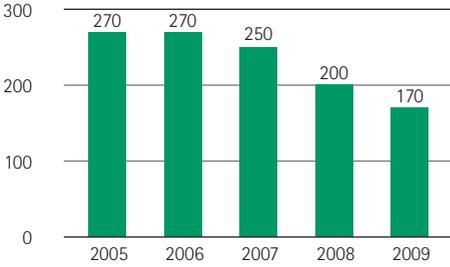
⁸⁹ Verboten durch Erlass des Bayerischen Staatsministeriums des Innern im Dezember 2005.

⁹⁰ Der besseren Verständlichkeit wegen, wird im Beitrag nur die Bezeichnung PKK verwendet.

⁹¹ Ehemals NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK).

Es ist davon auszugehen, dass sie weiterhin konspirativ Strukturen im Freistaat Sachsen unterhält. Das der PKK zuzurechnende hiesige Mitgliederpotenzial sinkt jedoch seit Jahren. Im Berichtsjahr gehörten hier nur noch ca. 170 Personen dazu.

Entwicklung des Mitgliederpotenzials der PKK im Freistaat Sachsen



Die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND E.V. (YEK-KOM) ist der Dachverband örtlicher Vereine, in denen sich die Aktivitäten der PKK und ihrer Anhänger vollziehen. Im Freistaat Sachsen existierten in den vergangenen Jahren drei Vereine, die der YEK-KOM zuzuordnen waren. Aktuell ist der YEK-KOM hier nur noch der Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG E.V. zuzurechnen. Der Verein trat im Berichtsjahr öffentlich nicht in Erscheinung.

Der DEUTSCH-KURDISCHE FREUNDSCHAFTSVEREIN E.V. in Zwickau wurde Anfang 2009 im Rahmen des Amtslöschungsverfahrens aus dem Vereinsregister gelöscht. Das KURDISCHE KULTURZENTRUM SACHSEN E.V. in Dresden stellte seine Aktivitäten in Folge polizeilicher Maßnahmen ein.

Auf Grund der Maßnahmen der sächsischen Sicherheitsbehörden zur Durchsetzung des Betätigungsverbots ist seit einigen Jahren auch bei den hiesigen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von Mitgliedern und Anhängern der PKK ein starker Rückgang zu verzeichnen. Im Berichtsjahr wurde lediglich eine Veranstaltung im Mai in Dresden durch Veröffentlichung in der PKK-nahen Tageszeitung Yeni Özgür Politika (YÖP)⁹² bekannt. Am 12. Dezember 2009 fand in Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) anlässlich des 31. Jahrestages der Gründung der PKK ein „Kurdischer Kulturabend“ statt, an dem laut YÖP⁹³ 700 Personen teilgenommen haben sollen. Auch wenn diese Angabe als weit übertrieben einzuschätzen ist, dürfte es sich um eine zentrale Veranstaltung für das „PKK-Gebiet Sachsen“⁹⁴ gehandelt haben.

3.5 Publikationen ausländerextremistischer Organisationen (Printmedien, Auswahl)⁹⁵

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)
AL-ISLAM (Der Islam)	MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)	unbekannt ⁹⁶	unbekannt
CIWANAN AZAD (Freie Jugendliche)	KOMALEN CIWAN	unbekannt	unbekannt
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE (Nationale Sicht und Perspektive)	ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS (IGMG)	unregelmäßig	unbekannt
RISALAT UL-IKHWÂN (Rundschreiben der Bruderschaft)	MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)	unbekannt	unbekannt
SERXWEBUN (Unabhängigkeit)	VOLSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)	monatlich	unbekannt

⁹² Ausgabe vom 30. Mai 2009, Seite 5.

⁹³ Ausgabe vom 10. Dezember 2009, Seite 4 sowie Ausgabe vom 15. Dezember 2009, Seite 12.

⁹⁴ Zum „PKK-Gebiet Sachsen“ gehören neben dem Freistaat Sachsen auch Teile der angrenzenden Bundesländer.

⁹⁵ Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

⁹⁶ Nur noch als Online-Version.

II. Spionageabwehr

Die Bundesrepublik Deutschland ist fortgesetzt Ziel ausländischer Spionageaktivitäten. Die Interessen fremder Nachrichtendienste sind vielfältig. Im Fokus steht nicht nur die Ausspähung hiesiger politischer Entscheidungsträger oder von Angehörigen von in Deutschland lebenden ausländischen Oppositionsgruppen. Verstärkt engagieren sich fremde Nachrichtendienste auch in der Wirtschaftsspionage, dem illegalen Wissenstransfer und der Proliferation. Von besonderer Bedeutung war die Aufklärung von Tätigkeiten der Nachrichtendienste der Volksrepublik China und der Russischen Föderation. Diese konzentrierten sich zunehmend auf den Bereich der Wirtschaftsspionage. So sollen offenbar vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise Informationen über innovative Entwicklungen in Deutschland erlangt werden, die den eigenen Volkswirtschaften wertvolle Vorteile verschaffen können. Ein wichtiges Aufgabenfeld des Verfassungsschutzes ist daher auch der Schutz einheimischer Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlicher Institutionen.

Chinesische Nachrichtendienste

Die Volksrepublik China verfügt über mehrere Nachrichten- und Sicherheitsdienste, wobei einige in Deutschland aktiv sind. Das Ziel, den technologischen Abstand zu den führenden Industrienationen zu verringern, wird mit staatlicher Unterstützung unter Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel weltweit betrieben. Schwerpunkt der Arbeit der Spionageabwehr ist es, die Interessen und Arbeitsweisen chinesischer Nachrichtendienste weiter aufzuklären. Zu diesem Zweck wurden Kontakte zu gefährdeten Einrichtungen wie Universitäten und For-

schungseinrichtungen aber auch zu Unternehmen mit innovativen Produkten und Know-how sowie zu Verbänden intensiviert. Hierbei sensibilisierte das LfV Sachsen zu den Arbeitsweisen ausländischer Nachrichtendienste.

Chinesische Nachrichtendienste sammeln Erkenntnisse über in Deutschland lebende Oppositionelle. Als Basis zur Informationsgewinnung werden Chinesinnen und Chinesen genutzt, die sich zeitweilig in Deutschland aufhalten.

Russische Nachrichtendienste

Der Aufklärung über und der Abwehr von Tätigkeiten russischer Nachrichtendienste – insbesondere des Auslandsnachrichtendienstes SWR – wurde weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt. Bereits seit längerer Zeit ist ein verstärktes Interesse russischer Nachrichtendienste an Informationen über deutsche Wirtschaftsunternehmen zu beobachten. Einen Schwerpunkt bildet dabei der Energiesektor.

Neben einer offenen Informationsbeschaffung setzen russische Nachrichtendienste zur Ausspähung von Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen verstärkt nachrichtendienstliche Mittel ein. Entsprechende beim Verfassungsschutz anfallende Erkenntnisse fließen in den Bereich Wirtschaftsschutz ein.

Nachrichtendienste aus dem arabischen Raum

Schwerpunkte arabischer Nachrichtendienste waren im Jahr 2009 in der Ausspähung der Opposition und der Proliferation auszumachen.

Wirtschaftsspionage und Wirtschaftsschutz

Fremde Nachrichtendienste haben ihr Engagement bei der Ausspähung deutscher Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlicher Institutionen sowie im Bereich der Proliferation erhöht. Deshalb hat der Wirtschaftsschutz bei der Tätigkeit der Spionageabwehr einen besonderen Stellenwert.

2009 setzte sich der Trend fort, dass fremde Nachrichtendienste insbesondere im Bereich der Wirtschaftsspionage verstärkt moderne Kommunikationsmittel zur Ausspähung einsetzen. Eine besondere Rolle spielt dabei das Internet. Dort kommt es häufig zu E-Mail-Attacken, bei denen mit Computerviren infizierte Dokumente zu verschiedenen Themen versandt werden. Zudem werden auf verschiedene Weise Trojaner in firmeninterne Netzwerke eingeschleust und

nicht selten auch Mitarbeiter außerhalb betrieblicher Führungsebenen kontaktiert.

Aus der Sicht des Verfassungsschutzes stellen Aufklärung und Sensibilisierung über drohende Gefahren, die Angriffsmethoden und mögliche Gegenmaßnahmen das effektivste Mittel zur Abwehr von Spionage dar. Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen können so bei Bemühungen unterstützt werden, den Eigenschutz zu verbessern. Aus diesem Grund hat das LfV Sachsen die Sensibilisierung gefährdeter Unternehmen und Forschungseinrichtungen verstärkt. Dabei zeigte sich, dass besonders kleine und mittelständische Unternehmen mit innovativen Produkten oder Prozessen oder besonderem Know-how für Ausspähungsversuche interessant sein können.

III. Extremistischer Verdachtsfall⁹⁷

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Mitglieder 2009 in Sachsen	mehrere Dutzend
Mitglieder 2008 in Sachsen	mehrere Dutzend
Mitglieder 2008 bundesweit	5.000 bis 6.000
Kennzeichen	



Bei der SO liegen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vor. Diese finden sich in den Schriften der Organisation, insbesondere denen des US-amerikanischen SO-Gründers L. Ron HUBBARD.

Die SO versteht sich als Glaubensgemeinschaft. Ihr Ziel ist die Errichtung einer scientologischen Weltordnung, die grundlegende Prinzipien eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates außer Kraft setzen würde. Voraussetzung hierfür ist die weltweite Expansion der

Organisationsstrukturen und die Rekrutierung neuer Mitglieder.

Die Mitgliederzahlen in Deutschland stagnieren. Größere Mitgliederzahlen hat die Organisation in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin. Im Freistaat Sachsen hat sie weiterhin lediglich mehrere Dutzend Mitglieder, Organisationsstrukturen sind nach wie vor keine bekannt. Die wenigen hiesigen Aktivitäten gingen ausschließlich von nicht in Sachsen ansässigen Organisationseinheiten aus. Dabei handelte es sich um Werbeaktionen, wie die so genannte „Gelbe Zeltaktion“ im Februar 2009 in Dresden und die Verteilung von Zeitschriften und anderen Werbematerialien an Privatpersonen und öffentliche Einrichtungen. Inhaltliche Schwerpunkte waren soziale Themen wie Drogenmissbrauch und angebliche Missstände in der Psychiatrie.

Die wichtigsten Publikationen der SO sind: IMPACT, THE AUDITOR, FREIHEIT und FREEWINDS.

⁹⁷ In einem Verdachtsfall steht die Verfassungsfeindlichkeit der Bestrebungen noch nicht fest, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte liegen für einen entsprechenden Verdacht vor. Ein solcher Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen ist Voraussetzung für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

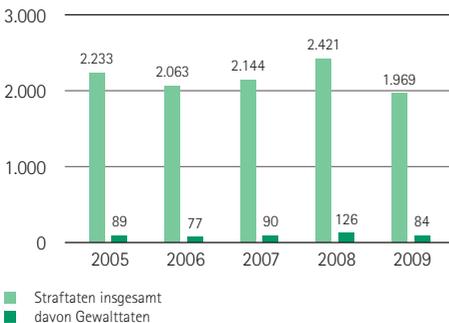
IV. Politisch motivierte Kriminalität; darunter Straftaten mit extremistischem Hintergrund

Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Gegenüber dem Vorjahr sank die Anzahl der rechtsextremistischen Straftaten um ca. 19 % und die Anzahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte um etwa 33 %.

Im Jahr 2009 wurden im Freistaat Sachsen im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) „rechts“ 1.972 (2008 2.425) Straftaten registriert, von denen 1.969 (2008: 2.421) als rechtsextremistisch bewertet wurden. Im Berichtsjahr wurden 84 (2008: 126) Gewaltdelikte bekannt, darunter 1 Tötungsdelikt (2008: 0). Opfer dieser Tat war eine Ägypterin, die am 1. Juli 2009 in Dresden während einer Gerichtsverhandlung aus fremdenfeindlicher Motivation heraus erstochen wurde.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Mit 1.374 (2008: 1.693) Fällen bildeten die Propagandadelikte den Hauptteil der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Der Anteil rechtsextremistischer Gewalttaten an der Gesamtzahl aller rechtsextremistischen Straftaten sank gegenüber 2008 (5 %) auf etwa 4 %.

121 (2008: 213) Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund, wobei 50 Straftaten mit volksverhetzendem Hintergrund den Schwerpunkt bildeten (2008: 75). Bei 25 der fremdenfeindlichen Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte. Ihr Anteil an allen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten beträgt ca. 30 %.

Im Zusammenhang mit Demonstrationen wurden ca. 5 % (2008: ca. 4 %) der rechtsextremistischen Straftaten verübt. Dabei handelte es sich um 105 (2008: 106) Fälle, von denen 9 (2008: 14) Gewaltdelikte waren. Damit beträgt der Anteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen verübten Gewalttaten an der Gesamtzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten 2009 – ebenso wie 2008 – ca. 11 %.

Ca. 44 % (2008: ca. 41 %) der rechtsextremistischen Straftaten wurden im Landesdirektionsbezirk Dresden, ca. 31 % (2008: ca. 29 %) im Landesdirektionsbezirk Chemnitz und ca. 25 % (2008: ca. 30 %) im Landesdirektionsbezirk Leipzig begangen.

Der Anteil der Gewalttaten ist im Landesdirektionsbezirk Dresden mit ca. 45 % (2008: ca. 43 %) höher als in den Landesdirektionsbezirken Leipzig

mit ca. 32 % (2008: ca. 33%) und Chemnitz mit ca. 23 % (2008: ca. 24 %).

Regionale Schwerpunkte der rechtsextremistischen Straftaten waren 2009 die Städte Dresden (262) und Leipzig (248). Rechtsextremistische Gewalttaten wurden 2009 schwerpunktmäßig in Dresden (16) und im Landkreis Nordsachsen (12) begangen.

Politisch motivierte Kriminalität „links“ und Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

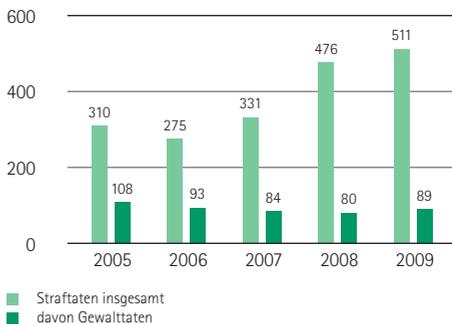
Im Jahr 2009 erhöhte sich die Anzahl der linksextremistischen Straftaten um ca. 7 % und die Anzahl der linksextremistischen Gewaltdelikte um ca. 11 %. Der Anteil der linksextremistischen Gewalttaten an den linksextremistischen Straftaten liegt, wie auch schon im Jahr 2008, bei ca. 17 %.

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) „links“ 513 Straftaten registriert (2008: 487). Davon wurden 511 (2008: 476) als linksextremistisch bewertet, darunter 89 (2008: 80) Gewaltdelikte.

40 dieser Gewaltdelikte richteten sich gegen den politischen Gegner. Das sind etwa 45 % der linksextremistisch motivierten Gewalttaten.

Von den 511 linksextremistischen Straftaten standen 134 im Zusammenhang mit Demonstrationen (2008: 159). Der Anteil dieser Straftaten lag im Berichtsjahr damit bei ca. 26 % (2008: ca. 33 %). Bei 59 (2008: 22) dieser Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte. Der Anteil dieser Gewalttaten ist im Freistaat Sachsen damit auf ca. 66 % aller linksextremistisch motivierten Gewalttaten im Jahr 2009 angestiegen (2008: ca. 28 %).

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Von den bei Demonstrationen verübten Straftaten wurden ca. 63 % im Bereich der Landesdirektion Dresden begangen. Allein 68 linksextremistische Straftaten wurden anlässlich des 13. Februar 2009 registriert (2008: 48). Damit wurden im Berichtsjahr ca. 51 % aller im Zusammenhang mit Demonstrationen stehenden linksextremistischen Straftaten im Rahmen der Aktivitäten der linksextremistischen Szene anlässlich des Gedenkens an die alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar und des rechtsextremistischen Aufmarsches zu diesem Termin verübt.

Die linksextremistischen Straftaten verteilen sich folgendermaßen auf die Landesdirektionsbezirke: ca. 50 % (2008: ca. 38 %) wurden im Bezirk der Landesdirektion Dresden begangen, ca. 27 % (2008: ca. 36 %) im Bezirk der Landesdirektion Leipzig sowie ca. 23 % (2008: ca. 26 %) im Bezirk der Landesdirektion Chemnitz. Der Anteil der Gewalttaten ist im Landesdirektionsbezirk Dresden mit ca. 62 % (2008: ca. 25 %) deutlich höher als in den Bezirken der Landesdirektionen Leipzig mit ca. 23 % (2008: 66 %) und Chemnitz mit ca. 15 % (2008: ca. 9%).

Damit liegt der Schwerpunkt linksextremistischer Straftaten im Jahr 2009, wie auch schon im Vorjahr, im Landesdirektionsbezirk Dresden.

Schwerpunkt linksextremistischer Gewalttaten ist im Berichtsjahr ebenfalls der Landesdirektionsbezirk Dresden. 2008 war dieser im Landesdirektionsbezirk Leipzig.

Der massive Anstieg der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten im Landesdirektionsbezirk Dresden konzentriert sich weitgehend auf die Stadt Dresden. Ursächlich dafür sind Ausschreitungen anlässlich der Aktivitäten von Extremisten zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt Dresden im Zweiten Weltkrieg.

Das Jahr 2009 war im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität „links“ (PMK-links) bundesweit geprägt von einem starken Anstieg von Brandanschlägen. Ziele der Anschläge waren dabei insbesondere Behördenfahrzeuge. Derartige Taten werden mit zum Teil erheblichen Zeitaufwand strategisch vorbereitet und in Selbstbeziehungsschreiben begründet und gerechtfertigt.

Wenn auch lediglich im einstelligen Bereich, so ist dieser Trend auch im Freistaat Sachsen zu beobachten. Allerdings wird hier in der Regel auf die Veröffentlichung von Selbstbeziehungsschreiben verzichtet, sodass häufig lediglich aufgrund des Tatortes und/oder des Anschlagzieles auf Täter aus der linksextremistischen autonomen Szene geschlossen werden kann. Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 2009 7 (2008: 1; 2007: 3) Brandanschläge mit linksextremistischem Hintergrund verübt. Damit liegt die Anzahl dieser Straftaten deutlich über dem Niveau der Vorjahre.

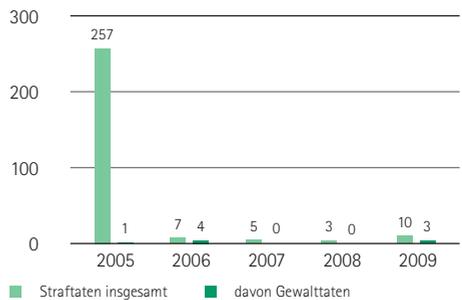
Die im Berichtsjahr begangenen Brandanschläge richteten sich u.a. gegen Fahrzeuge von Rechtsextremisten und gegen Einsatzfahrzeuge und Reviere der Polizei. Herausragender Fall ist der Brandanschlag auf den Fuhrpark der Bundes-

wehr in der Dresdner Albertstadtkaserne in der Nacht zum 13. April 2009.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität und Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Im Jahr 2009 stellte die Polizei im Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMAK) zehn Straftaten (2008: 3) fest, die als extremistisch bewertet wurden, darunter drei Gewaltdelikte (2008: 0). Eine der registrierten Straftaten im Ausländerextremismus /-terrorismus wird der ausländerextremistischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) bzw. deren Nachfolgeorganisationen zugeordnet. Im Zusammenhang mit dieser Straftat stellte die Polizei bei exekutiven Maßnahmen unter anderem Publikationsmaterial der PKK fest. Alle anderen – von Einzelpersonen – verübten Straftaten entspringen fast ausnahmslos einer islamistischen Einstellung und sind auf den Hass gegen andere Ethnien, Glaubensbekenntnisse oder politische Einstellungen zurückzuführen. Bezüge zu Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes wurden dabei nicht sichtbar.

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund⁹⁸



⁹⁸ Das vergleichsweise hohe Niveau im Jahr 2005 ist auf das Auffinden von Spendenlisten bei einer polizeilichen Durchsuchungsmaßnahme im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen einen Funktionär des KONGRA GEL zurückzuführen. Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2005, S. 94.

V. Glossar des Verfassungsschutzes

Anti-Antifa

Unter dem Begriff „Anti-Antifa“ verfolgen Neonazis in Anlehnung an Terminologie und Vorgehensweise von Linksextremisten ein Konzept zur Erfassung und Veröffentlichung von Daten über politische Gegner. Mit der Begriffswahl wollen sie verdeutlichen, dass ihr Handeln eine Reaktion auf linksextremistische Aktivitäten darstellt und als solche auch militante Aktionsformen umfassen kann. Ihre Aktivitäten weisen bisher in der Regel einen propagandistischen Charakter auf und zielen vornehmlich auf die Verunsicherung des Gegners ab. Als Gegner werden dabei auch Angehörige der Sicherheitsbehörden angesehen.

Antideutsche

Anhänger einer antideutschen Ideologie bilden eine Besonderheit innerhalb der gewaltbereiten linksextremistischen Szene und tragen zu einer deutlichen Polarisierung im linksextremistischen Gefüge bei. Hauptbestandteil antideutscher Ideologie ist die bedingungslose Solidarität mit der Politik des Staates Israels und dem jüdischen Volk. Antideutsche sprechen sich in Befürchtung eines neuerlichen, von Deutschland ausgehenden Holocaust für eine massive Unterstützung des Staates Israels und des Judentums aus und stehen oft positiv zu den USA als deren Schutzmacht. Antideutsche befürchten ein Erstarken des deutschen Nationalismus und ein großdeutsches „Viertes Reich“, sie lehnen daher einen deutschen Nationalstaat insgesamt ab. Im linksextremistischen Umfeld treten Antideutsche verstärkt durch Antisemitismuskritik gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor.

Antifa, autonome

Der „antifaschistische Kampf“ ist ein Hauptagitationsfeld von AUTONOMEN. Aus ihrer Sicht ist es geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassist*innen in die eigenen Hände zu nehmen. In autonomen Publikationen und Stellungnahmen wird für Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Kundgebungen geworben. Die Agitation richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und „Steckbriefe“ von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen auch anzugreifen. Im Rahmen der „antifaschistischen Selbsthilfe“ werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden.

Antifaschismus

„Antifaschismus“ als Begriff wird auch von Demokraten verwendet, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen. Mehrheitlich nehmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich in Anspruch. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern immer auch gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere Angehörige der Sicherheitsbehörden.

Ausländerextremismus

Extremistische Ausländerorganisationen verfolgen in Deutschland Ziele, die häufig durch aktuelle Ereignisse und politische Entwicklungen in ihren Heimatländern bestimmt sind.

Entsprechend ihrer politischen Ausrichtung handelt es sich dabei zum Beispiel um links-extremistische Organisationen (z.B. die türkische „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)), soweit sie in ihren Heimatländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches Herrschaftssystem anstreben oder um nationalistische Organisationen, die ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation haben und die Rechte anderer Völker missachten. Daneben gibt es separatistische Organisationen, die eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bereits bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates verfolgen. Die größte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ausländerextremistische Organisation in Deutschland ist nach wie vor die unter der Bezeichnung PKK bekannte „Arbeiterpartei Kurdistans“.

Derartige Organisationen unterliegen der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, wenn:

- sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten, indem sie hier z.B. versuchen, eine ihren Grundsätzen entsprechende Parallelgesellschaft zu errichten,
- sie ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- sie vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder unterstützen und dadurch auswärtige Beziehun-

gen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Staaten gefährden,

- sich ihre Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

AUTONOME

Kennzeichnend für die Bewegung der AUTONOMEN, die über kein einheitliches ideologisches Konzept verfügt, ist die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen und Zwänge, die Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen und der Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen, wobei Gewalt von AUTONOMEN grundsätzlich als Aktionsmittel („militante Politik“) akzeptiert ist. AUTONOME bilden den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials.

Das Selbstverständnis der heterogenen autonomen Bewegung ist geprägt von Anti-Einstellungen („antikapitalistisch“, „antifaschistisch“, „antipatriarchal“). Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten. Eine klassische Form autonomer Gewalt ist die so genannte Massenmilitanz. Das sind Straßenkrawalle, die sich im Rahmen von Demonstrationen oder im Anschluss daran entwickeln. Hierbei kommt es regelmäßig auch zu Gewaltexzessen.

AUTONOME NATIONALISTEN

Mit den AUTONOMEN NATIONALISTEN tritt eine Strömung innerhalb des deutschen Neonationalsozialismus öffentlichkeitswirksam in Er-

scheinung, die sich in lokalen Gruppierungen organisiert. Angehörige der AUTONOMEN NATIONALISTEN treten oft mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte und politische Gegner auf, dies insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen, wo sich AUTONOME NATIONALISTEN bisweilen verummumt zu so genannten „Schwarzen Blöcken“ zusammenschließen. Zudem übernehmen sie in Teilen Stilelemente anderer Jugendsubkulturen und treten ähnlich gekleidet auf wie militante Linksextremisten (AUTONOME). Innerhalb der Neonazi-Szene sind AUTONOME NATIONALISTEN vor allem wegen ihres öffentlichen Erscheinungsbildes und ihrer Gewaltbereitschaft umstritten. Dessen ungeachtet beteiligen sich zunehmend auch FREIE NATIONALISTEN anlassbezogen an der Aktionsform des „Schwarzen Blockes“ der AUTONOMEN NATIONALISTEN.

Bestrebungen, extremistische

Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Bestrebungen alle auf ein Ziel gerichteten Aktivitäten. Extremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Dazu gehören Vorbereitungshandlungen, Agitation und Gewaltakte.

Es ist zu unterscheiden zwischen

- Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes sind solche politisch

bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen.

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen.

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder eines Landesverfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen.

Extremismus/Radikalismus

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen „Extremismus“ und „Radikalismus“, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen nei-

gende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind z.B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, so lange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung nicht bekämpft. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.

Fanzine

Der Begriff setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen und bezeichnet in der Regel subkulturelle Publikationen. In der rechtsextremistischen Szene informieren diese Publikationen über Musikgruppen, Tonträger, Konzerte sowie sonstige Szeneveranstaltungen. Aktivistinnen und rechtsextremistische Gruppierungen erhalten in Interviews Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Verbreitung ihres Gedankengutes.

FREIE NATIONALISTEN / FREIE KRÄFTE

Das Konzept der FREIEN NATIONALISTEN (auch FREIE KRÄFTE genannt) wurde Mitte der 1990er Jahre von Neonazis als Reaktion auf die zahlreichen

Vereinsverbote entwickelt. Ziel war es, die zersplitterte neonazistische Szene unter Verzicht auf vereinsmäßige Strukturen („Organisierung ohne Organisation“) zu bündeln, ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig Verbotsmaßnahmen zu verhindern. Ein Großteil der FREIEN NATIONALISTEN sammelte sich in rechtsextremistischen Kameradschaften. Ab Mitte der 2000er Jahre setzte ein erneuter Strukturwandel in der Kameradschaftsszene ein, der von einer weiteren Lockerung der Organisationsstrukturen gekennzeichnet war. Damit wurde das Ziel verfolgt, dem Staat noch weniger Angriffsfläche zu bieten.

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Damit ist nicht die Verfassung bzw. das Grundgesetz in seiner Gesamtheit gemeint, sondern die unabänderlichen obersten Wertprinzipien als Kernbestand der Demokratie. Diese fundamentalen Wertprinzipien bestimmen die Gesetzgebung des Bundes und der Länder, so auch die Verfassungsschutzgesetze.

Zu diesen Grundsätzen gehören folgende Verfassungsprinzipien:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch Organe der Gesetzgebung und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Ver-

verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der als „normal“ erachteten Umwelt unterscheiden.

Die mit dieser Zuweisung typischerweise verbundenen vermeintlich minderwertigen Eigenschaften werden als Rechtfertigung für einschlägige Straftaten missbraucht. Insbesondere das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u.a. Fremdenfeindlichkeit resultiert.

Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)

Das GIZ führt seit 2007 die offene Beobachtung des Internets nach islamistischen Inhalten durch. Dort sind sprachkundige Experten der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder tätig.

Islamismus

Der Begriff des Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Aus-

übung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott (Allah) ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des GG, insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Islamisten halten die Etablierung einer islamischen Gesellschaftsordnung für unabdingbar. Dieser Ordnung sollen letztlich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden.

Islamistische Organisationen – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen:

- Organisationen, die in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben. In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf propagandistischen Aktivitäten sowie der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.
- Andere islamistische Gruppierungen in Deutschland verfolgen eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie. Auch sie streben eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamischen Staatswesens an. Sie bemühen sich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie, ihren Anhängern in Deutschland größere Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen.

Islamistischer Terrorismus

Islamistischer Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für islamistische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Unter „Homegrown“-Terrorismus sind islamistische Strukturen oder Strukturansätze zu verstehen, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Die Personen sind zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen, stehen jedoch aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüber und erachten die Errichtung einer islamistischen Gesellschaftsordnung für erstrebenswert. Gemeinsames Kennzeichen dieses Personenkreises ist, dass er von der panislamischen „al-Qaida“-Ideologie beeinflusst wird.

Lediglich ein sehr kleiner Teil zum Islam konvertierter Personen macht sich islamistisches Gedankengut zu eigen und engagiert sich für islamistische Ziele. Die Rolle von Konvertiten in islamistischen/islamistisch-terroristischen Strukturen erklärt sich u.a. aus der Motivation, sich gegenüber Glaubensbrüdern als besonders gute Muslime (hier: Islamisten) beweisen zu wollen. Sie weisen zudem aufgrund ihrer Kenntnis der westlichen Gegebenheiten strategische Vorteile auf.

Jihad

Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs ist „Anstrengung“ oder „Bemühung“. Es gibt zwei

Formen des Jihad: die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (so genannter großer Jihad) oder der kämpferische Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (sogenannter kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses Jihad ihren gewalttätigen Kampf/„heiligen Krieg“ gegen die angeblichen Feinde des Islam.

Kameradschaften, rechtsextremistische (im Freistaat Sachsen)

Bei Kameradschaften handelt sich um Gruppierungen, die

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation besitzen,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung aufweisen,
- eine zumindest rudimentäre Struktur besitzen und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonationalsozialistischen Grundorientierung haben.

Die Kameradschaften sind im Wesentlichen von zwei Formen bestimmt:

Skinhead-Kameradschaften

Diese besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Dementsprechend beschränken sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den regionalen Bereich und auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten.

Neonationalsozialistische Kameradschaften

Diese weisen klar erkennbare Führungsstrukturen auf und sind stark politisch ausgerichtet. In ihren weltanschaulichen Grundpositionen werden zunehmend antikapitalistische Elemente sichtbar. Gefordert werden ein Nationaler Sozialismus und die Volksgemeinschaft. In letzter Zeit favorisieren neonationalsozialistische Kameradschaften die Auflösung ihrer Strukturen unter der Bezeichnung FREIE KRÄFTE.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftliche“ Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao Zedong und andere,
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen,
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft,
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugte oder – je nach den konkreten Bedingungen – taktisch einzusetzende Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten: In Parteien oder anderen festgefühten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten,
- AUTONOME, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre: In losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität an.

Mujahid

Als Mujahidin (wörtlich: Plural für „Kämpfer im Jihad“) werden Islamisten bezeichnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich:

- am „gewaltsamen Jihad“ selbst beteiligen oder beteiligt haben oder
- für die Teilnahme am „gewaltsamen Jihad“ ausbilden lassen oder bereits haben ausbilden lassen oder
- am „gewaltsamen Jihad“ beteiligen werden, z.B. auf Grund entsprechender Äußerungen. Arabische Muslime verschiedener Nationalität stellen einen überproportional großen Teil der Mujahidin.

Neonazismus / Neonationalsozialismus

Der Neonationalsozialismus bezieht sich auf die Weltanschauung des „Dritten Reiches“ und macht diese zur Grundlage seiner politischen Zielvorstellungen. Elementare Bestandteile der neonationalsozialistischen Weltanschauung sind

Nationalismus und Rassismus sowie die Forderung nach einem autoritären „Führerstaat“ unter Ausschaltung wesentlicher Elemente demokratischer Gewaltenteilung. Abgrenzungskriterien zum subkulturell geprägten Rechtsextremismus sind der bei Neonazi-Aktivisten stärker ausgeprägte Wille zur politischen Arbeit sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit inhaltlichen Aspekten des Weltbildes.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde zum 1. Januar 2001 eingeführt. Erfasst werden alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sog. klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und zentral durch das Bundeskriminalamt unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt. Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- Politisch motivierte Kriminalität – rechts,
- Politisch motivierte Kriminalität – links,
- Politisch motivierte Ausländerkriminalität,
- Sonstige politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund.

Proliferation

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Waffenträgersystemen bzw. der zu deren Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-how.

Rechtsextremismus

Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Feinde des demokratischen Verfassungsstaates, sie haben ein autoritäres Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem nach dem Führerprinzip aufgebauten Staatswesen ausgeprägt ist. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u.a. Fremdenfeindlichkeit resultiert. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ bestimme den Wert eines Menschen. Offener oder immanenter Bestandteil aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist zudem der Antisemitismus. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

s.a. Skinheads, AUTONOME NATIONALISTEN, Neonazismus, Kameradschaften, FREIE NATIONALISTEN/FREIE KRÄFTE, Fanzine

Salafismus

Die salafistische Bewegung strebt eine Rückkehr zum Vorbild der „lauteren Vorfahren“ (as-salaf as-salih) und damit zu einem fiktiven „Urislam“ an. Zentrale Merkmale dieser Religionsinterpretation sind die strikte Konzentration auf Koran und Prophetentradition (Sunna) als handlungsweisende Texte, die Ablehnung aller Neuerungen, die als unvereinbar mit dem „wahren islamischen Geist“ gelten, das unbedingte

Bekenntnis zur Einheit Gottes (tauhid), die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia) sowie eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften.

Viele der dabei vertretenen Ansichten kollidieren mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

SCIENTOLOGY-ORGANISATION

Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO) bezeichnet sich seit der Gründung der ersten „Scientology Kirche“ 1954 in den USA als „völlig neue Religion“. Die Vorstellungen der von L. Ron HUBBARD gegründeten SO basieren auf der von diesem entwickelten Lehre der „Dianetik“. Die Schriften HUBBARDs werden regelmäßig und inhaltlich unverändert neu aufgelegt und beinhalten Hinweise auf eine politische Zielsetzung von SCIENTOLOGY. Aus einer Vielzahl von Informationsquellen ergibt sich, dass die SO wesentliche Grund- und Menschenrechte wie die Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf Gleichbehandlung außer Kraft setzen will. Sie strebt darüber hinaus eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen an.

Skinheads, rechtsextremistische

Rechtsextremistische Skinheads sind immer noch ein Bestandteil des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland, auch wenn ihr Anteil und ihre Bedeutung im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen sind. Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt und häufig mehr auf Freizeitgestaltung als auf politische Arbeit ausgerichtet. Auch verfügen die meisten Skinheads nicht über ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild. Sie vertreten

jedoch rechtsextremistische Anschauungen, die sich in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigen. Rechtsextremistische Skinheads stellen ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und deren angebliche Überlegenheit in den Mittelpunkt und definieren ihre Feindbilder auf diese Weise. Die rassistische Einstellung wird mit dem Schlagwort „white power“ zusammengefasst.

Jugendliche finden auch über die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Skinhead-Subkultur und insbesondere über die für die Szene wichtige rechtsextremistische Musik Zugang zu einer nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankenwelt. Musik spielt nicht nur für die Skinhead-Bewegung eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Texte von rechtsextremistischen Musikgruppen prägen weltanschauliche Vorstellungen, Konzerte haben eine bedeutende Rolle für den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Szene. Oft sind Musik und Konzerte Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Parteien oder Neonazis, die hierüber versuchen, Jugendliche an ihre politischen Vorstellungen heranzuführen.

Weltweite Strömungen innerhalb der Skinhead-Szene mit einer gewissen szeneeigenen Bedeutung sind BLOOD & HONOUR und die HAMMER-SKINS, beides rassistische Bewegungen, die ein elitäres Selbstverständnis pflegen. Vor allem BLOOD & HONOUR, dessen deutscher Zweig, die BLOOD & HONOUR-DIVISION DEUTSCHLAND, im Jahr 2000 durch den Bundesinnenminister verboten wurde, trat in der Vergangenheit immer wieder durch die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten in Erscheinung.

Spionage

Als Spionage wird die Tätigkeit für den Nachrichtendienst einer fremden Macht bezeichnet,

die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist. Die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, erfolgt zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden. Soweit Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, kommt eine Strafbarkeit gemäß §§ 93 ff. StGB in Betracht.

Subkultureller Rechtsextremismus

s. Skinheads, rechtsextremistische

Spionageabwehr

Die Spionageabwehr beschäftigt sich mit der Aufklärung und Abwehr bzw. Verhinderung von Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste. Dazu sammelt sie Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und wertet sie aus, mit dem Ziel, Erkenntnisse über Struktur, Aktivitäten, Arbeitsmethoden, nachrichtendienstliche Mittel und Zielobjekte dieser Nachrichtendienste zu gewinnen.

Die Spionageabwehr gehört gemäß § 3 Abs. 1, Nr. 2 BVerfSchG zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Terrorismus

Terrorismus ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, ins-

besondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Verfassungsfeindlich

Verfassungsfeindlich (= extremistisch) sind politische Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

s.a. verfassungswidrig

Verfassungsschutzbehörden

Das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) verpflichtet Bund und Länder, eigene Verfassungsschutzbehörden aufzubauen. Der Bund kam dieser Pflicht durch Errichtung des BfV am 7. November 1950 nach. Die Länder folgten alsbald nach. Auch in den neuen Bundesländern wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands schrittweise Behörden für Verfassungsschutz aufgebaut, so dass es nun 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz in Deutschland gibt. Einige Länder errichteten eigenständige Verfassungsschutzbehörden, andere wiesen die Aufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes einer Abteilung ihres Innenministeriums/-senats zu. Hierfür gelten die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze der Länder.

Verfassungswidrig

Umgangssprachlich häufig synonym mit „verfassungsfeindlich“ zu finden.

Über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG). Parteien sind verfassungswidrig, wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Es genügt nicht, wenn die Partei die freiheitliche demokratische Ordnung nicht anerkennt, sie ablehnt oder ihr andere Prinzipien entgegenhält. Es muss vielmehr eine aktiv-kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung hinzukommen. Die Organisation muss also planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen und im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.

Wirtschaftsschutz

Als Wirtschaftsschutz werden staatliche Maßnahmen bezeichnet, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-how-Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage ist Teil der Spionage, der die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen beinhaltet. Betreibt hingegen ein konkurrierendes Unternehmen eine private Ausforschung, handelt es sich um Konkurrenzausspähung, die häufig auch Industriespionage genannt wird. In den Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörden fällt ausschließlich die Wirtschaftsspionage.

Stichwortverzeichnis¹

A		BLUE CAPS LE	9
Abu-Jamal, Mumia	45	BOOT BOYS GÖRLITZ	22
Aktionsbündnis gegen das Vergessen	30	C	
AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN	24	CIWANEN AZAD	55
AKTIONSFRONT MITTELSACHSEN	9	Conne Island	44
AL-ISLAM	55	D	
AL-QAIDA	49, 51, 52, 67	DAS FREIE FORUM	32
AL-RAHMAN-MOSCHEE E.V.	53	DER AKTIVIST	18
Al-Sheha, Abdul Rahman	53	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI	32, 34, 37, 38, 47
ALTERMEDIA	10	DEUTSCHE STIMME	13, 32
ANTIFA DRESDEN	41, 43	DEUTSCHE STIMME – VERLAGSGESELLSCHAFT MBH	32
ANTIFA LAUSITZ	44	DEUTSCHE VOLKSUNION	4, 21
ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN	43	DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN E.V.	55
ANTIFA ROßWEIN-DÖBELN-LEISNIG	44	DIE ROTE FAHNE	47
ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT	44	DIE ROTE HILFE	37, 47
ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN	41	DIREKTE AKTION	47
ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG	43	DIVISION DÖBELN	22
ANTINATIONALE GRUPPE LEIPZIG	43	DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GMBH	32
ARBEITERPARTEI KURDISTANS	48, 54, 61, 63	DURCHBLICK	32
ARNDT-VERLAG / LESEN & SCHENKEN VERLAGSAUSLIEFERUNG UND VERSANDGESELLSCHAFT MBH	32	F	
ARYAN HOPE	26	FAUST, Matthias	21
ASATRU	26	FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND E.V.	55
APFEL, Holger	9, 15, 18, 30	FOIER FREI!	29
AUTONOME	33-35, 39, 41-43, 46, 62-64, 68	FREEWINDS	58
AUTONOME ANTIFA WESTERZGEBIRGE	44	FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION	47
AUTONOME NATIONALISTEN	4, 63, 69	FREIE KRÄFTE	3-11, 15, 17, 18, 22-26 35, 65, 68, 69
AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE	37, 41	FREIE NATIONALISTEN	4, 64, 65, 69
AZ Conni	43	FREIE NATIONALISTEN DELITZSCH	19
B		FREIER WIDERSTAND	4
B12	44	FREIES CHEMNITZ	29, 32
BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT E.V.	13	FREIES NETZ	23
BLICKPUNKT LAUSITZ	32	FREIHEIT	58
BLITZKRIEG	26		

¹ Zur besseren Erkenn- und Lesbarkeit werden wichtige Begriffe mit Bezug zum Extremismus verschieden hervorgehoben: Extremistische Bestrebungen (Gruppierungen, Vereine, Gesellschaften etc.) und Verdachtsfälle in Kapitälchen, Personen, die einer extremistischen Bestrebung zuzurechnen sind in Großbuchstaben, extremistische Medien (Publikationen, Internetseiten, Radios etc.) ebenfalls in Großbuchstaben.

FREY, Dr. Gerhard	21
FÜR EINE LINKE STRÖMUNG	41
FÜR IMMER UND EWIG	29, 32
FUNKENFLUG	31

G

GEGENSTANDPUNKT	47
GEGENSTANDPUNKT	37, 46
GEGENSTANDPUNKT VERLAGS GMBH	47
GESAMTRECHTS.INFO	14
GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E.V.	32
GRABERT-VERLAG	32

H

HARRACH, Bekkay	49
HEIMATTREUE DEUTSCHE JUGEND E.V.	31
HIER & JETZT	32
HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE E.V.	28, 32
HIZB ALLAH	53
HUBBARD, L. Ron	58, 70

I

IF WE DIE TOMORROW	26
IMPACT	58
INTERIM	35
Internet-Radios	9
INTERVENTIONISTISCHE LINKE	41
ISLAMISCHE BEWEGUNG USBEKISTANS	49
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND E.V.	53
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS	55
ISLAMISCHE JIHAD UNION	51

J

JETZT REICHT'S!	17
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND E.V.	4, 05, 29, 42
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN	5, 7, 12, 18, 24, 28, 32, 35, 43
JUNGE RECHTE	21

K

Kameradschaften	3, 4, 6, 8, 19, 22, 23, 24, 65, 67, 68, 69
KAMERADTSCHAFT OBERLAUSITZ	22
KEMNA, Erwin	13
KLARTEXT	32
KOMALEN CIWAN	55
KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG	13
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	33, 34, 47
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE	33, 34, 37, 38, 39, 47
KOORDINATION DER KURDISCH-DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA	54
KURDISCHES HAUS LEIPZIG E.V.	55
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN E.V.	55

L

LAST PRIDE	26
LEFT-ACTION	44
LEIPZIGER ANTIFA	43
LICHTBLICK – MITTEILUNGSBLATT DER DKP LEIPZIG	47
Lichtwirtschaft	44

M

MARXISTISCHE GRUPPE	46
MARXISTISCHES FORUM	47
MARXISTISCHES FORUM	37, 38, 39, 47
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	33, 34, 37, 47
MILITANTE GRUPPE	40, 44
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE	55
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATT- FORM DER PARTEI DIE LINKE	39, 47
MULTI-KULTUR-HAUS	54
MUSLIMBRUDERSCHAFT	55

N

NACHRICHTEN DER HNG	32
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	3-5, 7-25, 32, 34, 45
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS	54

NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU E.V.	22
NATIONALER WIDERSTAND	11
NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ	22
NATIONALES & SOZIALES AUTORENKOLLEKTIV	32
Nationale Volkspartei (Österreich)	26
NATIONAL-ZEITUNG / DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG	32
NATION EUROPA-VERLAG GMBH	32
NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATSHEFTE	32

O

ÖCALAN, Abdullah	54
------------------	----

P

PETZOLD, Winfried	18
PRIORITÄT 18	26

R

RACIAL PURITY	26
REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL	47
RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH	22
RING NATIONALER FRAUEN	13
RISALAT UL-IKHWÂN	55
ROTE FAHNE	47
ROTE HILFE E.V.	33, 34, 37, 45, 47
Roter Faden	44

S

SACHSEN STIMME	32
SACHSONIA	26
Salafismus	50, 69

SCHÄFER, Michael	10, 20
SCHEFFLER, Maik	19
SCIENTOLOGY-ORGANISATION	58, 70
SELBSTSTELLER	26
SERXWEBUN	55
SOLIDARITÄT-SOZIALISTISCHE ZEITUNG	46, 47
SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE E.V.	37, 46, 47
STIMME VON UND FÜR ELBE-SAALE	47

T

TABLIGHI JAMA'AT	53
TALIBAN	51
THE AUDITOR	58
Trotzkismus	46
Twitter	9

U

UNSERE ZEIT	38, 47
-------------	--------

V

VENCEREMOS	41
VERLAGSGESELLSCHAFT BERG	32
VOIGT, Udo	13, 17
VOLKSKONGRESS KURDISTANS	55

W

WHITE RESISTANCE	26
------------------	----

Y

Yeni Özgür Politika	55
---------------------	----

Abkürzungsverzeichnis

A

AAWE _____ AUTONOME ANTIFA WESTERZGEBIRGE
AFBL _____ ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG
AgdV ___ Aktionsbündnis gegen das Vergessen
AGL _____ ANTINATIONALE GRUPPE LEIPZIG
ALB _____ ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN
AN _____ AUTONOME NATIONALISTEN
ANTIFA RDL _____ ANTIFA ROBWEIN-DÖBELN-LEISNIG
ANTIFA RGB _____ ANTIFASCHISTISCHE AKTION
ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT
ART DRESDEN _____ ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN

C

CDK _____ KOORDINATION DER KURDISCH-DEMOKRATISCHEN
GESELLSCHAFT IN EUROPA

D

DKP _____ DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
DSZ-VERLAG _____ DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG
GmbH
DVU _____ DEUTSCHE VOLKSUNION

E

ERNK _____ NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS

F

FAU/IAA ___ FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION –
INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION
F.e.I.S _____ FÜR EINE LINKE STRÖMUNG

G

GFP _____ GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E.V.

H

HDJ _____ HEIMATTREUE DEUTSCHE JUGEND E.V.
HNG ___ HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE
GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE E.V.

I

IBU _____ ISLAMISCHE BEWEGUNG USBEKISTANS
IGD ___ ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND E.V.
IGMG _____ ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS
IJU _____ ISLAMISCHE JIHAD UNION
IL _____ INTERVENTIONISTISCHE LINKE

J

JLO ___ JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND E.V.
JN _____ JUNGE NATIONALDEMOKRATEN

K

KONGRA GEL _____ VOLKSKONGRESS KURDISTANS
KPD-Ost _____ KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KPF KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE
KPV _____ KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG

L

LeA _____ LEIPZIGER ANTIFA

M

MB _____ MUSLIMBRUDERSCHAFT
MF _____ MARXISTISCHES FORUM
mg _____ MILITANTE GRUPPE
MG _____ MARXISTISCHE GRUPPE
MLPD MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

N

NE NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE
NJB _____ NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU E.V.
NPD ___ NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
NSC _____ NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ
NVP _____ Nationale Volkspartei (Österreich)
NZ _____ NATIONAL-ZEITUNG /
DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG

P

PKK _____ ARBEITERPARTEI KURDISTANS

R

RAF _____ RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH

RH _____ ROTE HILFE E.V.

RNF _____ RING NATIONALER FRAUEN

S

SAV _____ SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE E.V.

SO _____ SCIENTOLOGY-ORGANISATION

SWR ____ Russischer Auslandsnachrichtendienst

T

TJ _____ TABLIGHI JAMA'AT

U

UZ _____ UNSERE ZEIT

Y

YEK-KOM _____ FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN
DEUTSCHLAND E.V.

YÖP _____ Yeni Özgür Politika

Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder

- A**
Ägypten _____ 50
Afghanistan _____ 30, 49, 51, 52
Altenburg (Thüringen) _____ 23
- B**
Baden-Baden (Baden-Württemberg) ____ 35, 41
Baden-Württemberg _____ 58
Bautzen (Stadt) _____ 26
Bautzen (Landkreis) _____ 18, 45
Bayern _____ 58
Berlin ____ 20, 31, 35, 39, 40, 43, 44, 46, 53, 58
Borna (Landkreis Leipzig) _____ 11, 19, 23, 25
Brandenburg _____ 21, 31, 44
Burg (Sachsen-Anhalt) _____ 23
Burgstädt (Landkreis Mittelsachsen) _____ 44
- C**
Chemnitz
____ 7, 11, 18, 21, 22, 25, 26, 37, 39, 45, 53, 59, 60
China _____ 56
Coburg (Bayern) _____ 32
- D**
Dänemark _____ 30, 40
Delitzsch (Landkreis Nordsachsen) ____ 19, 24, 25
Detroit (USA) _____ 51
Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) _____ 22, 45
Dresden ____ 26, 36, 41, 42, 52, 53, 55, 59, 60, 61
- E**
Eilenburg (Landkreis Nordsachsen) _____ 19, 24
Erfurt (Thüringen) _____ 40, 43, 44
Erzgebirge _____ 25, 38
Erzgebirgskreis _____ 26
- F**
Frankreich _____ 30, 35, 41, 54
Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) _____ 10, 25
- G**
Gaza-Streifen _____ 30
Geithain (Landkreis Leipzig) _____ 23
Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) ____ 54
Geringswalde (Landkreis Mittelsachsen) ____ 44
Görlitz (Landkreis) _____ 15, 22, 27
- H**
Halle (Sachsen-Anhalt) _____ 55
Hamburg _____ 35, 58
Hannover (Niedersachsen) _____ 54
Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern)
_____ 35, 40, 42
Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) _____ 38, 45
- I**
Inning am Ammersee (Bayern) _____ 32
Israel _____ 30, 36, 41, 62
- J**
Jena (Thüringen) _____ 23
- K**
Kamenz (Landkreis Bautzen) _____ 18
Kehl (Baden-Württemberg) _____ 35, 40
Köln (Nordrhein-Westfalen) _____ 42, 54
Kopenhagen (Dänemark) _____ 40
- L**
Landesdirektionsbezirk Chemnitz _____ 59
Landesdirektionsbezirk Dresden _____ 59, 60, 61
Landesdirektionsbezirk Leipzig _____ 8, 59, 61
Lausitz _____ 32, 44

Leipzig (Stadt) 7-12, 18,
 — 20, 23, 25, 28, 33-40, 43-47, 50,53 54, 59-61
 Leipzig (Landkreis) 19, 24, 25, 26
 Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) 18

M

Martensrade (Schleswig-Holstein) 32
 Mecklenburg-Vorpommern 13, 35, 42
 Meißen (Landkreis) 12, 26
 Mittelsachsen (Landkreis) 10, 12, 22, 24, 33, 45
 München (Bayern) 32, 47, 53, 54
 Münster (Nordrhein-Westfalen) 39
 Muldentäl 19

N

Neu-Ulm (Bayern) 54
 Niedersachsen 28, 31, 54
 Niederschlesien 29
 Nordrhein-Westfalen 39, 42, 54
 Nordsachsen (Landkreis) 5, 8, 19, 24, 25, 60

O

Oberlausitz 22
 Österreich 26, 30
 Oschatz (Landkreis Nordsachsen) 19, 24
 Ostsachsen 26

P

Pakistan 51, 52
 Polen 28

R

Reichenbach (Vogtlandkreis) 22
 Riesa (Landkreis Meißen) 13, 26, 32
 Rochlitz (Landkreis Mittelsachsen) 44, 45
 Rothenburg,
 Ortsteil Geheege (Landkreis Görlitz) 15, 27

Ruanda 30
 Russische Föderation 56

S

Sachsen-Anhalt 23, 55
 Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Landkreis)
 12, 18
 Schleswig-Holstein 32
 Schweden 30
 Schweiz 30
 Slowakei 30
 Somalia 30
 Spanien 30
 Straßburg (Frankreich) 35, 40, 54

T

Tadschikistan 51
 Thüringen 23, 28, 43, 44
 Torgau (Landkreis Nordsachsen) 19, 24
 Tschechische Republik 30
 Tübingen (Baden-Württemberg) 32

U

USA 30, 51, 62, 70
 Usbekistan 49, 51

V

Vogtland 38
 Vogtlandkreis 22

W

Wurzen (Landkreis Leipzig) 19, 24, 26

Z

Zittau (Landkreis Görlitz) 22
 Zwickau (Stadt) 25, 38, 55
 Zwickau (Landkreis) 18, 26



Herausgeber:

Sächsisches Staatsministerium des Inneren (SMI)
und
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV)

Gestaltung, Satz und Druck:

druckfabrik dresden gmbh

Redaktionsschluss:

31. Dezember 2009

Auflage:

10.000 Exemplare

Bezug:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
PF: 100 242, 01072 Dresden, Tel. (0351) 8 58 50

Die Broschüre ist auch im Internet abrufbar:
www.verfassungsschutz.sachsen.de

Fotos:

Titelseite: picture alliance, ddpimages, Internet

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

